



Kommunale Integration - gemeinsam die Zukunft unserer Stadt gestalten

Integrationskonzept der Stadt Reutlingen

Integrationskonzept der Stadt Reutlingen

Kommunale Integration - gemeinsam
die Zukunft unserer Stadt gestalten

Januar 2011

Impressum

Das Integrationskonzept für die Stadt Reutlingen ist das Ergebnis eines längeren Arbeits- und Austauschprozesses, der durch den Ausländerrat angestoßen wurde. Als Handlungskonzept für die Stadt Reutlingen kann es stetig fortgeschrieben werden.

Herausgeber:

Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen
Rathausstraße 6
72764 Reutlingen

Tel.: 07121 303-2566

Fax: 07121 303-2623

E-Mail: referat-migrationsfragen@reutlingen.de

Projektsteuerung:

Ausländerrat der Stadt Reutlingen

Projektleitung:

Sultan Braun, Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen
Carmen Gramer, Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen

Inhaltliche Bearbeitung:

Sultan Braun, Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen
Carmen Gramer, Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen
Fachämter der Stadt Reutlingen

Redaktionelle Bearbeitung:

Oda Stowasser-Gartenfeld

Dokumentation der Bürgerbeteiligung sowie des Netzwerkes Migration/Integration:

Mathias Becker

Gestaltung und Grafik:

Launer Kommunikationsdesign GmbH Reutlingen

Januar 2011



Die Zahl der Zuwanderer in den Städten hat in den letzten Jahren zugenommen und wird durch die Europäisierung und Globalisierung noch verstärkt.

Diese Zuwanderung hat

Auswirkungen auf die Städte und auch auf die Stadt Reutlingen. Sie bietet jedoch große Chancen, die es zu nutzen gilt. Voraussetzung dafür ist die Eingliederung, d. h. die Integration dieser Menschen in die Mehrheitsgesellschaft und deren Bereitschaft zur Aufnahme der Ankommenden, um ein spannungsfreies Miteinander zu ermöglichen. Die Soziologie beschreibt das Wort „Integration“ als „die Herstellung eines Ganzen“, als einen dynamischen, lang andauernden Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens, aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation und Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung. Im Gegensatz zur Assimilation verlangt Integration nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.

„Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.“¹ Diese Erkenntnis hat sich bundesweit durchgesetzt und auf allen politischen Verantwortungsebenen gewinnt das Thema an Bedeutung.

Die Stadt Reutlingen, die sich bereits seit den 1980er-Jahren intensiv mit den Fragen der Integration auseinandersetzt, wird angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen den Fokus in Politik, Verwaltung und Gesellschaft in den nächsten Jahren weiter auf dieses Thema richten, um die Auswirkungen der kulturellen Vielfalt in der Stadt steuern und für sich nutzen zu können. Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Reutlinger Einwohner am wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und sozialen Leben und eine Atmosphäre der gegenseitigen Akzeptanz und des Respekts.

In Reutlingen leben Menschen aus 132 Ländern², ca. 15 % der Reutlinger Bevölkerung haben einen ausländischen Pass. 34,4 % der Reutlinger Bevölkerung haben einen sogenannten Migrationshintergrund³, d. h. sie sind selbst zugewandert oder sind hier zwar geboren, haben aber zumindest einen zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Somit gehören auch Spätaussiedler und deren Kinder zu den Personen mit Migrationshintergrund.⁴ Vielen ist Reutlingen bereits Heimat geworden. Integration bedeutet eine wesentliche kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance. Jede erfolgreiche Integration ist ein Beitrag zur Sicherung des Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturstandorts Reutlingen. Die Einbeziehung

der Ressourcen von Zuwanderern, wie z. B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz, stellt einen zunehmend wichtigeren Gesichtspunkt für die Wirtschaft, Beschäftigung, Finanzkraft und Attraktivität der Städte dar. Die lokale Wirtschaft wird durch das ökonomische Engagement (Existenzgründungen, Erwerb von Wohneigentum etc.) von Migranten gestärkt. Die Internationalität einer Stadt ist ein Erfolgsfaktor im Wettbewerb um Unternehmen, Innovationen und Fachkräfte.

Da die demografischen Prognosen einen Rückgang der deutschen Bevölkerung voraussagen, kann erfolgreiche Zuwanderung in den folgenden Jahren dazu beitragen, diese Entwicklung teilweise zu kompensieren.

Versäumte Integration löst nicht nur Kosten sowie volkswirtschaftliche Schäden aus. Sie unterstützt auch die Bildung parallelgesellschaftlicher Strukturen, Fremdenfeindlichkeit, Konflikte um knappe Ressourcen und gefährdet den sozialen Frieden.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft alle Reutlinger Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund. Zur Förderung einer gelungenen Integration gibt es bereits jetzt in Reutlingen viele erfolgreiche Projekte und Maßnahmen, die von unterschiedlichen Einrichtungen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen getragen werden. Einige Ämter der Stadtverwaltung Reutlingen zielen in ihren Leitlinien und Konzepten (z. B. Jugendleitlinien, Kinderbetreuung) auf Förderung der Integration und führen in diesem Sinne hervorragende Projekte und Maßnahmen durch. Dieser begonnene Prozess soll mit Hilfe des städtischen Integrationskonzepts weitergeführt und den aktuellen Bedürfnissen und Entwicklungen angepasst werden.

Für die Unterstützung bei der Erarbeitung des Integrationskonzepts bedanke ich mich bei allen Ämtern und Dienststellen der Stadtverwaltung und vielen Haupt- und Ehrenamtlichen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und der interessierten Bürgerschaft.

Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Ausländerrats, die das Thema Integrationskonzept nicht nur angestoßen, sondern auch mit viel Engagement und Sachkunde zum guten Gelingen maßgeblich beigetragen haben. Ich wünsche mir, dass ihre gute Arbeit mit regem Interesse von Seiten der Bürgerschaft belohnt wird.


Barbara Bosch
Oberbürgermeisterin

¹ So lautete die Überschrift eines Wettbewerbs des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2005.

² Vgl. Stadt Reutlingen 2009.

³ Vgl. EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen. Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 2007: S. 6.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	9	6.4 Bürgerschaftliches Engagement, Kultur und Sport	55
2. Integrationsziele der Stadt Reutlingen	11	6.4.1 Bürgerschaftliches Engagement	55
3. Zielgruppen der Integrationspolitik	13	6.4.2 Kultur	56
3.1 Neuzuwanderer	13	6.4.3 Sport	59
3.2 Langjährig hier lebende Personen mit Migrationshintergrund	13	6.5 Politische Partizipation von Migranten	61
3.3 Mehrheitsbevölkerung	13	6.5.1 Der Reutlinger Ausländerrat	62
4. Rahmenbedingungen	15	6.5.2 Wahlen des Ausländerrats in Reutlingen	62
4.1 Bundesebene	15	6.5.3 Neuausrichtung des Ausländerrats	62
4.2 Landesebene	15	6.6 Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung	65
4.3 Kommunale Ebene	15	6.7 Vernetzung	67
5. Situation in Reutlingen	17	6.8 Interkultureller und interreligiöser Dialog	71
5.1 Zahlen und Fakten	17	7. Steuerung der Integrationspolitik	73
5.1.1 Migranten in Reutlingen – Verteilung auf die einzelnen Stadtgebiete	18	8. Demografische Daten	77
5.1.2 Altersstruktur der Reutlinger Bevölkerung	20	9. Ergebnisdokumentation: Beteiligung des Netzwerks Migration/Integration 05.05.2010 und Bürgerbeteiligung 07.05.2010	83
5.1.3 Privathaushalte in Reutlingen	21	10. Literatur- und Abbildungsverzeichnis	91
5.2 Bisherige Integrationsförderung der Stadt Reutlingen	23		
6. Handlungsfelder	25		
6.1 Sprachförderung und Bildung	25		
6.1.1 Kindertagesbetreuung	25		
6.1.2 Schule	27		
6.1.3 Sprachförderung für Erwachsene	31		
6.2 Wirtschaft, Arbeit und berufliche Bildung	35		
6.2.1 Arbeits- und Wirtschaftsleben	35		
6.2.2 Berufliche Bildung	39		
6.3 Soziales, Wohnen und Gesundheit	43		
6.3.1 Familien	43		
6.3.2 Kinder und Jugendliche	44		
6.3.2.1 Kinder	44		
6.3.2.2 Jugendliche	45		
6.3.3 Frauen und Mädchen	47		
6.3.4 Ältere Menschen	48		
6.3.5 Asylbewerber, Asylberechtigte, Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltsstatus	50		
6.3.5.1 Asylbewerber	50		
6.3.5.2 Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge	50		
6.3.5.3 Abgelehnte Asylbewerber	50		
6.3.5.4 Menschen ohne Aufenthaltsstatus	50		
6.3.6 Wohnen in den Stadtteilen	51		
6.3.7 Gesundheit und Ernährung	52		

Hinweis:
Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn nichts anderes ergibt.

1. Einleitung

Den Anstoß zur Erarbeitung eines städtischen Integrationskonzepts gab der Antrag des Ausländerrats im Jahr 2004. Hierdurch wurde in Reutlingen ein Prozess in Gang gebracht, der durch gesetzliche Änderungen, wie z. B. die Einführung des Zuwanderungsgesetzes 2005, die Überarbeitung des Aufenthaltsrechts 2007, sowie durch den Nationalen Integrationsplan 2007 und den Integrationsplan Baden-Württemberg 2008 „Integration gemeinsam schaffen“ einen Rahmen bekommt.

Zur Beratung und Steuerung des Prozesses wurde nach der Wahl des neuen Ausländerrats 2005 eine Kommission eingerichtet. Außerdem erarbeitete der Ausländerrat im Rahmen einer Klausurtagung im Frühjahr 2008 die Handlungsfelder, die in das städtische Integrationskonzept aufgenommen werden sollten. Eine eigens eingerichtete Kommission des Ausländerrats begleitete die Entstehung des Konzepts kontinuierlich. Besondere Bedeutung hatte dabei das Handlungsfeld „Politische Partizipation“ (vgl. Kapitel 6.5).

In der Stadtverwaltung selbst wurden 2005/2006 alle Ämter und Tochtergesellschaften in Einzelgesprächen und später mit Fragebögen zur „interkulturellen Öffnung der Verwaltung“, unter Berücksichtigung der einzelnen kommunalen Aufgabenbereiche, befragt. Im Rahmen einer zweiten Fragebogenaktion im zweiten Quartal 2009 nahmen die jeweiligen Ämter und Tochtergesellschaften zu den sie betreffenden Handlungsfeldern Stellung und formulierten mögliche Ziele und Maßnahmen.

Der Entwurf des Integrationskonzepts wurde am 05.05.2010 dem Facharbeitskreis „Migration/Integration“ sowie am 07.05.2010 der Bevölkerung vorgestellt und diskutiert. Ziel der Veranstaltungen war es, über den Entwurf des Integrationskonzepts zu informieren, ins Gespräch zu kommen und Anregungen aufzunehmen. Die Verwaltung erhielt hierdurch eine Vielzahl von Anregungen (vgl. Kapitel 9

„Ergebnisdokumentation: Beteiligung des Netzwerks Migration/Integration 05.05.2010 und Bürgerbeteiligung 07.05.2010“), die in die Fortschreibung des Integrationskonzepts einfließen werden.

Nach Beteiligung der Bürgerschaft und des Facharbeitskreises wurde im Juli 2010 der Entwurf des Integrationskonzeptes vom Ausländerrat und vom Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss vorberaten und am 27. Juli 2010 vom Gemeinderat verabschiedet.

Der Beschluss des Gemeinderats sieht im Vergleich zum Entwurf des Integrationskonzepts im Bereich der „Neuausrichtung des Ausländerrats“ Änderungen vor, die in die Konzeption eingearbeitet wurden (vgl. Kapitel 6.5.3).

Mit dem Integrationskonzept ist ein gemeinsames Grundverständnis von Integration und Integrationszielen verbunden. Es benennt Rahmenbedingungen zur Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und soll als Basis für eine respektvolle Begegnung und dem Abbau gegenseitiger Vorurteile und Ängste dienen. Das Integrationskonzept fordert einen gegenseitigen Dialog und die selbstverpflichtende Mitwirkung aller in ihrem Verantwortungsbereich.

Das vorliegende erste Reutlinger Integrationskonzept ist kein abgeschlossenes Werk. Es soll durch den Arbeitskreis „Integrationsleitlinien“ bei Bedarf fortgeschrieben werden, um so die Nachhaltigkeit und Steuerung des Integrationsprozesses zu sichern (vgl. Kapitel 7). Gemäß Gemeinderatsbeschluss wird der Arbeitskreis „Integrationsleitlinien“ seine Arbeit mit den beiden Handlungsfeldern „Sprachförderung und Bildung“ sowie „Ältere Menschen“ beginnen.

2. Integrationsziele der Stadt Reutlingen



Foto: Trinkhaus/Reutlinger General Anzeiger (Interkulturelle Woche 2004).

In Reutlingen leben Menschen aus 132 verschiedenen Ländern. Aus manchen Ländern sind es nur einzelne Personen oder Familien, aus anderen Ländern aber auch zahlenmäßig starke Gruppen. Allen gemeinsam ist der Wunsch nach Sicherheit und persönlichem Wohlergehen.

Erstes Ziel der Reutlinger Integrationspolitik ist daher die Förderung des friedlichen Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen.

Zuwanderer kommen aus den unterschiedlichsten Motiven nach Reutlingen. Allen gemeinsam ist der berechtigte Wunsch nach Teilhabe. Dieser umfasst sowohl die gesellschaftliche und politische Partizipation im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten als auch Chancengleichheit in den zentralen Bereichen gesellschaftlichen Lebens: Sprache, Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation, Inanspruchnahme kommunaler Serviceleistungen sowie selbstorganisierte Aktivitäten in Vereinen und Religionsgemeinschaften.

Zweites Ziel der Reutlinger Integrationspolitik ist daher die Förderung der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Partizipation und der Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Zuwanderer sind Menschen in einer Umbruchsituation. Ihre Herkunft, ihre Kultur, ihre Sprache geben ihnen Halt und helfen ihnen bei der Neuorientierung in ihrer neuen Heimat. Zugleich können sie einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten, der wichtig ist für die gesellschaftliche Entwicklung.

Drittes Ziel der Reutlinger Integrationspolitik ist daher die Anerkennung, Wertschätzung, Nutzung und Förderung der kulturellen Vielfalt im Interesse aller.

Zuwanderung ist Veränderung und wie jede Veränderung Risiko und Chance zugleich. Für den Einzelnen wie für die Gesellschaft als Ganzes. Ob Zuwanderung für Reutlingen in der Zukunft mehr Chance oder mehr Risiko ist, haben alle gemeinsam in der Hand.

Viertes Ziel der Reutlinger Integrationspolitik ist daher die Förderung des Verständnisses, dass Integration eine Aufgabe aller Menschen und Institutionen in der Stadt ist.

Die genannten Ziele werden in den einzelnen Handlungsfeldern (siehe Kapitel 6 „Handlungsfelder“) durch Projekte und andere integrationsfördernde Maßnahmen umgesetzt.

Bei der Verfolgung der vorgenannten Integrationsziele sind vor allem folgende wesentlichen Grundsätze handlungsleitend:

- ▶ Integration ist ohne Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht denkbar,
- ▶ Sprache ist der Schlüssel zur Integration,
- ▶ Zuwanderer sind berechtigt und gefordert, Integrationsangebote anzunehmen,
- ▶ Zuwanderer haben das Recht auf ihre eigene kulturelle Identität,
- ▶ Diskriminierung von Zuwanderern oder gar Rassismus haben keinen Platz in Reutlingen.

3. Zielgruppen der Integrationspolitik

Da Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein wechselseitiger Prozess ist, betrifft sie letztlich alle Mitglieder unserer Gesellschaft. Die Integrationsleistungen müssen sowohl von der Mehrheitsgesellschaft erbracht werden als auch von Menschen mit Migrationshintergrund (künftig Migranten genannt). Letztere sind selbst zugewandert oder hier geboren, haben aber zumindest einen zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Dies gilt natürlich auch für Spätaussiedler und deren Kinder.

Unabhängig vom Herkunftsland und dem genauen rechtlichen Aufenthaltsstatus zielt Integrationspolitik auf die Integrationsmaßnahmen für die drei Hauptgruppen:

- ▶ neu zugewanderte Personen mit Migrationshintergrund,
- ▶ bereits länger hier lebende Personen mit Migrationshintergrund und
- ▶ die Mehrheitsgesellschaft.

3.1 Neuzuwanderer

Die sehr heterogene Gruppe der Neuzuwanderer hinsichtlich der Einreisemotivation, der Herkunftsländer und des Rechtsstatus umfasst Personen aus der Gruppe der Arbeitssuchenden, der Studenten, des Familiennachzugs, der Aussiedler und der Flüchtlinge. Für die Integration dieser Personengruppe ist die sprachliche Kompetenz von entscheidender Bedeutung und ist ausschlaggebend für die Qualität der Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft (siehe Kapitel 6.1.3).

3.2 Langjährig hier lebende Personen mit Migrationshintergrund

Die Gruppe der länger hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist ebenfalls heterogen zusammengesetzt. Der Grad der Integration der einzelnen Gruppen bzw. Personen variiert stark. Selbst noch in der zweiten und dritten Generation ist eine mangelnde Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft zu beobachten. Insbesondere bei jüngeren Personen mit geringer Schulbildung und entsprechenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt führen soziale Ausgrenzungen und enttäuschte Erwartungen oft zu einem Leben am Rande der Gesellschaft.

Größere Integrationschwierigkeiten im öffentlichen Bereich haben auch nichtdeutsche Frauen aufgrund ihrer familiären Situation, niedrigem Bildungsniveau und geringen Deutschkenntnissen (siehe Kapitel 6.3.3 „Frauen und Mädchen“).

3.3 Mehrheitsbevölkerung

Die Einbeziehung der Mehrheitsbevölkerung in den Prozess der Integration ist unerlässlich. Ohne ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer aktiven Zuwanderungspolitik und die damit verbundenen Herausforderungen, aber auch der damit verbundenen kulturellen Vielfalt, kann Integration nicht gelingen. Mit anderen Worten: Wenn Deutschland ein Zuwanderungsland ist, dann müssen die Deutschen auch aufnahmebereit und aufnahmewillig sein.

Die unterschiedlichen Zielgruppen erfordern zielgerichtete, auf die jeweiligen Bedürfnisse und Lebenslagen zugeschnittene Maßnahmen und Programme (siehe Handlungsfelder Kapitel 6).

4. Rahmenbedingungen

4.1 Bundesebene

Am 01.01.2000 wurde das Staatsangehörigkeitsgesetz geändert und zum 01.01.2005 das neue Zuwanderungsgesetz eingeführt. Mit dem Zuwanderungsgesetz werden Zuwanderung und Integration erstmals in einem Gesetz geregelt. Damit ist nun auch rechtlich verankert, was die Zahlen längst belegen: Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Über 15 Millionen Menschen aus 200 verschiedenen Staaten leben heute in der Bundesrepublik Deutschland, darunter 7,3 Millionen Menschen mit einem ausländischen Pass.

Der Bund gibt mit zahlreichen Gesetzen, wie dem Aufenthaltsgesetz, dem Zuwanderungsgesetz und dem Staatsangehörigkeitsgesetz, den Handlungsrahmen und die Aufgaben für die Integrationspolitik der Kommunen vor. Die Kommunen unterliegen den Vorgaben der Gestaltung von Integrationsmaßnahmen, wie z. B. bei den Integrationskursen und den Beratungsstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Die Bundesregierung hat zu Beginn der letzten Legislaturperiode die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration dem Bundeskanzleramt als Staatsministerin zugeordnet und damit institutionell aufgewertet. Damit wurde eine weitere Voraussetzung dafür geschaffen, Integrationspolitik zum gesellschaftlichen Schlüsselthema zu machen und als Querschnittsaufgabe zu verankern.⁵

Diese politische Schwerpunktsetzung wird im ersten Nationalen Integrationsplan, der im Juli 2007 von der Bundesregierung vorgestellt wurde, festgeschrieben. Er stellt die Integrationsinitiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgerschaft erstmals auf eine gemeinsame Grundlage. Er wurde im Dialog von Vertretern aller staatlichen Ebenen, der wichtigsten nichtstaatlichen Organisationen und der Migrantenorganisationen erarbeitet. Er beinhaltet klare Ziele, konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen aller Beteiligten.⁶

So haben sich die Länder beispielsweise verpflichtet, die Förderung der deutschen Sprache vom Kindergarten über die Schule, die Ausbildung bis in die Weiterbildung zu verstärken, mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Erzieher und Lehrkräfte zu gewinnen sowie den Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund zu gesundheitlichen Angeboten, Pflegediensten und Angeboten für Ältere zu verbessern.

4.2 Landesebene

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil von 11,9 %. Jede neunte Person besaß Ende 2006 einen ausländischen Pass. 17,5 % der Ausländer in Deutschland leben in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist damit das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Ausländern im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung. Der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte liegt bei 25 %. Von insgesamt 10,7 Millionen Menschen hat jeder Vierte eine Zuwanderungsgeschichte. Baden-Württemberg liegt damit erkennbar über dem Bundesdurchschnitt.

Dies sind Zahlen, die deutlich machen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Das Land Baden-Württemberg hat daher nach einem ausführlichen Meinungs- und Gedankenaustausch mit den wichtigsten, auf dem Gebiet der Integration tätigen Personen im September 2008 den Integrationsplan „Integration gemeinsam schaffen“ verabschiedet. Der Landesintegrationsplan ist damit keine einseitige Absichtserklärung. Oberstes Ziel des Integrationsplans sind „die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten in allen Lebensbereichen nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“, die Intensivierung der Deutschförderung im Vorschulalter sowie die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.“⁷ Es ist vorgesehen, den Integrationsplan in einem 3-Jahreszyklus fortzuschreiben.

4.3 Kommunale Ebene

Der weitaus größte Teil der Integrationsarbeit fällt in den Wirkungskreis der Kommunen, denn dort leben und arbeiten die Menschen mit Migrationshintergrund. Hier besuchen sie Kindertageseinrichtungen und Schulen und nehmen soziale und kulturelle Angebote wahr. Tägliche Begegnungen und der Umgang miteinander als Kollegen, Nachbarn oder Dienstleistende prägen den Alltag. Hier werden Integrationserfolge, aber auch Misserfolge unmittelbar sichtbar. Eine erfolgreiche Integration ist für die Kommune aus diesem Grunde von hohem Interesse und stellt eine große Herausforderung dar.

Da der Bereich Integration zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen zählt, gibt es zwischen den Städten erhebliche Unterschiede, wie mit Förderung und Steuerung der Integration umgegangen wird. Die einen betrachten Integration als Chefsache und Querschnittsaufgabe der Verwaltung, für andere ist die Förderung der Integration „noch“ kein Thema. In Baden-Württemberg haben derzeit 45 Städte einen Integrationsbeauftragten; eine davon ist Reutlingen. Einige Städte verfügen bereits über ein Integrationskonzept.

⁵ Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007a: S. 15.

⁶ Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007c: S. 1.

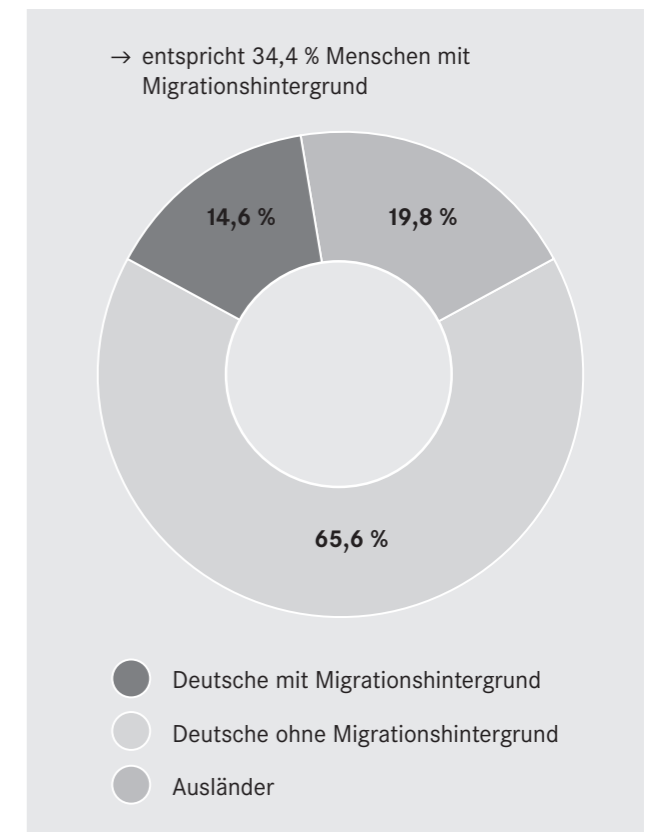
⁷ Vgl. Anhörung zum Entwurf des Landesintegrationsplans, 23.06.2008.

5. Situation in Reutlingen

5.1 Zahlen und Fakten

In Reutlingen leben rund 112.000 Einwohner, davon haben 34,4 % einen Migrationshintergrund.

Reutlinger Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund

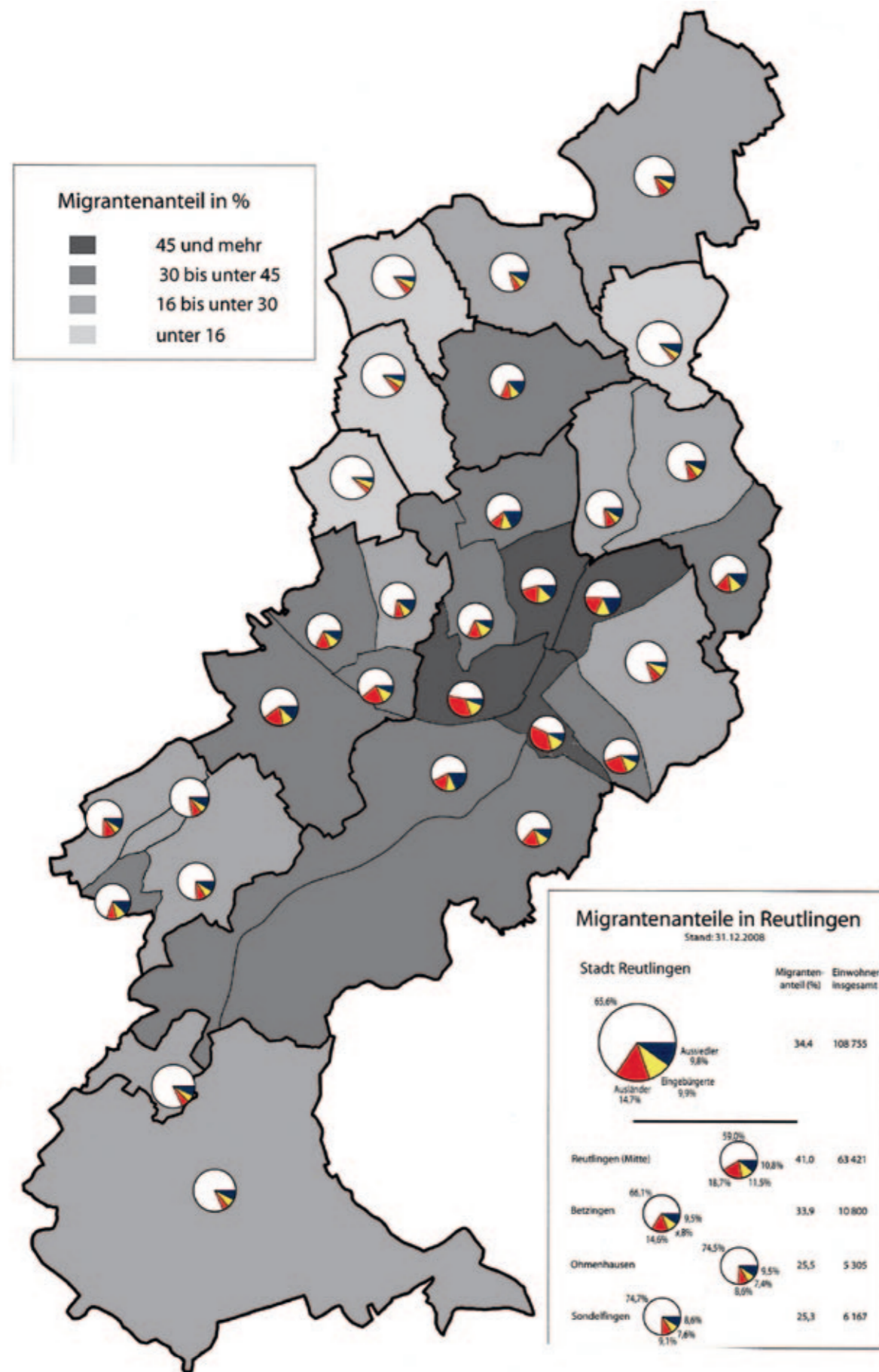


Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand 31.12.2007.



Foto: Schürer/Reutlinger General Anzeiger (Übergabe von Lesekoffern an Schüler der Hoffmann Schule).

5.1.1 Migranten in Reutlingen – Verteilung auf die einzelnen Stadtgebiete



Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008.

Die Menschen mit Migrationshintergrund verteilen sich wie folgt auf die Reutlinger Stadtgebiete:

Stadtgebiete in Reutlingen mit einem Migrantenanteil von über 45 %:

Stadtgebiet	Einwohner gesamt	Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund
Tübinger Vorstadt ⁸	2.818	60,7 %
Zentrum	4.059	56,9 %
Schieferstraße	5.247	52,8 %
Laisen	1.836	50,2 %
Storlach	6.260	45,5 %

Stadtgebiete in Reutlingen mit einem Migrantenanteil von 30 bis unter 45 %:

Stadtgebiet	Einwohner gesamt	Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund
Honauer Bahn	6.164	44,6 %
Volkspark	10.118	42,8 %
Reutlingen-Mitte	63.421	41,0 %
Industriegebiet	2.034	39,6 %
Orschel-Hagen	6.702	39,2 %
Steinachstraße	2.701	38,9 %
Hohenschildstraße	962	36,8 %
Ringelbach	13.584	36,4 %
Betzingen	10.800	33,9 %
Wannweiler Straße	2.973	32,2 %
Rommelsbach	5.769	31,6 %
Römerschanze	5.223	31,6 %
Mahdach	1.303	30,3 %

Stadtgebiete in Reutlingen mit einem Migrantenanteil von 16 bis unter 30 %:

Stadtgebiet	Einwohner gesamt	Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund
Schwellerhalde	3.092	27,6 %
Nägelesäcker	362	25,7 %
Ohmenhausen	5.305	25,5 %
Sondelfingen	6.167	25,3 %
Steigstraße	2.133	24,4 %
Römersteinstraße	3.682	23,7 %
Hopfengartenstraße	1.523	22,1 %
Betzinger Straße	1.507	22,6 %
Oferdingen	2.417	20,2 %
Mittelstadt	3.418	20,1 %
Achalm	4.228	19,7 %
Gönningen	3.715	18,4 %
Bronnweiler	1.026	18,0 %

Stadtgebiete in Reutlingen mit einem Migrantenanteil von unter 16 %:

Stadtgebiet	Einwohner gesamt	Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund
Altenburg	1.744	14,7 %
Sickenhausen	1.950	14,5 %
Reicheneck	854	14,2 %
Degerschlacht	2.169	12,5 %

Quelle für alle Abbildungen dieser Seite: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008.

⁸ Das Gebiet „Tübinger Vorstadt“ ist ein Teil des Stadtgebiets „Schieferstraße“ und wird wegen des extrem hohen Anteils an Einwohnern mit Migrationshintergrund gesondert ausgewiesen.

5.1.2 Altersstruktur der Reutlinger Bevölkerung

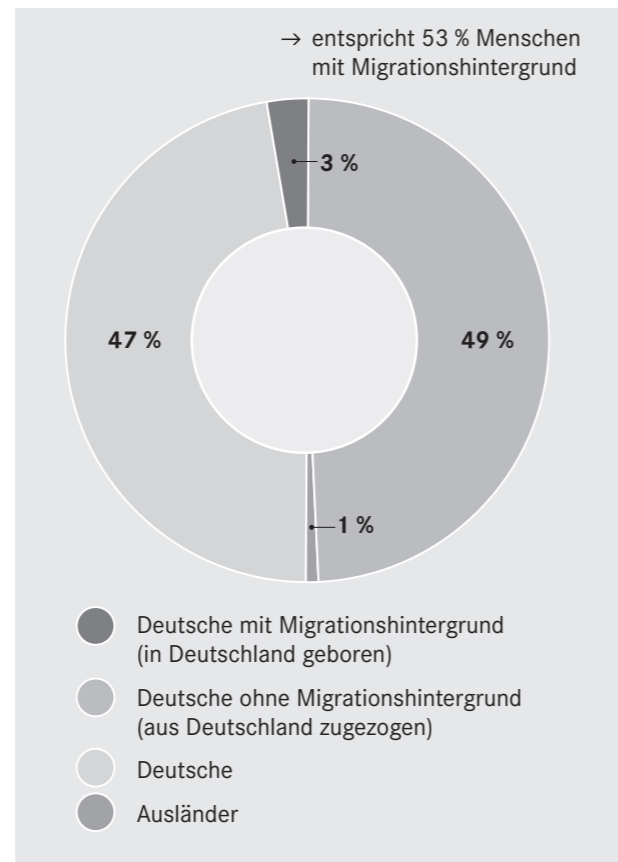
Die Analyse der Zahl der unter Dreijährigen lässt klar erkennen, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund überproportional steigt, während der Anteil der Ausländer entsprechend zurückgeht. Die meisten Kinder mit Migrationshintergrund sind hier geboren (siehe Schaubild rechts).

Von den im Jahr 2008 im Kreis Reutlingen (Zahlen für die Stadt Reutlingen liegen leider nicht vor) geborenen Babys hatten 2.254 die deutsche Staatsangehörigkeit und nur 90 eine ausländische. Somit behielten nur 16,5 % der von ausländischen Müttern geborenen Kinder eine ebenfalls ausländische Staatsangehörigkeit, während der überwiegende Teil deutsch wurde. Eine Entwicklung, die vor einigen Jahren noch anders war. Im Jahr 2000 beispielsweise wurden insgesamt 2.871 Kinder geboren. Davon hatten 611 eine ausländische Mutter, also 21,3 %. 254 (41,6 %) Kinder bekamen ebenfalls eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der Gesetzgebung, denn aufgrund der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren oder länger rechtmäßig in Deutschland lebt) und müssen sich erst mit Vollendung des 18. Lebensjahrs für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Zum anderen haben in Baden-Württemberg (Zahlen, die sich tendenziell auf Reutlingen übertragen lassen) mittlerweile rund 28 % der verheirateten Ausländerinnen im Alter bis 45 Jahre einen deutschen Ehemann. Auch deren Kinder erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die unten aufgeführte Statistik belegt deutlich, dass die Menschen mit Migrationshintergrund jünger sind als ihre deutschen Mitbürger. Grund ist die höhere Geburtenrate bei Migranten (siehe Kapitel 5.1.3 „Privathaushalte in Reutlingen“).

Reutlinger Einwohner zwischen 0 – 3 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind bisher noch eine kleinere Gruppe (siehe auch Kapitel 6.4 „Bürgerchaftliches Engagement, Kultur und Sport“).

Altersgruppe	Einwohner		Deutsche		Migranten ⁹		davon					
		%		%		%	Ausländer		Eingebürgerte		Aussiedler	
								%		%		%
0 – 3	2.807	2,6	1.306	1,8	1.501	4,0	93	0,6	1.033	9,3	375	3,6
3 – 6	2.915	2,7	1.404	2,0	1.511	4,0	114	0,7	1.049	9,4	348	3,3
6 – 10	4.110	3,8	2.134	3,0	1.976	5,3	247	1,6	1.311	11,8	418	4,0
10 – 15	5.527	5,1	3.108	4,4	2.419	6,5	826	5,2	1.015	9,1	578	5,5
15 – 18	3.540	3,3	2.085	2,9	1.455	3,9	528	3,3	561	5,0	366	3,5
18 – 25	9.503	8,7	6.059	8,5	3.444	9,2	1.729	10,9	930	8,3	785	7,5
25 – 45	29.300	26,9	17.645	24,7	11.655	31,1	6.350	40,1	2.625	23,5	2.680	25,7
45 – 60	23.802	21,9	16.843	23,6	6.959	18,6	3.091	19,5	1.425	12,8	2.443	23,4
60 – 65	5.403	5,0	3.580	5,0	1.823	4,9	1.136	7,2	320	2,9	367	3,5
ab 65	21.874	20,1	17.200	24,1	4.674	12,5	1.710	10,8	887	8,0	2.077	19,9
Gesamt	108.781	100,0	71.364	100,0	37.417	100,0	15.824	100,0	11.156	100,0	10.437	100,0
		100,0 %		65,6 %		34,4 %		42,3 %		29,8 %		27,9 %

Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.¹⁰

⁹ Die Gruppe der Migranten umfasst Ausländer, eingebürgerte Personen, zugewanderte Deutsche ohne Einbürgerung (Aussiedler) und deren Kinder.

¹⁰ Die aktuelle Einwohnerzahl Reutlingens beträgt 112.129 (Stand: 30.06.2009). Die Differenz zur Einwohnermeldedatei rührt daher, dass nach dem sogenannten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts die Ergebnisse des Zensus von 1987 nicht Rückfluss in die Meldedateien nehmen dürfen. Die Einwohnermeldedatei basiert daher noch auf dem Zensus des Jahres 1970 und wird entsprechend fortgeschrieben (Vgl. BverfGE 65,1).

5.1.3 Privathaushalte in Reutlingen

Tabelle I	Haushalt nach der Staatsangehörigkeit			Privat-haushalte insgesamt	Migranten-haushalte insgesamt*
	deutscher	gemischter	ausländischer		
Einpersonenhaushalt	19.242		2.674	21.916	2.674
Ehepaar mit Kindern	6.263	2.025	606	8.894	2.631
Ehepaar ohne Kinder	12.589	1.123	1.577	15.289	2.700
nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	255	97	11	363	108
nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	1.084	208	132	1.424	340
Alleinerziehende	1.653	235	168	2.056	403
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** mit Kindern	406	58	35	499	93
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** ohne Kinder	2.994	211	287	3.492	498
Privathaushalte insgesamt	44.486	3.957	5.490	53.933	9.447
mit 1 Kind unter 18 Jahre	4.316	1.077	447	5.840	1.524
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.446	967	296	4.709	1.263
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	881	371	80	1.332	451
insgesamt	8.643	2.415	823	11.881	3.238

Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008.

Die folgende Tabelle gibt die in I aufgeführten Daten in Prozentzahlen wieder:

Tabelle II	Haushalt nach der Staatsangehörigkeit			Privat-haushalte insgesamt	Migranten-haushalte insgesamt*
	deutscher	gemischter	ausländischer		
Einpersonenhaushalt	87,8 %		12,2 %	100,0 %	12,2 %
Ehepaar mit Kindern	70,4 %	22,8 %	6,8 %	100,0 %	29,6 %
Ehepaar ohne Kinder	82,3 %	7,3 %	10,3 %	100,0 %	17,7 %
nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	70,2 %	26,7 %	3,0 %	100,0 %	30,0 %
nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	76,1 %	14,6 %	9,3 %	100,0 %	23,9 %
Alleinerziehende	80,4 %	11,4 %	8,2 %	100,0 %	19,6 %
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** mit Kindern	81,4 %	11,6 %	7,0 %	100,0 %	18,6 %
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** ohne Kinder	85,7 %	6,0 %	8,2 %	100,0 %	14,3 %
Privathaushalte insgesamt	82,5 %	7,3 %	10,2 %	100,0 %	17,5 %
mit 1 Kind unter 18 Jahre	73,9 %	18,4 %	7,7 %	100,0 %	26,1 %
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	73,2 %	20,5 %	6,3 %	100,0 %	28,8 %
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	66,1 %	27,9 %	6,0 %	100,0 %	33,9 %
insgesamt	72,7 %	20,3 %	6,9 %	100,0 %	37,3 %

Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008.

* Spalten 2 + 3 zusammen

** z. B. gleichgeschlechtliche Paare, Mutter und Großmutter, Wohngemeinschaften

Tabelle III vergleicht in Prozentzahlen das Verhältnis deutscher, gemischter und ausländischer Haushalte in ihrer Gruppe:

Tabelle III	Haushalt nach der Staatsangehörigkeit			Privat- haushalte insgesamt	Migranten- haushalte insgesamt*
	deutscher	gemischter	ausländischer		
Einpersonenhaushalt	43,3 %		48,7 %	40,6 %	28,3 %
Ehepaar mit Kindern	14,1 %	51,2 %	11,0 %	16,5 %	27,8 %
Ehepaar ohne Kinder	28,3 %	28,4 %	28,7 %	28,3 %	28,6 %
nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	0,6 %	2,5 %	0,2 %	0,7 %	1,1 %
nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	2,4 %	5,3 %	2,4 %	2,6 %	3,6 %
Alleinerziehende	3,7 %	5,9 %	3,1 %	3,8 %	4,3 %
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** mit Kindern	0,9 %	1,5 %	0,6 %	0,9 %	1,0 %
sonstiger Mehrpersonenhaushalt** ohne Kinder	6,7 %	5,3 %	5,2 %	6,5 %	5,3 %
Privathaushalte insgesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
mit 1 Kind unter 18 Jahre	49,9 %	44,6 %	54,3 %	49,2 %	47,1 %
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	39,9 %	40,0 %	36,0 %	39,6 %	39,0 %
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	10,2 %	15,4 %	9,7 %	11,2 %	13,9 %
insgesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008.

* Spalten 2 + 3 zusammen

** z. B. gleichgeschlechtliche Paare, Mutter und Großmutter, Wohngemeinschaften

Bei der Beurteilung der Tabellen dürfen nicht deutsche Haushalte zu ausländischen Haushalten in Bezug gesetzt, sondern die gemischten Haushalte müssen zusammen mit den ausländischen den deutschen gegenübergestellt werden. Es zeigt sich, dass bei Deutschen wie Migranten die Zahl der Ehepaare ohne Kinder annähernd gleich ist (28,3 % bei den Deutschen und 28,6 % bei den Migranten), während es bei den Migranten deutlich mehr Ehepaare mit Kindern gibt (27,8 % bei den Migranten und 14,1 % bei den Deut-

schen). Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist bei den Migranten dafür knapp um die Hälfte geringer als bei den Deutschen (28,3 % bei den Migranten und 43,3 % bei den Deutschen).

Entgegen verbreiteten Vorurteilen hat sich bei Migranten wie Deutschen überwiegend (39 %) die Zwei-Kind-Familie durchgesetzt. Im Verhältnis zu den deutschen Familien findet man in Migranten-Familien häufiger drei und mehr Kinder (13,9 % bei den Migranten und 10,2 % bei den Deutschen).

5.2 Bisherige Integrationsförderung der Stadt Reutlingen

Integrationsförderung ist für die Stadt Reutlingen nicht neu. Sie hat früh die kommunalpolitische Relevanz des Themas erkannt. Bereits im Jahr 1984 wurde ein Ausländerbeirat eingerichtet und gleichzeitig eine Stelle des „Ausländerbeauftragten“ beim Sozialamt angesiedelt. Es wurden viele Projekte und Maßnahmen durchgeführt, die auch bundesweit Anerkennung gefunden haben. Um die Verantwortung für Integration als Querschnittsaufgabe in der gesamten Stadtverwaltung zu fördern, ist im Jahr 2004 das Referat für Migrationsfragen eingerichtet worden. Seither hat es u. a. folgende Bereiche der Integrationsarbeit aufgegriffen:

1. Durchführung von Projekten wie „Mama lernt Deutsch, Papa auch“, Einrichtung eines ehrenamtlichen Dolmetscherpools, Wanderausstellung „Wen ich bewundere“ oder „Heimat in der Fremde“.
2. Förderung der politischen Partizipation von Migranten durch enge Zusammenarbeit des Referats mit den Mitgliedern des Ausländerrats und deren Sprechern, Vorbereitung der Ausländerratssitzungen, Durchführung von Klausurtagungen und Exkursionen, Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des Ausländerrats.
3. Unterstützung von Projekten und Förderung der Vernetzung unterschiedlicher, in der Integrationsarbeit aktiven Einrichtungen und Vereine auf kommunaler und auf Landesebene:
 - Organisation und Moderation des Netzwerks „Migration/Integration“ (vgl. Kapitel 6.1.2 „Schule“ und 6.7 „Vernetzung“), Vernetzung von Vereinen der Tübinger Vorstadt (Bunter Tisch), Vernetzung der türkischen Kultur- und Sportvereine sowie ihrer religiösen Organisationen.

- Kooperationsprojekte, wie die Kampagne „Hand in Hand“ (vgl. Kapitel 6.1.2 „Schule“ und 6.7 „Vernetzung“), das Islamische Frauenforum (vgl. Kapitel 6.8 „Interkultureller und interreligiöser Dialog“) und die Interkulturelle Woche.
 - Vorsitz des Arbeitskreises „Kommunale Integrationsbeauftragte des Städtetags Baden-Württemberg“.
4. Verankerung der Integrationsförderung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung durch ämterübergreifende Maßnahmen und Projekte, wie z. B. NIKI-Migrationsberatung in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt und der Ausländerabteilung (vgl. Kapitel 6.1.3 „Sprachförderung für Erwachsene“), Willkommensmappe für neu zugezogene Migranten, ein Gemeinschaftswerk des Referats und des Bürgeramts, Beratungsbüro der Migrationserstberatung bei der Ausländerabteilung (vgl. Kapitel 6.1.3 „Sprachförderung für Erwachsene“), Fortbildung für städtische Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz gemeinsam mit dem Hauptamt, Umbaumaßnahmen auf dem Friedhof Römerschanze für Bestattungen nach muslimischen Ritualien in Zusammenarbeit mit den Technischen Betriebsdiensten und muslimischen Gemeinden (vgl. 6.6 „Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung“), „Auspacken: Dinge und Geschichten von Zuwanderern“, das Erhebungs-, Dokumentations-, Ausstellungs- und Publikationsprojekt wurde mit dem Stadtarchiv und Heimatmuseum durchgeführt (vgl. Kapitel 6.4.2 „Kultur“).

Es können in diesem Rahmen nicht alle Maßnahmen und Projekte anderer Ämter aufgeführt werden. Jedoch sind unter dem Punkt „Handlungsfelder“ alle Maßnahmen und Projekte von den Ämtern aufgenommen worden.



Foto: Referat für Migrationsfragen/Stadt Reutlingen (Sprachkurs „Mama lernt Deutsch, Papa auch“).

6.1 Sprachförderung und Bildung

6. Handlungsfelder

Die Handlungsfelder des Reutlinger Integrationskonzepts orientieren sich an denen des Nationalen Integrationsplans und des Integrationsplans von Baden-Württemberg. Die im Folgenden formulierten Ziele und Maßnahmen sind vor dem Hintergrund einer bereits praktizierten erfolgreichen Integrationspolitik in Reutlingen zu würdigen.

Nicht alle Ziele und Maßnahmen können von der Stadtverwaltung allein umgesetzt werden, da die Zuständigkeit bei anderen Einrichtungen und Institutionen, z. B. Schulen,

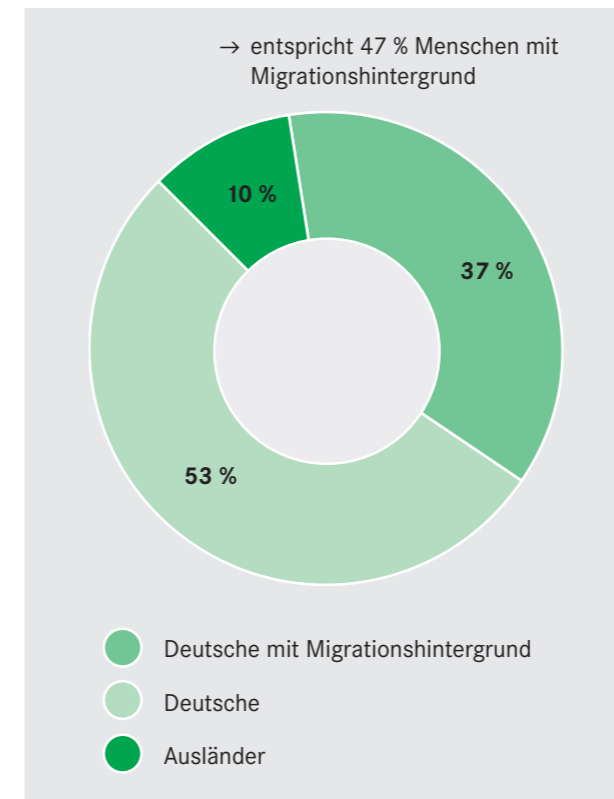
Wohlfahrtsverbänden, aber auch bei jedem einzelnen Einwohner, liegt. Die Qualität der Umsetzung wird demnach durch eine enge Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Institutionen sowie den Einwohnern sichergestellt.

Bedingung für eine gelungene Integrationsarbeit ist die Berücksichtigung der vielfältigen Lebensformen von Frauen und Männern mit Migrationsgeschichte. Deshalb werden bei den Maßnahmen aller Handlungsfelder die Kategorien Geschlecht, Alter und Status durchgängig berücksichtigt.

6.1 Sprachförderung und Bildung

Sprachförderung und Bildung ist eines der wichtigsten Handlungsfelder von Integrationspolitik und ist der Stadtverwaltung Reutlingen besonders wichtig. Gute Sprachkenntnisse und eine solide Bildung eröffnen den Zugang zur politischen Information, individuelle Lebenschancen, bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und ermöglichen dadurch die Partizipation an der Aufnahmegesellschaft.

Reutlinger Einwohner unter 18 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand 31.12.2007.

Zahlreiche Studien der letzten Jahre belegen den großen Rückstand von Kindern und Jugendlichen aus Migranten- und sozial schwachen Familien in der Bildung. Eine der Ursachen ist die mangelhafte Sprachkompetenz. Eine gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten ist daher notwendig, um die Aussichten auf einen guten Schulabschluss, einen Ausbildungsplatz, einen erfolgreichen Berufseinstieg und die damit verbundene soziale Anerkennung zu erreichen.

Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund derzeit bei 27 %, in westdeutschen Großstädten bereits bei bis zu 40 %, in Reutlingen derzeit bei 47 %. Der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, von dem ein erheblicher Teil als voll integriert betrachtet werden kann, ist folglich für das Bildungssystem eine Herausforderung.

6.1.1 Kindertagesbetreuung

Kindertageseinrichtungen sind Begegnungsorte von Familien mit Migrationshintergrund und Familien mit deutscher Kultur und Sprache. Hier wird niedrigschwellig durch das Erlernen der deutschen Sprache und der Traditionen der Mehrheitsgesellschaft die Integration entscheidend gefördert. Zugleich treffen deutsche Familien dort oft zum ersten Mal in unmittelbarer Weise auf andere Kulturen.

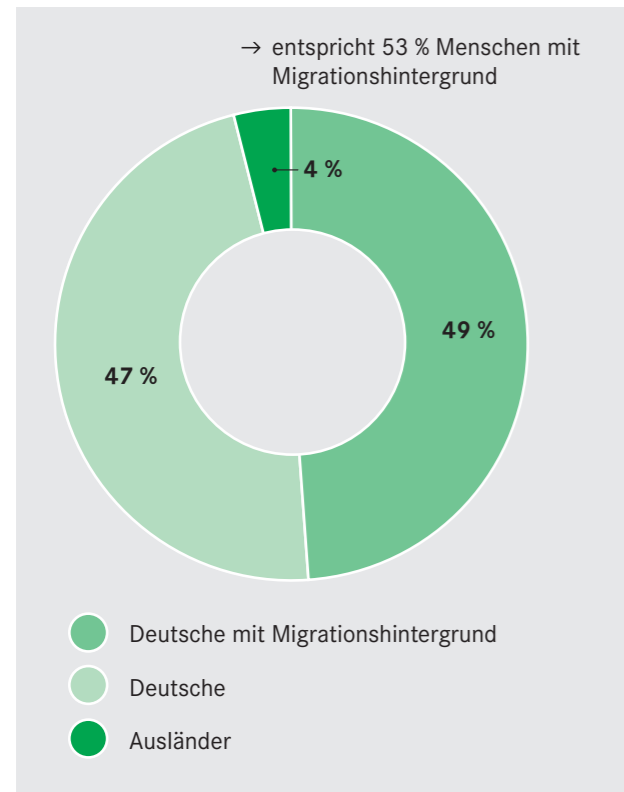
Tageseinrichtungen sind für Kinder und Eltern in der Regel der Begegnungsort mit der höchsten Vielfalt an Lebenslagen. Der Anteil der 0- bis 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund beträgt in Reutlingen derzeit 53 %.

Landesweit besuchen im Vorschulalter ausländische Kinder (spezifische Angaben für Migranten stehen nicht zur Verfügung) fast ebenso häufig eine Kindertageseinrichtung wie die gleichaltrigen deutschen Kinder.

Im Jahr 2004 besuchten rund 72 % der deutschen und 56 % der ausländischen Kinder im Alter von 3 Jahren eine

Kindertageseinrichtung.¹¹ Bei den 4-Jährigen waren es 89 % der deutschen und 84 % der ausländischen Kinder. Diese Zahlen sind sicher weitgehend auf Reutlingen zu übertragen. Eine Erhebung in Reutlingen im Jahr 2006 ergab, dass dort im 3. Kindergartenjahr alle Kinder, sowohl deutsche wie solche mit Migrationshintergrund, in der Betreuung sind.¹²

Reutlinger Einwohner zwischen 0 bis 6 Jahren mit Migrationshintergrund



Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Neben gezielter Förderung im Erlernen der deutschen Sprache bereits im Kindergarten darf die Bedeutung der Mehrsprachigkeit nicht unterbewertet werden.

Daher wird der gezielte Mehrspracherwerb im Rahmen der Sprachförderung der Kleinkinder vorangetrieben. Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten, der zukünftig für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich den Rahmen für den Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsauftrag regelt, sieht als ein Ziel für das Bildungs- und Entwicklungsfeld „Sprache“ vor: „Kinder mit einer anderen Herkunftssprache erwerben Deutsch als Zielsprache und bauen es aus. Kinder erfahren unterschiedliche Sprachen als Ausdrucksmöglichkeit und Reichtum.“¹³

In der Kindertagesbetreuung der Stadt Reutlingen zählt Sprachförderung und Sprachbildung bereits zum Alltag. Der 4. Leitsatz aus den Leitsätzen zur ganzheitlichen Sprachförderung (2005) der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder lautet: „Sprachförderung bindet interkulturelle Bildung mit ein.“

Jedes Kind hat seine eigene kulturelle Geschichte und geht seinen eigenen Weg.“

Für das pädagogische Handeln bedeutet dies:

- ▶ Die sozialpädagogischen Fachkräfte respektieren die Muttersprache der Kinder und ihre Kultur.
- ▶ Die sozialpädagogischen Fachkräfte werten das Erlernen der Muttersprache als positiven Aspekt zur Identitätsfindung/Selbstfindung. In der Tageseinrichtung ist die Muttersprache ausdrücklich gewünscht.
- ▶ Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind daran interessiert, ihr Fachwissen über andere Kulturen zu erweitern.

Die Umsetzung dieses Leitsatzes im Alltag der Kindertageseinrichtungen erfolgt durch eine Vielzahl von Methoden. Dazu zählt die Verwendung von mehrsprachigem Material (z. B. Bilderbücher), durch die Aufnahme und den Einbezug von Elementen aus anderen Kulturen (z. B. Schriftbilder, mehrsprachige Beschriftungen von Alltagsgegenständen), durch die Anerkennung aller Familiensprachen (Einführung und Pflege von Liedgut) und durch die Ermunterung aller Eltern, sich mit ihrer Sprache und Kultur einzubringen (z. B. Vorlesekreis, Kochbuchprojekt).

Eine weitere bereits praktizierte Integrationsmaßnahme besteht darin, dass bereits in der Eingewöhnungsphase der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen durch entsprechende Eingewöhnungsstandards auf die „doppelte Fremdheit“ geachtet und fachliche Unterstützung einbezogen wird, um den Kindern mit Migrationshintergrund den Einstieg in den neuen Lebensabschnitt, die fremde Sprachumgebung, Speisen und kulturelle Verhaltensweisen zu erleichtern.

Weitere Beispiele für bestehende Integrationsmaßnahmen in den Reutlinger Kindertagesstätten:

- ▶ Leitsätze zur ganzheitlichen Sprachförderung
- ▶ Leitsätze zur Erziehungspartnerschaft
- ▶ Standortbestimmung Kinderhaus und Hort
- ▶ Fachdienst Sprache, Interkulturalität (Januar 2009)
- ▶ Intensive Sprachförderung durch Zuschüsse der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (L-Bank)
- ▶ Eltern übersetzen für andere Eltern bzw. Einsatz des ehrenamtlichen Reutlinger Dolmetscherpools
- ▶ Gezielter Personaleinsatz von Erzieherinnen mit Migrationshintergrund
- ▶ Vorleseprojekt in Kooperation mit der Abteilung für Ältere
- ▶ In den Kindertageseinrichtungen: Rollenspielbereich, Bücherecke/Bücherei, Lieder, Feste (auch religiöse), Projekte (z. B. „Kinder dieser Welt“), Ernährung („Wer isst was? Woher kommen unsere Nahrungsmittel?“), Kindergartenkalender mit Schwerpunkt Interkulturalität und Sprache, Elterncafés und vieles mehr.

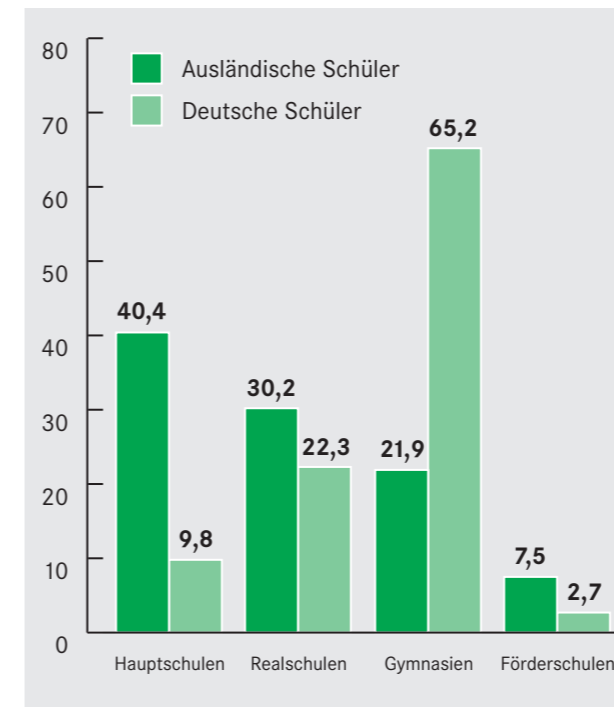
Ziele und Maßnahmen zur Kindertagesbetreuung in Reutlingen:

Ziele	Maßnahmen
Kinder mit Migrationshintergrund unter 3 Jahren besuchen zunehmend Kindertageseinrichtungen, Spielgruppen o. Ä.	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Werbung in den Familien, ihr Kind sehr früh in eine Kindertageseinrichtung, eine Spielgruppe o. Ä. zu schicken. Beratung und Unterstützung bei den Formalitäten, um den Zugang zu erleichtern
Jedes Kind soll spätestens ab dem 3. Lebensjahr eine Kindertageseinrichtung besuchen	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Werbung in den Familien, die ihr Kind noch nicht in die Kindertageseinrichtung schicken. Beratung und Unterstützung bei den Formalitäten, um Zugang zu erleichtern
Jedes Kind soll beim Übergang vom Kindergarten in die Schule Deutsch sprechen können	<ul style="list-style-type: none"> • Intensivierung der Sprachförderprojekte
Einbeziehung der Eltern	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Erziehungspartnerschaft
Konzeptionelle Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen in der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Auseinandersetzung mit den Themen vorurteilsfreie Erziehung (Antibias Approach) und Kultur der Vielfalt (Diversity)

6.1.2 Schule

Schulen sind Orte der Integration. Sie entscheiden über den Bildungserfolg und damit mittelbar auch über den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg.

Verteilung ausländischer und deutscher Schüler auf weiterführende Schulen in Trägerschaft der Stadt Reutlingen

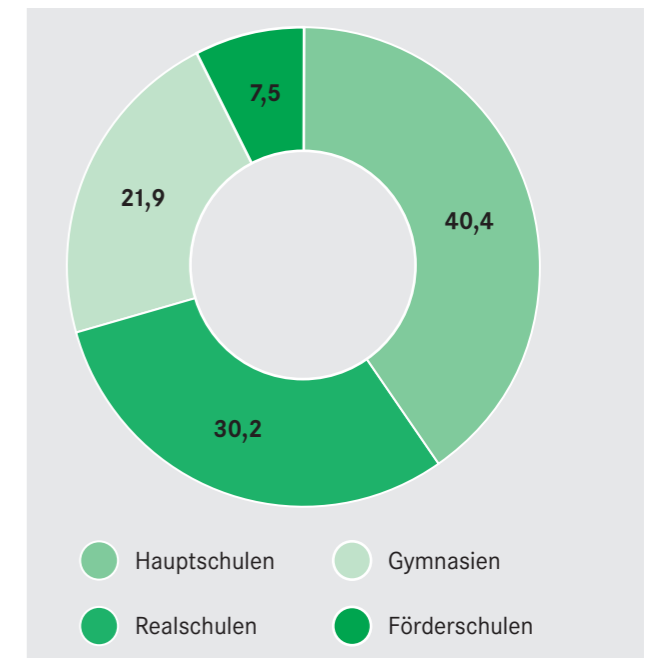


Quelle: Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009.

In Reutlingen, wie übrigens bundesweit, sind ausländische¹⁴ Schüler überproportional in Förder- und Hauptschulen vertreten. Während nur 10 % der deutschen Kinder und Jugendlichen eine Hauptschule besuchen, sind es bei den ausländischen

schon über 40 %. Weit über die Hälfte (65 %) der deutschen Kinder besuchen ein Gymnasium, aber nur 22 % der ausländischen Kinder. Das schulische Bildungsniveau der Migranten der zweiten und dritten Generation liegt damit hinter dem ihrer deutschen Altersgenossen zurück.

Verteilung der ausländischen Schüler

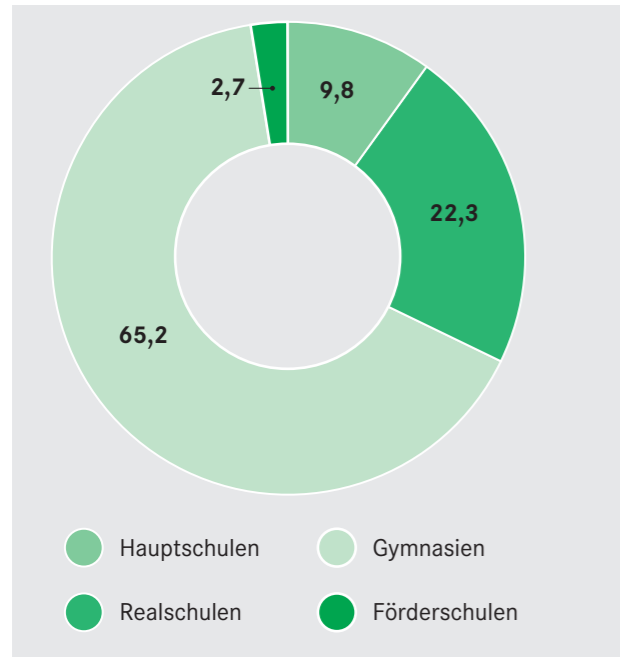


Quelle: Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009.

¹⁴ Während im Bereich der Kinderbetreuung die Bezugsgrößen Deutsche mit/ ohne Migrationshintergrund und Ausländer (vgl. Kapitel 6.1.1 „Kindertagesbetreuung“) sind, ist im Bereich der Schulen und auch in den folgenden Kapiteln nur ein Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern möglich, da kein entsprechendes Datenmaterial zur Verfügung steht. Die Deutschen mit Migrationshintergrund sind daher in der Größe „Deutsche“ mit erfasst.

¹¹ Vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg 2008: S. 3.
¹² Stadt Reutlingen: GR-DS-Nr. 06/005/30.1.
¹³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg 2006: S. 94.

Verteilung deutscher Schüler



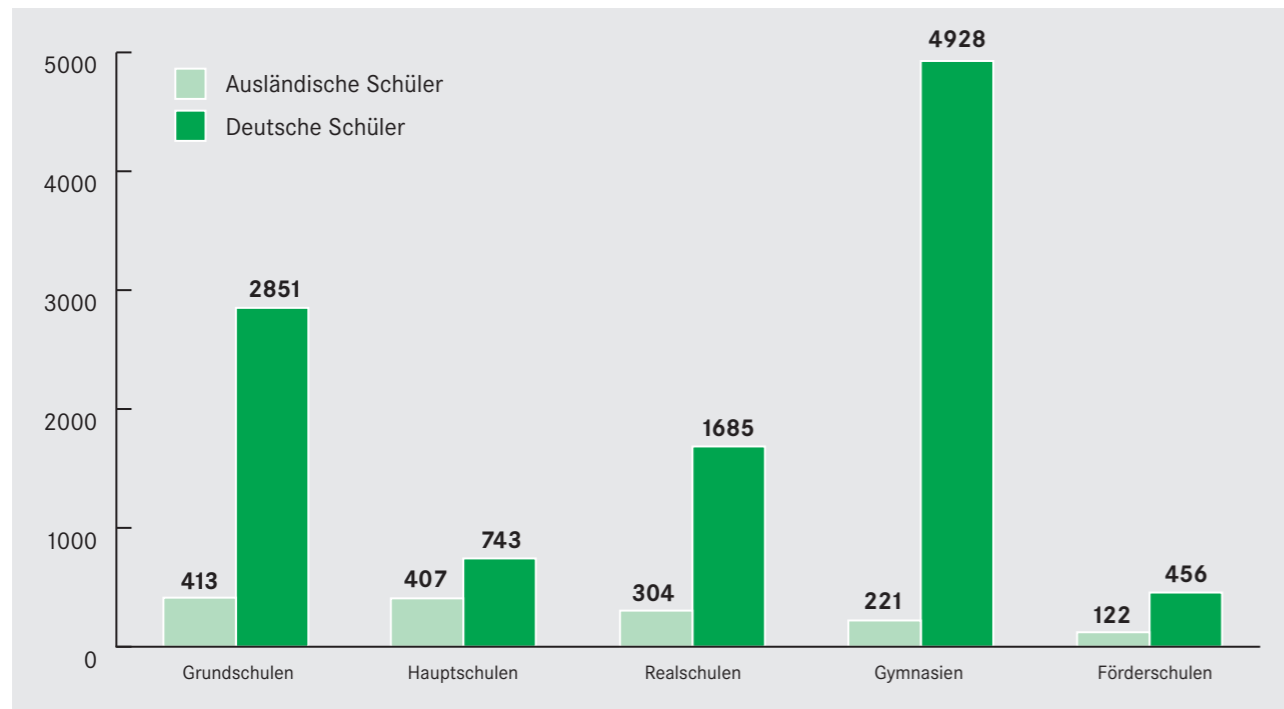
Quelle: Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009.

Es gibt Nationalitäten, die im deutschen Schulsystem gut als auch solche, die schlecht abschneiden. Besonders gut schneiden beispielsweise Griechen und Vietnamesen ab. Auch viele Schüler spanischer, polnischer, kroatischer, bosnischer oder russischer Herkunft besuchen eine Realschule oder ein Gymnasium. Sie erzielen damit ähnliche Schulerfolge wie deutsche Schüler.¹⁵

Den geringsten Schulerfolg haben die Gruppen der Staatsangehörigen Italiens und Serbien-Montenegros: In beiden Gruppen finden wir mehr Sonderschüler als Gymnasiasten. Das Gros der Schüler in diesen beiden Gruppen ist darüber hinaus in der Hauptschule zu finden, nur kleinere Prozentsätze besuchen Gymnasien und Realschulen.¹⁶ Auch der Schulerfolg der Kinder türkischer Abstammung ist nicht befriedigend.

Daten über Schulnoten und ein erfolgreiches Abschneiden in den einzelnen Schularten bei den verschiedenen Nationalitäten wären sicherlich aufschlussreich. Aussagekräftige Zahlen liegen derzeit jedoch nicht vor.

Ausländische und Deutsche Schülerzahlen an Schulen in Trägerschaft der Stadt Reutlingen



Quelle: Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009.

¹⁵ Vgl. Beuchling 2003, Tränhardt 2006: S. 9.

¹⁶ Vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg 2008: S. 5.

Verteilung der ausländischen Schüler nach Nationalitäten in Schulen in städtischer Trägerschaft (inkl. Vorbereitungsklassen)

Schulart	alle Schüler	ausländische Schüler	Anteil in %*	davon													
				Türken		Griechen		Italiener		Kroaten		Serben		Slowenen		Sonstige	
					%		%		%		%		%		%		%
Grundschulen	3.386	455	13,4	113	24,8	65	14,3	55	12,1	20	4,4	13	2,9	0	0,0	189	41,5
Hauptschulen	1.185	471	39,7	156	33,1	47	10,0	58	12,3	17	3,6	10	2,1	0	0,0	183	38,9
Realschulen	1.989	304	15,3	86	28,3	60	19,7	36	11,8	21	6,9	7	2,3	1	0,3	93	30,6
Gymnasien	5.149	221	4,3	36	16,3	45	20,4	9	4,1	27	12,2	5	2,3	0	0,0	99	44,8
Gesamt mit Förderschulen	12.287	1.573	12,8	427	27,1	241	15,3	178	11,3	94	5,98	37	2,35	1	0,06	595	37,8
Gesamt ohne Förderschulen	11.709	1.451	12,4	391	27,0	217	15,0	158	10,9	85	5,9	35	2,4	1	0,07	564	38,9

* bezogen auf alle Schüler je Schulart

Quelle: Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009.

Unbeschadet des effektiven schulischen Abschneidens der Angehörigen einzelner Nationalitäten bleibt es eine Tatsache, dass die Zahl der ausländischen Schüler an Realschulen und Gymnasien noch zu gering ist.

Eine der Ursachen für die oben beschriebene Situation ist auch hier die mangelhafte Sprachkompetenz, die den Besuch von Realschule und Gymnasium aussichtslos erscheinen lässt. Eine kontinuierliche und systematische Förderung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, wie dies auch der Nationale Integrationsplan und der Integrationsplan Baden-Württemberg vorsehen, ist daher in allen Schulformen und Altersstufen unerlässlich.

Allerdings darf auch im Bereich der Schule die Bedeutung der Mehrsprachigkeit nicht übersehen werden. Der muttersprachliche Unterricht wird in Baden-Württemberg in Form des sogenannten Konsulatsunterrichts in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Herkunftsstaaten organisiert und durchgeführt. Er unterliegt damit nicht der staatlichen Schulaufsicht des Landes. Der Unterricht erfolgt auf der Grundlage der im jeweiligen Herkunftsland geltenden Lehrpläne.

Die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts durch das Land Baden-Württemberg basiert auf einer EU-Richtlinie, die das Ziel verfolgt, die Rückkehr und Wiedereingliederung in das Herkunftsland zu erleichtern, was bei vielen Migranten heute jedoch keine Rolle mehr spielt. Insofern kann Sinn und Zweck der Förderung durchaus kritisch betrachtet werden. Allerdings sind die Sprachkenntnisse von Kindern

mit Migrationshintergrund unter dem Aspekt der Mehrsprachigkeit eine zusätzliche Kompetenz und können dazu beitragen, ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Die Förderung der muttersprachlichen Unterrichtsangebote kann den Kindern und ihren Eltern signalisieren, dass sie auch in ihrer sprachlichen und kulturellen Identität akzeptiert sind. Dieser Anspruch wird aber nur eingelöst, wenn auch die Anbieter des muttersprachlichen Unterrichts das Ziel haben, die Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern. Denn grundsätzlich ist die Landesregierung der Auffassung, dass „für eine gelungene Integration von Kindern ausländischer Herkunft insgesamt und für deren Berufschancen die Förderung der Deutschkenntnisse von entscheidender Bedeutung ist. Fundierte Deutschkenntnisse bilden die Grundlage für das schulische Lernen, den beruflichen Erfolg und die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund.“¹⁷

Die Stadt Reutlingen stellt für den Konsulatsunterricht kostenlos Schulraum zur Verfügung. Derzeit wird ein solcher Unterricht u. a. auf Türkisch, Kroatisch, Italienisch, Griechisch, Portugiesisch und Serbisch angeboten.

Meist scheitern sozial Schwache und Migrantenfamilien an den Übergängen Familie/Kindergarten, Kindergarten/Grundschule, Grundschule/weiterführende Schule und Schule/Ausbildung, da die entsprechende Unterstützung der Eltern, die selbst Sprachdefizite haben, fehlt. Entscheidend für den Schulerfolg der Kinder ist die Bereitschaft und

¹⁷ Landtag von Baden-Württemberg 2006: S. 5.

die Befähigung der Eltern zu einer konstanten Begleitung ihrer Kinder und ihre Aufgeschlossenheit gegenüber den Bildungsangeboten. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und Schule sowie spezielle Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund (Sprachkurse, Informationsveranstaltungen rund um das Thema „Schule“ etc.) sind angezeigt. Das Projekt „Elternmentoren“ der Elternstiftung Baden-Württemberg setzt dort an und will Familien mit Migrationshintergrund bei der Bewältigung von Schulangelegenheiten beistehen. Hierfür werden interessierte Eltern von Grund- und Hauptschülern zu sogenannten Elternmentoren geschult. Diese vermitteln Kompetenzen, die Erziehungsverantwortliche mit Migrationshintergrund befähigen, ihre eigenen Anliegen selbst vorzutragen, sich im Bildungssystem selbstständig zu orientieren, dessen Angebote kompetent zu nutzen sowie realistische Perspektiven für die Schullaufbahn ihrer Kinder zu entwickeln. Sie lernen, ihre Kinder bei Schulangelegenheiten und beim Übergang von Schule zu Ausbildung und Arbeitswelt verantwortungsvoll zu unterstützen sowie engagiert bei der Gestaltung eines förderlichen Schulalltags mitzuwirken.

Es ist unbestritten, dass Lehrer mit Migrationshintergrund für jugendliche Migranten eine wichtige Rolle als Vorbilder, Türöffner für eine intensivere Elternarbeit und für die interkulturelle Fortentwicklung der Schulen spielen. Da die Schulen in die Zuständigkeit des Landes Baden-Württemberg fallen, ist die Auswahl bzw. Werbung geeigneter Lehrkräfte Ländersache. Das Land Baden-Württemberg ist in dieser Frage insofern nicht untätig, als es die Lehrerausbildung um ein Modul „interkulturelle Kompetenz“ erweitert hat, welches ab dem Jahr 2011 angeboten wird.

Die Zuständigkeit des Landes im Bereich „Schule“ begrenzte bisher den Handlungsspielraum der Stadt Reutlingen auf die sachliche Ausstattung der Schulen. Durch den Ausbau der Ganztags- und Betreuungsangebote an Schulen, die bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kompensatorisch wirken und damit eine positive Rolle spielen, haben sich die Verantwortlichkeiten für den inhaltlichen Rahmen von Schule und damit auch die Möglichkeiten der Förderung integrativer Maßnahmen verändert. Soweit speziell für integrative Ansätze im Bildungskontext Mittel benötigt werden, stellt sie die Stadt Reutlingen als Schulträger. Darüber hinaus werden die Schulen und insbesondere die Fördervereine bei ihren integrativen Projekten durch Beratung und bereitgestellte Mittel unterstützt.

Die Stadt Reutlingen finanziert an neun Schulen (Grund-, Haupt- und Förderschulen) die Sprachförderung nach den HSL-Richtlinien (Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe). An neun Schulen bietet sie darüber hinaus sogenannte Vorbereitungsklassen an, die den Schuleinstieg für Migrantenkinder, die erst im Schulalter nach Deutschland kommen, durch gezielte Sprachförderung erleichtern sollen. Im Jahr 2009 wurden zusätzlich an einer Hauptschule zwei Vorbereitungsklassen für Späteinsteiger (Jugendliche im Alter von 15/16 Jahren) zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit und das Projekt „Gesundheitsnetzwerk und Persönlichkeitsstärkung“ bezuschusst.

Um die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen zu verbessern und Sprachbarrieren zu überwinden, wurde 2007 ein ehrenamtlicher Dolmetscherpool eingerichtet. Das Angebot kann von Schulen und Kindertageseinrichtungen kostenlos abgerufen werden. Derzeit stehen rund 40 Personen zur Verfügung, die etwa 20 Sprachen abdecken.

Seit dem Schuljahr 2007/2008 gibt es an einer Reutlinger Grund- und Hauptschule ein Mentorenprojekt, bei dem Erstklässler mit Migrationshintergrund von Schülern der 8. Klasse, sogenannten Paten, bei der Erledigung von Hausaufgaben, durch Lernspiele oder auch gemeinsame Unternehmungen unterstützt werden. Durch Hausbesuche, die von den Projektleitern (eine Lehrerin der Schule und eine Honorarkraft mit Migrationshintergrund) in Kooperation mit der Klassenlehrerin und der Schulsozialarbeit durchgeführt werden, wird eine Atmosphäre des Verstehens und Vertrauens bereitet und die Eltern unmittelbar mit einbezogen.

An sieben Reutlinger Schulen (in acht Kursen) sowie im Mehrgenerationenhaus (in einem Kurs) organisiert die Stadt Reutlingen seit 2005 das Projekt „Mama lernt Deutsch, Papa auch“. Die Intention des Projekts ist es, neben der Verbesserung der Sprachkenntnisse der Eltern auch Wissen über das deutsche Bildungssystem zu vermitteln und den Kontakt und die Zusammenarbeit der Eltern mit der Schule zu fördern.

Verschiedene Netzwerke, Institutionen und Migrantenvereine in Reutlingen beschäftigen sich seit einigen Jahren intensiv mit den Themen Schule, Bildung und Elternarbeit und haben entsprechende Angebote ausgearbeitet. Ihr Ziel ist die Information und Weiterbildung der Schulen und der Öffentlichkeit in diesem Bereich, die Kooperation untereinander sowie die Befähigung der Eltern zur Förderung ihrer Kinder, um bestmögliche Bildungs- und Berufschancen zu erhalten. Beispiele hierfür sind:

- ▶ Das im Jahr 2005 geschaffene Netzwerk „Migration/Integration“, dem neben Vertretern von Schulen, Kirchen, Polizei, Migrantenvereinen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), engagierten Einzelpersonen auch das Referat für Migrationsfragen angehört. In den Jahren 2006/2007 wurde das Thema Schule herausgegriffen und hierzu ein Informationstag veranstaltet. Seit 2008 ist die Förderung der Elternarbeit als wichtiger Baustein zur Unterstützung der Kinder im Schulalltag Schwerpunkt. Dazu wurden verstärkte Angebote gemacht (vgl. auch Kapitel 6.7 „Vernetzung“).
- ▶ Das Projekt der Polizeidirektion Reutlingen in Kooperation mit muslimischen Vereinen und weiteren Partnern „Hand in Hand – für die Zukunft unserer Kinder“ (vgl. hierzu Kapitel 6.7 „Vernetzung“).
- ▶ Das Projekt „Vorschule für Kinder und Eltern“ des Internationalen Vereins für russische Kultur und Sprache „Dialog e. V.“.
- ▶ Die „Türkische Elternschule“ und die „Russische Elternschule“ sowie die geplante „Internationale Elternschule“ des Familienforums Reutlingen (vgl. Kapitel 6.3.1 „Familie“).

Ziele und Maßnahmen in den Schulen:

Ziele	Maßnahmen
Alle Schüler sollen die deutsche Sprache beherrschen, damit sie dem Unterricht folgen können	<ul style="list-style-type: none"> • Intensivierung der Sprachförderung
Einschulungsquote in die Förderschule verringern	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der sprachlichen und kulturellen Kompetenzen der Kinder
Übergangsquote an die Realschule und das Gymnasium erhöhen	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderangebote in den ersten Klassen • Fördermaßnahmen während des Besuchs von Regelklassen • Hausaufgabenbetreuung • Weiterentwicklung von Sprachförderkonzepten in Grundschulförderklassen und damit zusammenhängend eine intensivierte Kooperation zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen • Vorbereitungsklassen für Grundschüler und Schüler des Sekundarbereichs
Unterstützung beim Übergang von der Schule ins Ausbildungssystem	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsschule • Angebote zur Prüfungsvorbereitung • Angebot von Bewerbungstraining für Schulabgänger • Bildungspaten
Einbeziehung der Eltern und Förderung der Elternarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Dolmetscherpool • Sprachangebot „Mama lernt Deutsch, Papa auch“ • Informationen über das Bildungssystem • Projekt „Schuleplus – Elternbildung“
Förderung der Mitwirkung von Eltern	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Projekts „Elternmentoren an Grund- und Hauptschulen der Elternstiftung Baden-Württemberg“ • Gezieltes Einfordern bei den Eltern mit Migrationshintergrund, sich im Schulalltag z. B. bei Schulveranstaltungen, in Fördervereinen etc. einzubringen
Einbeziehung von Migrantenvereinen, bei den Themen „Bildung“ und „Elternarbeit“/eigene Angebote durch Migrantenvereine	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation mit Vereinen von Zuwanderern aufbauen und das Know-how für die Durchführung eigener Projekte vermitteln • Mentorenausbildung
Förderung der interkulturellen Kompetenz der Lehrkräfte	<ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelle Kompetenz als Modul in der Ausbildung
Vorbilder für Schüler mit Migrationshintergrund schaffen	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Quote von Lehrkräften mit Migrationshintergrund • Studenten mit Migrationshintergrund in die Betreuungsangebote einbeziehen
Erleichterung bei der Schaffung neuer Unterstützungsangebote	<ul style="list-style-type: none"> • Unbürokratische Unterstützung aller Personen und Einrichtungen, die Sprachförderung, Hausaufgabenbetreuung etc. anbieten

6.1.3 Sprachförderung für Erwachsene

Versäumte Bildungsmöglichkeiten können nur mit guten Sprachkenntnissen nachgeholt werden, um Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bei der gesellschaftlichen Integration zu erhöhen.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 und der damit verbundenen Einführung der Integrationskurse wurde ein Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote geschaffen. Das Aufenthaltsgesetz regelt in den §§ 44 und 44 a, wer am Integrationskurs teilnehmen darf bzw. wer dazu verpflichtet werden kann.

Dabei unterscheidet das Gesetz zwischen

- ▶ Bürgern der Europäischen Union,
- ▶ Spätaussiedlern,
- ▶ deutschen Staatsangehörigen (Eingebürgerte),
- ▶ Ausländern, die einen Aufenthaltstitel vor oder nach dem 01.01.2005 erhalten haben,
- ▶ langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaaten ausländern sowie
- ▶ langjährig geduldeten Ausländern.

Zuwanderer erhalten im ersten Teil des Integrationskurses Sprachunterricht. Im zweiten Teil, dem Orientierungskurs, werden die deutsche Kultur, das Rechtssystem und die Wertordnung vermittelt.

Die Bundesregierung setzt im Gegensatz zu früher nicht nur auf die nachholende und die begleitende Integration, sondern fördert auch die vorbereitende Integration. Somit werden von denjenigen, die z. B. im Rahmen des Ehegattennachzugs in die Bundesrepublik Deutschland kommen, nicht nur Deutschkenntnisse verlangt, sondern ihnen auch konkrete Hilfestellungen beim Erwerb dieser Kenntnisse durch Deutschkurse, z. B. an den Goethe-Instituten in der Türkei, gegeben.

Die Bilanz der mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskurse ist laut Bundesregierung positiv. Dennoch ist zukünftig verstärkt darauf zu achten, dass die Vielzahl an Angeboten der verschiedenen Träger – wie z. B. die Migrationsberatung des Jugendmigrationsdienstes oder anderer freier Träger – koordiniert und verstärkt wahrgenommen wird.

Die Ausländerbehörde der Stadt Reutlingen hat 455 Personen in den Jahren 2005 bis 2009 (überwiegend Frauen im Wege des Ehegattennachzugs) verpflichtet, einen Integrationskurs zu besuchen. Davon haben 274 Personen (60 %) den Kurs begonnen, 35 Personen (8 %) haben ihn abgebrochen. 78 Personen (28 %) haben den Kurs erfolgreich abgeschlossen, 93 Personen (34 %) blieben ohne Abschluss. 110 Personen sind umgezogen, so dass hierfür keine abschließenden Zahlen mehr vorliegen.

Darüber hinaus hat die Stadt Reutlingen eigene Maßnahmen und Projekte entwickelt, um den Erwachsenen mit Migrationshintergrund den Zugang zur deutschen Sprache und die damit verbundene Integration in die Aufnahmegesellschaft zu erleichtern:

Das Projekt NIKI – Niederschwellige kommunale Integrationsarbeit Reutlingen – richtet sich an die Zielgruppe der schon länger als vier Jahre in Reutlingen lebenden Migranten, deren sprachliche und soziale Integration unzureichend ist. NIKI bietet ein freiwilliges Beratungsangebot, um Barrieren aufzulösen, die einer sozialen und/oder sprachlichen Integration im Wege stehen. Migranten sollen u. a. zum Besuch eines Integrationskurses motiviert und bei der Heranführung an die verschiedenen Angebote des Gemeinwesens begleitet werden.

Bei der Reutlinger Ausländerbehörde wurde für die Träger der Migrationsberatung ein Büro bereitgestellt, in dem sie abwechselnd Sprechstunden halten können. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, durch einen ständigen Austausch zwischen den Mitarbeitern der Migrationsberatung und der Ausländerabteilung die Vermittlung von Personen an die entsprechenden Einrichtungen und Institutionen einfacher und direkter zu gestalten. Die Nähe der beiden Einrichtungen ist besonders für hilfesuchende Personen eine große Vereinfachung. Seit dem 01.06.2008 wurden von der Ausländerbehörde 100 Personen an die Migrationsberatungsstellen vermittelt.

Mit den niederschweligen Sprachkursen „Mama lernt Deutsch, Papa auch“ (siehe Kapitel 6.2.2 „Berufliche Bildung“) möchte die Stadt Reutlingen Migranten zu den Integrationskursen hinführen.

Nach dem Erwerb von Sprachkenntnissen muss der regelmäßige Gebrauch der deutschen Sprache gewährleistet sein, um diese nicht zu verlieren. Betroffen sind hier insbesondere isoliert lebende bzw. nicht erwerbstätige Migranten (meist Frauen) sowie Rentner, die sich häufig nach Beendigung des Arbeitslebens in die eigene nationale Gruppe zurückziehen.

Ziele und Maßnahmen der Sprachförderung für Erwachsene:

Ziele	Maßnahmen
Möglichst viele erwachsene Migranten sollen die deutsche Sprache erlernen	<ul style="list-style-type: none"> • Integrationskurse bekannt machen • Migranten zur Teilnahme an Integrationskursen ermutigen • Entwicklung von lebensweltorientierten, geschlechterspezifischen und altersgruppenspezifischen Sprachförderungsangeboten (siehe seniorenspezifische Fremdsprachenangebote bei der vhs Reutlingen)
Förderung des Erhalts von Deutschkenntnissen vor allem auch bei älteren Menschen und Frauen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von interkulturellen Begegnungen, die Anreize bieten, die Verkehrssprache zu pflegen, erworbene Integration zu erhalten und weiterzuentwickeln

6.2 Wirtschaft, Arbeit und berufliche Bildung

6.2 Wirtschaft, Arbeit und berufliche Bildung

Gelungene Integration ist ein Wirtschaftsfaktor. „Eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt bildet die Grundlage für eine dauerhafte, gesellschaftliche Integration und ökonomische Partizipation. Sie dient einerseits der Sicherung des Lebensunterhalts und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Andererseits fördert sie auch die Akzeptanz der Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft.“¹⁸
 Der Bereich der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktintegration von Migranten muss „sowohl berufsbezogene und sprachliche Komponenten als auch Hilfen zur beruflichen Qualifikation enthalten.“¹⁹

Die Stadt Reutlingen ist ein moderner und dynamischer Dienstleistungs- und Industriestandort, das größte Wirtschaftszentrum zwischen Stuttgart und dem Bodensee. Den über 5.000, überwiegend mittelständischen Betrieben, bietet Reutlingen eine sehr gute gewerbliche Infrastruktur und schnelle Anbindung an Verkehrsströme. Die wichtigsten Wirtschafts- und Produktionszweige sind Elektrotechnik und Elektronik, Maschinenbau, Handel, Logistik, Biotechnologie und ein breites Spektrum von Dienstleistungen. Reutlingen hat eine exportorientierte Wirtschaft mit vielen internationalen Kontakten. Aber auch das örtliche Handwerk spielt eine wichtige Rolle.

Die Stadt bietet viele Möglichkeiten für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung. Neben einer großen Anzahl von all-gemeinbildenden Schulen beherbergt Reutlingen Berufsschulen und Berufsfachschulen besonders auch im technischen Bereich, darunter das Lederinstitut Gerberschule Reutlingen und die Fachschulen für Bekleidungs- und Textiltechnik sowie die Hochschule Reutlingen mit der European School of Business (ESB) Reutlingen mit rund 4.000 Studierenden. Insbesondere die Hochschule und die ESB Reutlingen unterhalten viele Kontakte ins Ausland und ausländische Studierende nehmen einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz unter den Studenten ein.

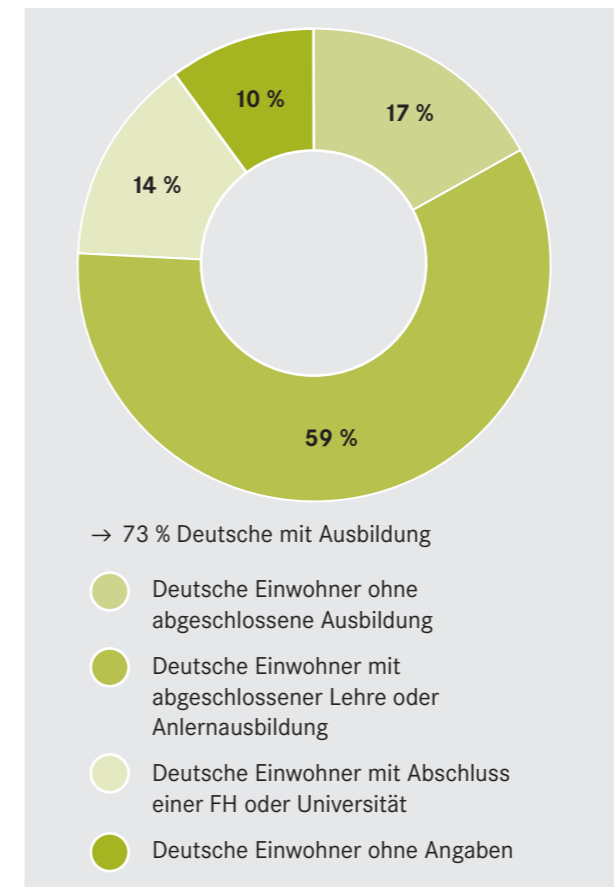
Die Wirtschaft und die Gesellschaft haben erkannt, dass durch die zunehmende Internationalität des Wirtschaftslebens die interkulturelle Kompetenz gesteigert und positiv genutzt werden muss. Die Stadt Reutlingen bietet hierfür mit ihrer Vielfalt an internationalen Beziehungen die besten Voraussetzungen.

¹⁸ Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg 2008: S. 70.

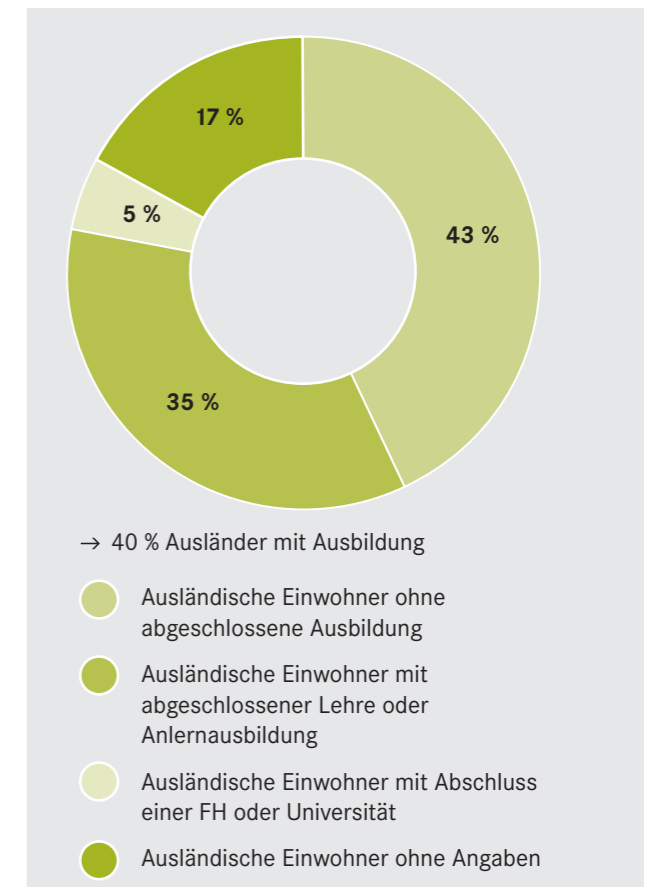
¹⁹ Ebd., S. 68.

6.2.1 Arbeits- und Wirtschaftsleben

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte deutsche Einwohner in Reutlingen am Wohnort



Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Einwohner in Reutlingen am Wohnort



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2007.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2007. In Reutlingen (hier liegen wieder nur auf Ausländer bezogene Daten vor) betrug die Arbeitslosenquote im November 2009 bezogen auf alle Erwerbspersonen 5,2 %; bei den Ausländern 12,3 %.

Mitverantwortlich für diese Sachlage ist die aus der schon angesprochenen mangelhaften Sprachkompetenz resultierende schlechte oder gar fehlende Berufsausbildung der ausländischen Bevölkerung. Aber auch die fehlende Aner-

kennung ausländischer Abschlüsse und Zertifikate, Vorurteile seitens der potenziellen Arbeitgeber sowie kulturelle, religiöse oder geschlechtsspezifische Gründe, eine Arbeit nicht anzunehmen, sind ein nicht zu vernachlässigender Faktor.

Vergleicht man die deutschen und ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach ihrer beruflichen Qualifikation, so ist festzustellen, dass nur 40 % der Ausländer über eine Ausbildung verfügen, gegenüber 73 % der Deutschen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten in Reutlingen

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ08)	Reutlingen, Stadt						Reutlingen, Stadt (LKR)					
	insgesamt	%	davon				insgesamt	%	davon			
			Deutsche	%	Ausländer	%			Deutsche	%	Ausländer	%
Gesamtwirtschaft*	48.129	100,0	41.952	100,0	6.172	100,0	95.897	100,0	84.341	100,0	11.548	100,0
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	69	0,1	-	-	-	-	447	0,5	409	0,5	38	0,3
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	54	0,1	-	-	-	-
C Verarbeitendes Gewerbe	14.687	30,5	12.115	28,9	2.572	41,7	36.946	38,5	31.108	36,9	5.838	50,6
D Energieversorgung	148	0,3	-	-	-	-	234	0,2	-	-	-	-
E Wasserversorgung Abwasser/ Abfall, Umweltverschmutzung	419	0,9	382	0,9	37	0,6	766	0,8	690	0,8	76	0,7
F Baugewerbe	1.893	3,9	1.627	3,9	266	4,3	5.603	5,8	4.911	5,8	692	6,0
G Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz	7.965	16,5	7.044	16,8	920	14,9	13.754	14,3	12.356	14,7	1.395	12,1
H Verkehr und Lagerei	2.372	4,9	2.004	4,8	368	6,0	3.539	3,7	3.060	3,6	479	4,1
I Gastgewerbe	808	1,7	493	1,2	314	5,1	1.780	1,9	1.240	1,5	539	4,7
J Information und Kommunikation	1.330	2,8	1.229	2,9	101	1,6	2.072	2,2	1.924	2,3	148	1,3
K Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1.687	3,5	1.626	3,9	60	1,0	2.649	2,8	2.561	3,0	87	0,8
L Grundstücks- und Wohnungswesen	194	0,4	181	0,4	13	0,2	323	0,3	303	0,4	20	0,2
M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2.260	4,7	2.128	5,1	132	2,1	3.799	4,0	3.623	4,3	175	1,5
N Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2.743	5,7	2.129	5,1	613	9,9	3.741	3,9	2.936	3,5	804	7,0
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.492	5,2	2.410	5,7	82	1,3	4.025	4,2	3.897	4,6	128	1,1
P Erziehung und Unterricht	1.840	3,8	1.716	4,1	124	2,0	2.878	3,0	2.710	3,2	168	1,5
Q Gesundheits- und Sozialwesen	5.043	10,5	4.688	11,2	354	5,7	9.846	10,3	9.244	11,0	601	5,2
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	703	1,5	638	1,5	65	1,1	908	0,9	823	1,0	85	0,7
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.421	3,0	1.291	3,1	130	2,1	2.410	2,5	2.187	2,6	223	1,9
T Privathaushalte mit Hauspersonal; Dienstleistungen und Herstellung von Waren der Privathaushalte für den Eigenbedarf	51	0,1	38	0,1	13	0,2	111	0,1	72	0,1	39	0,3
U Exterritoriale Organisation und Körperschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

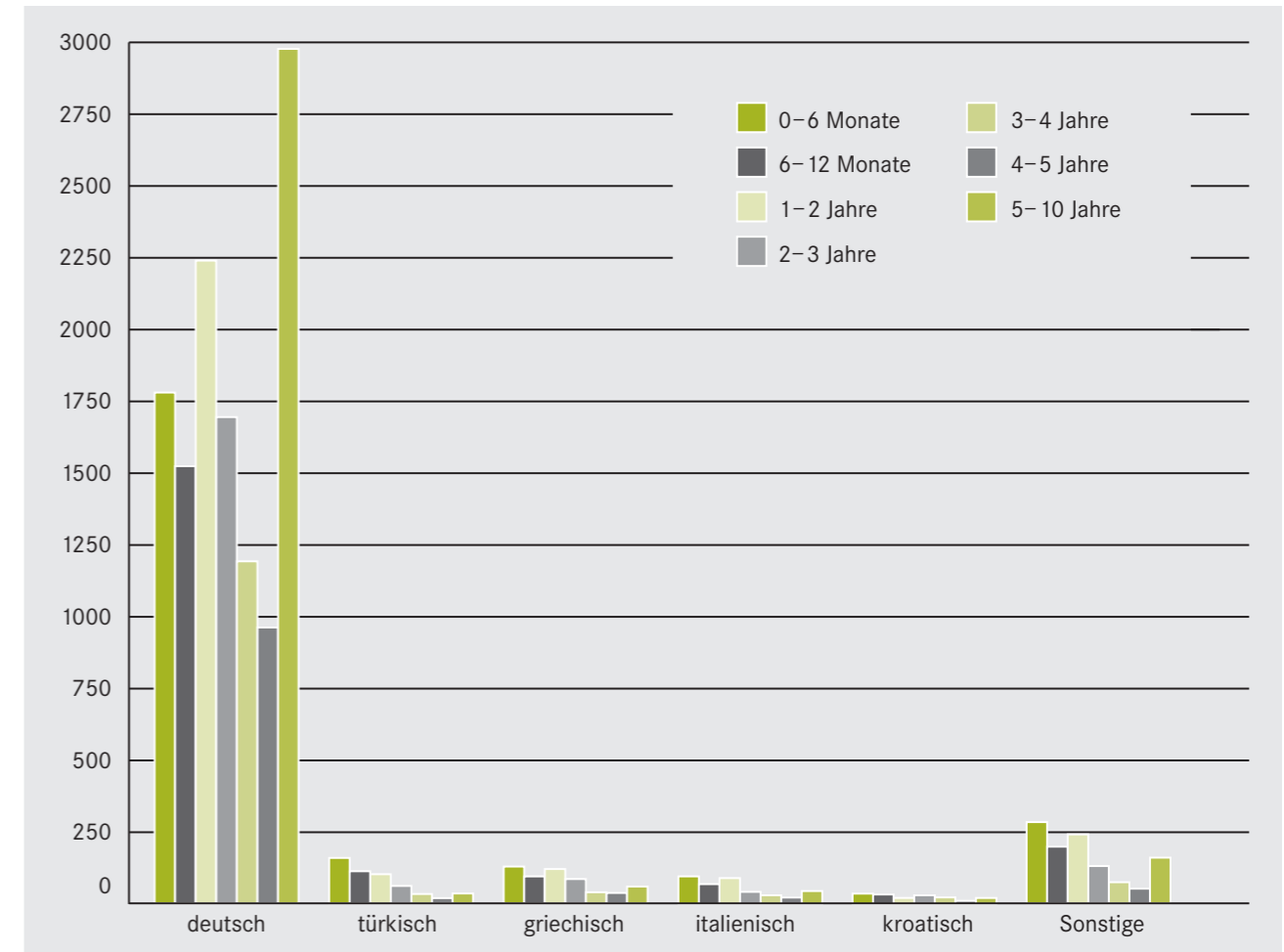
Zeichenerklärung: - = Kein Nachweis vorhanden oder geheimzuhalten * Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2008.

Anmerkung zur vorstehenden Tabelle:

Ausländische Erwerbstätige sind im Vergleich zu deutschen Beschäftigten in den Bereichen „Verarbeitendes Gewerbe“²⁰, „Baugewerbe“, „Gastgewerbe“ und „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“²¹ stärker vertreten.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch die fortschreitende Technisierung im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe weniger Arbeitsplätze für ungelernete Arbeiter zur Verfügung stehen. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen fallen zusätzliche Arbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeiter, darunter wie aufgeführt auch Migranten, fort.

Deutsche und ausländische Gewerbetreibende (Selbstständige) in Reutlingen seit 1999



Gewerbeausübung	0-6 Monate	6-12 Monate	1-2 Jahre	2-3 Jahre	3-4 Jahre	4-5 Jahre	5-10 Jahre	Insgesamt								
deutsch	1.827	14,86 %	1.566	12,74 %	2.214	18,01 %	1.654	13,45 %	1.198	9,74 %	934	7,60 %	2.901	23,60 %	12.294	82,76 %
türkisch	136	27,87 %	117	23,98 %	109	22,34 %	52	10,66 %	21	4,30 %	14	2,87 %	39	7,99 %	488	3,29 %
griechisch	77	18,47 %	71	17,03 %	82	19,66 %	70	16,79 %	33	7,91 %	27	6,47 %	57	13,67 %	417	2,81 %
italienisch	85	23,61 %	57	15,83 %	63	17,50 %	48	13,33 %	30	8,33 %	24	6,67 %	53	14,72 %	360	2,42 %
kroatisch	26	22,61 %	23	20,00 %	18	15,65 %	25	21,74 %	10	8,70 %	6	5,22 %	7	6,09 %	115	0,77 %
Sonstige	316	26,76 %	199	16,85 %	256	21,68 %	123	10,41 %	83	7,03 %	69	5,84 %	135	11,43 %	1.181	7,95 %
Gesamt	2.467	16,61 %	2.033	13,69 %	2.742	18,46 %	1.972	13,27 %	1.375	9,26 %	1.074	7,23 %	3.192	21,49 %	14.855	100,00 %

Quelle für alle Abbildungen dieser Seite: Gewerberegister der Stadt Reutlingen. Stand: Dezember 2009.

20 Unter „Verarbeitendem Gewerbe“ versteht man beispielsweise die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, die Getränkeherstellung, die Tabakverarbeitung, die Herstellung von Textilien und Bekleidung, die Herstellung von Druckerzeugnissen und Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern, den Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen etc.
21 Unter der Erbringung von „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ versteht man die Vermietung von Fahrzeugen und Maschinen aller Art, die Betreibung von Videotheken, die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, die Reisebüros/Reiseveranstalter, die Wach- und Sicherheitsdienste, die Gebäudebetreuung, die Hausmeisterdienste, den Garten- und Landschaftsbau, die Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln, Call-Center etc.

Für Migranten ist zwar oft die Selbstständigkeit die einzige Möglichkeit, um am Erwerbsleben teilzunehmen, sie ist aber genauso Ausdruck ihrer persönlichen Stärke und Gestaltungskraft. Aktuell sind in Deutschland rund 566.000 von ihnen selbstständig tätig. Ihre Quote liegt höher als die der Personen ohne Migrationshintergrund. Jeder zehnte Existenzgründer hat einen Migrationshintergrund.²²

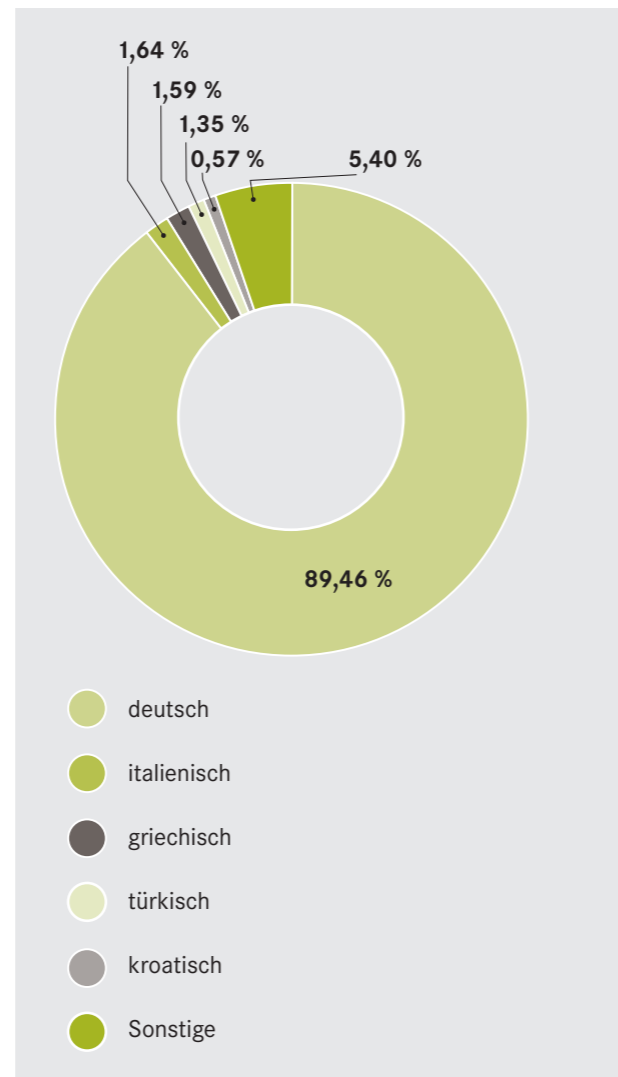
Die Erscheinung, dass diese Menschen verstärkt eigene Betriebe eröffnen, um den Hürden des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosigkeit zu entgehen, bezeichnet man als ethnische Ökonomie. In ihr steckt ein großes wirtschaftliches Potenzial. Rund zwei Millionen Arbeitsplätze haben Selbstständige mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2008 geschaffen, jeder zwanzigste Arbeitnehmer arbeitet in einem solchen Unternehmen. Dahinter verbirgt sich ein erhebliches Integrationspotenzial: Wer ein Geschäft gründet, bleibt in Deutschland, ist Vorbild und wird zum Vermittler zwischen den Kulturen. Es ist daher wichtig, dass solche Betriebe auch verstärkt zu Ausbildungsbetrieben werden. Diese originäre Aufgabe der Kammern kann z. B. durch Organisation von Ausbildungsverbänden erreicht werden und die Stadt Reutlingen wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfestellung leisten.

Entgegen der möglicherweise vorherrschenden Annahme, Migranten gründeten nur Döner-Imbisse und Import-/Exportläden, Internetshops und Gemüseläden, steckt hinter der Selbstständigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund eine äußerst vielfältige Mischung von Unternehmertypen. Vor allem die zweite und dritte Zuwanderergeneration, die oft auf eine gelungene Integration zurückblicken kann und daher besser qualifiziert ist als ihre Eltern, machen sich mit innovativen und wissensintensiven Dienstleistungen selbstständig.

Seit 1999 sind in Reutlingen 14.855 Gewerbebetriebe²³ – aktive wie auch bereits abgemeldete – erfasst worden, davon 2.561 in ausländischer Hand. Die Gruppe der türkischen Staatsangehörigen ist am stärksten vertreten, dicht gefolgt von Griechen und Italienern. Die Tabelle soll Aufschluss darüber geben, wie lange Gewerbebetriebe existieren und ob Unterschiede zwischen den Nationalitäten bestehen. Bei der Dauer der Ausübung des Gewerbes ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern bis etwa 5 Jahre Dauer der Ausübung des Gewerbes relativ gesehen annähernd gleich. Allerdings nimmt die Zahl der längerfristig existierenden Gewerbebetriebe bei den ausländischen Selbstständigen deutlich ab. Die Gründe hierfür dürften vielfältiger Natur sein.

Aktuell beträgt die Zahl der aktiven Gewerbebetriebe 10.206, bei Herausrechnen der Filialen ca. 5.000. Hier sind die Gruppen der Italiener und Griechen vor den Türken am stärksten vertreten.

Deutsche und ausländische Gewerbetreibende (Selbstständige) in Reutlingen



Quelle: Gewereregister der Stadt Reutlingen. Stand: März 2010.

Da das Thema „Arbeitsmarkt“ in der Zuständigkeit des Bundes liegt, gehen aktuelle Maßnahmen zur besseren Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt von der Bundesagentur für Arbeit aus und stellen einen ihrer Aufgabenschwerpunkte dar. Die Optimierung der Deutschkenntnisse, die Förderung der beruflichen Qualifikationen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Zudem sollen verstärkt die besonderen Qualifikationen und Stärken, wie Mehrsprachigkeit und spezifische interkulturelle Kompetenzen der Migranten, Berücksichtigung finden, denn Praxisbeispiele aus der Arbeitsverwaltung zeigen, dass hierdurch Hilfebedürftigkeit reduziert oder sogar beendet werden kann.

Im Rahmen des Beschäftigungsprogramms des Bundesprogramms des Europäischen Sozialfonds (ESF) wird zwischen 2007 und 2013 besonderes Augenmerk auf berufsbezogene Sprachfördermaßnahmen und die Förderung der deutschen Sprache gerichtet.

Ziele und Maßnahmen der Arbeits- und Wirtschaftsförderung:

Ziele	Maßnahmen
Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> Werbung bei den Betrieben für interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit als Qualifikation Vorbildfunktion der Stadtverwaltung Reutlingen durch Berücksichtigung der interkulturellen Kompetenz und Mehrsprachigkeit bei der Personalauswahl im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Schwerpunktsetzung bei der Arbeitsverwaltung durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

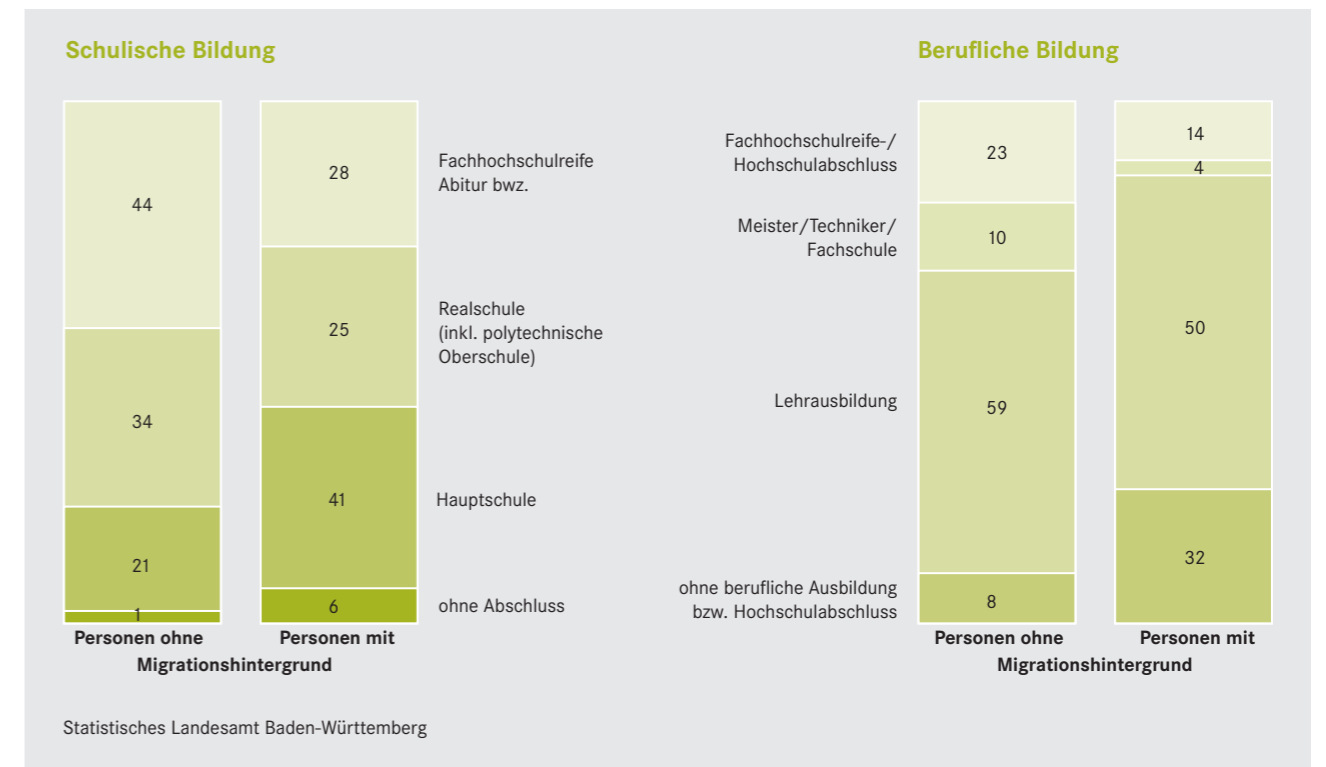
6.2.2 Berufliche Bildung

Aus der Arbeit des Netzwerks „Migration/Integration“ wird rückgemeldet, dass sich bei den Migranten das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer guten beruflichen Ausbildung inzwischen immer mehr durchsetzt. Sie erkennen, dass die berufliche Ausbildung das Bindeglied zum Arbeitsmarkt und damit zum sozialen und ökonomischen Erfolg ist und ungelernete Arbeiter das größte Arbeitsplatzrisiko tragen (vgl. Kapitel 6.2.1 „Arbeits- und Wirtschaftsleben“).

Im Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen werden zwei Drittel der Hauptschulabgänger durch das Handwerk ausgebildet. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden liegt bei nur rund 10 %. Im Augenblick noch erschreckende Zahlen, wenn man die einleitenden Worte zu diesem Kapitel bedenkt.

Verantwortlich dafür sind der zunehmende Verdrängungswettbewerb, dem sich insbesondere Hauptschüler auf dem Ausbildungsmarkt ausgesetzt sehen, die steigenden Anforderungen der Betriebe, schärfere Auswahlkriterien und die somit insgesamt härtere Konkurrenz, der die Jugendlichen mit Migrationshintergrund offensichtlich weniger gewachsen sind. Im 7. Bericht der Bundes-Integrationsbeauftragten wird zudem festgestellt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher zu wenig vom Ausbildungspakt zwischen Regierung und Unternehmen profitieren. Studien belegen, dass jugendliche Migranten bei Bewerbungsgesprächen weniger erfolgreich abschneiden als ihre deutschen Mitbewerber. Die Schulen, gute Beispiele gibt es bereits, sind daher aufgerufen, beim Übergang von Schule zu Beruf ein entsprechendes Bewerbungstraining anzubieten.

Schulisches und berufliches Bildungsniveau der 25- bis unter 35-jährigen Baden-Württemberger mit und ohne Migrationshintergrund 2007 (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2007.

²² Vgl. KfW Bankengruppe 2007: S. 5.

²³ In dieser Zahl sind auch die Filialen der Firmen enthalten, die im Einzelnen nicht aufschlüsselbar sind.

Verschiedene Reutlinger Institutionen setzen hier bereits an. Diese sind beispielsweise:

- ▶ Die Agentur für Arbeit: In einer von fünf Facharbeitsgruppen ihrer „Jugendkonferenz“ werden Empfehlungen an die Agentur für Arbeit ausgearbeitet, die den Übergang von Schule und Beruf erleichtern sollen. Zielgruppe sind insbesondere jugendliche Migranten.
- ▶ Der Jugendmigrationsdienst Reutlingen: Er bietet im Rahmen der „Integration durch berufliche Qualifizierung“ Hilfe bei allen Fragen zu Schule, Ausbildung und Arbeit, Hilfestellung bei der Schul- und Berufswegplanung, Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Bewerbungstraining und berufsvorbereitende Trainingsmaßnahmen, Vermittlung in Praktika an; Projekte, die die Stadt Reutlingen zeitweilig bezuschusst.
- ▶ Die Ridaf GmbH: Ihr vom Europäischen Sozialfonds gefördertes Projekt „School's out“ soll junge Menschen, betroffen sind auch hier vor allem Migrantenkinder, die aufgrund von Problemen im familiären, schulischen oder gesellschaftlichen Bereich schulabstinent sind oder werden, begleiten und spezifische Hilfe leisten.

Es ist festzustellen, dass landesweit (mangels Zahlen für Reutlingen wird auf Landesdaten zurückgegriffen) in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund 32 % keinen beruflichen Bildungsabschluss haben. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund sind es 8 %. Bundesweit haben Migranten derselben Altersgruppe, 41 %, keinen beruflichen Bildungsabschluss, bei den Personen ohne Migrationshintergrund sind es 15 %.

„Insgesamt haben berufliche Schulen in Baden-Württemberg einen Ausländeranteil von 11 %. Damit ist ihr Anteil in den beruflichen Schulen niedriger, als nach ihrem Bevölkerungsanteil (13,9 %) zu erwarten wäre.“²⁴

Ursachen hierfür sind die mangelhaften oder fehlenden Schulabschlüsse (vgl. Handlungsfeld „Schule“ 6.1.2), aber auch teilweise Vorbehalte bei der Vergabe eines Ausbil-

dungsplatzes, die sich beim allgemeinen Angebotsmangel am Ausbildungsmarkt besonders gravierend auswirken.

Die Zuständigkeit für den Bereich der Berufsschulen liegt beim Landkreis. Die Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung durchzuführen, sind daher begrenzt. Wirkliche Einflussnahme ist hier nur im Bereich der Elternarbeit möglich.

In Migrantenfamilien muss bei Eltern und Jugendlichen das Verständnis für die Notwendigkeit einer Berufsausbildung und einer allgemeinen Lebensplanung verstärkt gefördert werden. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihren Erziehungsauftrag dahingehend zu erfüllen, dass sie ihre Kinder auf diesem für die Zukunft alles entscheidenden Weg unterstützen können, so dass die Kinder so gestärkt sind, dass sie den Weg in den Beruf aus eigener Kraft weitergehen können.

Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung müssen also zuerst auf Bundes- bzw. Landesebene greifen, wie beispielsweise in den Sonderprogrammen „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“ (EQJ) im Rahmen des Ausbildungspakts oder der Kooperation „Aktiv für Ausbildungsplätze“ zwischen dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und deutsch- ausländischen Unternehmerverbänden, durch die bis zum Jahr 2010 insgesamt 10.000 neue Ausbildungsplätze entstehen sollen.

Die Länder unterstützen außerdem berufsbildende Schulen mit hohem Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Jungen Migrantinnen soll über spezielle Mentoringprogramme der Ausbildungs- und Berufseinstieg erleichtert werden.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Erhöhung der Schulabgängerquote bei jugendlichen Migranten insofern wichtig, als „bereits jetzt in einigen Branchen ein Mangel an qualifizierten Fachkräften herrscht, der sich aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs an Schulabgängern in den folgenden Jahren noch verstärken wird.“²⁵

Ziele und Maßnahmen in der beruflichen Bildung:

Ziele	Maßnahmen
Einbeziehung der Eltern bzw. Förderung der Elternarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Spezielle Elternabende für Migrantenfamilien v. a. in Schulen mit hohem Migrantenanteil
Erhöhung der Ausbildungsbeteiligungsquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Werbung für einen Ausbildungsplatz über Multiplikatoren, wie z. B. Jugendhäuser, Vereine, Berufsinformationszentren
Gewinnung von Ausbildungsbetrieben für junge Migranten	<ul style="list-style-type: none"> • Werbung für interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit als Qualifikation • Vorbildfunktion der Stadtverwaltung Reutlingen durch Berücksichtigung der interkulturellen Kompetenz und Mehrsprachigkeit bei der Personalauswahl im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten • Fortbildung der Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz

²⁴ Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg 2008: S. 12.

²⁵ Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg 2008: S. 65.

6.3 Soziales, Wohnen und Gesundheit

6.3 Soziales, Wohnen und Gesundheit

Neben den vom Bund betriebenen Beratungsdiensten für Zuwanderer, wie der Migrationsberatung und den Jugendmigrationsdiensten, bieten die Kommunen und die freien Träger zielgruppenorientierte migrationsspezifische Leistungen an. Gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen können die unterschiedlichen Zielgruppen (Kinder und Jugendliche, Familien, Frauen und Mädchen, Senioren) durch interkulturelle Öffnung erreicht werden. Hierbei ist

zu berücksichtigen, dass sich durch die Dauer des Aufenthalts der Beratungsbedarf von Migranten verändert und obwohl sich die soziale Problemlage bei Arbeitslosigkeit oder familiären Konflikten nicht wesentlich von denen der „deutschen“ Bevölkerungsmehrheit unterscheidet, weist sie doch spezifische Akzentuierungen, etwa bei Geschlechter- und Generationenkonflikten oder religiös-kulturellen Überzeugungen, auf.

6.3.1 Familien

In Reutlinger Familien lebten 2007 insgesamt 19.582 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (rund 18 % der Reutlinger Bevölkerung), 46,5 % davon mit Migrationshintergrund.

In der Familie lernen die Kinder die ersten Schritte ins Leben und erfahren Regeln und eine prägende Orientierung an Werten. Die Familie ist darüber hinaus der erste und wichtigste Ort für frühkindliche Bildung.

Die Vorstellungen über Erziehung und Bildung der Kinder orientieren sich in Migrantenfamilien oft am Herkunftsland der Eltern, die jedoch häufig nicht mit denen der Aufnahmegesellschaft identisch sind. So bewegen sich Eltern mit Migrationshintergrund oft zwischen den Vorstellungen der Aufnahmegesellschaft und ihrem ererbten kulturellen Verständnis und müssen erst ihr eigenes Erziehungsverständnis entwickeln. Das andere Verständnis der Bedeutung von Bildung spielt zweifellos in diesem Prozess eine Rolle. Zum Beispiel gelten bei türkischen Familien Fertigkeiten wie Nähen und Kochen bei den Mädchen oder etwa die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen bei den Jungen als erstrebenswert. Hinzu kommt, dass der Familienalltag durch migrationsspezifische Faktoren, wie z. B. unzureichende Sprachkenntnisse der Eltern und die damit verbundene erschwerte Unterstützung der Kinder in der Schule, innerfamiliäre Belastungen durch eventuell unfreiwillige Migration, kulturell bedingte Paar- und Generationenkonflikte oder einen unsicheren Aufenthaltsstatus bei Flüchtlingen, belastet sein kann.

Insgesamt besteht für Familien mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko, da sie über wesentlich geringere Einkommen verfügen als die Mehrheit der Bevölkerung. Durch die Unterstützung von Familienangehörigen im Herkunftsland können weitere finanzielle Belastungen entstehen. Geht man zusätzlich von der These aus, ökonomische Armut stehe in engem Zusammenhang mit Bildungsarmut, so haben Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund für den Start ins Leben und in ihre Schullaufbahn eine schlechtere Ausgangsposition als ihre deutschen Altersgenossen.

Grundlegende Voraussetzungen, um die beschriebenen Probleme zu überwinden, sind die Verarbeitung von Migration und Trennungsschmerz und das Ankommen in der Aufnahmegesellschaft sowie die Bereitschaft, sich weiterzuentwickeln und sich gute Sprachkenntnisse anzueignen.

Die Statistikzahlen für Reutlingen belegen, dass binationale Eheschließungen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen haben. Im Jahr 2009 waren von 559 geschlossenen Ehen 111 (20 %) zwischen einer Person mit deutschem

und einer mit ausländischem Pass und 31 (6 %) Eheschließungen zwischen ausländischen Personen. Gemischt-nationale Partnerschaften sind ein Indikator für gelebte Integration.

Kinder aus binationalen Ehen wachsen in der Regel mehrsprachig auf, was grundsätzlich positiv zu bewerten ist. Allerdings kann dies auch zu Defiziten in beiden Sprachen führen.

Reutlingen ist eine familienfreundliche Stadt. Die Unterstützung der Familien hat damit oberste Priorität. Das zeigt sich u. a. in dem vom Gemeinderat der Stadt Reutlingen beschlossenen Programm der Reutlinger Familienoffensive in der Kinderbetreuung – einem Programm zur Unterstützung von Familien in allen Lebenslagen. Die Reutlinger Familienoffensive wird laufend, dem aktuellen Bedarf entsprechend, weiterentwickelt und legt bei den Angeboten auch ein Augenmerk auf die Situation von Migrantenfamilien. Familien sollen von Anfang an Unterstützung erfahren; mit dem Projekt „Willkommen im Leben“ etwa: Nach der Geburt ihres Kindes erhalten die jungen Familien Besuch eines städtischen Vertreters, der einen Begrüßungsgutschein und Informationen zu familienbezogenen Dienstleistungen und unterstützenden Bildungs- und Beratungsangeboten überreicht.

Durch Zuschüsse fördert die Stadt Reutlingen Elternbildung im Haus der Familie und bei Projekten wie „Ferda“ (türkisch-deutsche Elternschule, russisch-deutsche Elternschule) und „Vorschule 2009“. Diese und ähnliche Projekte richten sich an Migrantenfamilien mit Kindern und geben Hilfestellung bei deren Erziehung und Förderung, um die oben beschriebene Problematik des Hin-und-Hergerissen-Seins zwischen den unterschiedlichen kulturellen Erziehungsvorstellungen zu minimieren. Sie werden, auch in ihrer Muttersprache, an eine interkulturelle Erziehung herangeführt und erhalten Informationen über das deutsche Bildungssystem und die Erziehungsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft. Eltern können Kompetenzen erwerben, mit denen sie ihren Kindern einen sicheren Rahmen für deren Entwicklung und Entfaltung geben können.

Im Ringelbachgebiet, einem Stadtteil mit überdurchschnittlich vielen Familien mit Migrationshintergrund, stellt die Stadt im Kinder- und Familienzentrum Sebastian-Kneipp-Straße ein niederschwelliges Beratungs- und Bildungsangebot für alle Familien, insbesondere aber für Familien in besonderen Lebenslagen und mit besonderem Unterstützungsbedarf, zu den Themen „Bildung“, „Erziehung“ und „Betreuung“ zur Verfügung.

Das Angebot wurde im September 2009 in Kooperation mit dem Landkreis durch eine niederschwellige Familienbegleitung mit einer Sozialarbeiterin ergänzt. Schwerpunkt ist hierbei die Gesundheitsprävention über gezielte Ernährungsberatung und fachliche Unterstützung (vgl. Kapitel 6.3.7 „Gesundheit und Ernährung“). Die Kosten teilen sich Stadt und Landkreis je zur Hälfte.

Neben Programmen und Initiativen der aufsuchenden Elternarbeit im Bereich der Sprachförderung und Bildung sieht auch die Landesregierung eine besonders erfolversprechende Integrationsmaßnahme im sogenannten Programm „STÄRKE“, einem Programm für Familien in besonderen Lebenslagen mit Kleinkindern zur Entwicklung von Erziehungskompetenzen. Darüber hinaus ist vom Land geplant, die örtlichen Jugendämter mit weiteren Mitteln auszustatten, um gemeinsam mit

den Bildungsträgern spezielle Familienbildungsangebote sowie Einzelberatung auch zu Themen der Migrationssituation durchführen zu können.

Weitere Aufgaben der Familie sind die Pflege von alten oder kranken Menschen. In den traditionell geprägten Wertevorstellungen vieler Migranten ist die Abdeckung des Hilfe- und Pflegebedarfs im Alter vorrangig oder ausschließlich eine Aufgabe der Familie. Entsprechend hoch ist häufig auch die Erwartungshaltung der älteren gegenüber der jüngeren Generation. Häufig kennen ältere Migranten die Angebote der Altenhilfe nicht einmal oder schätzen sie falsch ein. Des Weiteren beeinträchtigen Sprachprobleme die Akzeptanz und Inanspruchnahme bestehender Hilfeangebote. Siehe auch Handlungsfeld „Ältere Menschen“, Kapitel 6.3.4.

Ziele und Maßnahmen für die Familien:

Ziele	Maßnahmen
Stärkung der Erziehungskompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> Muttersprachliche Familienbildung Offene Hebammensprechstunde
Verbesserung der Sprachkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Sprachförderung von Eltern und Kindern
Ermöglichung interkultureller Begegnung	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Freizeitgestaltung für Eltern und Kinder verschiedener Nationen verbunden mit einem Kennenlernen deutscher Familien Beteiligung der Migrantenvereine am Reutlinger Ferienprogramm
Erwachsenenbildung: Fort- und Weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> Angebote im Kinder- und Familienzentrum Ringelbach
Unterstützung in besonderen Lebenslagen	<ul style="list-style-type: none"> Niederschwellige Beratungsarbeit
<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung von pflegenden Angehörigen und ihren Familien Öffnung aller Beratungs- und Bildungsangebote für pflegende Angehörige Inanspruchnahme der Beratungs- und Bildungsangebote für pflegende Angehörige Förderung von Selbsthilfepotenzialen pflegender Angehöriger und deren Vernetzung 	<ul style="list-style-type: none"> Kontaktaufnahme und -pflege zu Multiplikatoren mit interkultureller Kompetenz als Brückenbauer zu pflegenden Angehörigen und ihren Familien Förderung und Unterstützung kultursensibler Ansätze in der Arbeit mit pflegenden Angehörigen Aufbau und Förderung von interkulturellem bürgerschaftlichem Engagement für pflegende Angehörige mit Migrationshintergrund

6.3.2 Kinder und Jugendliche

6.3.2.1 Kinder

Der überwiegende Teil der Kinder mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren. Laut AWO-Armutstudie 2005 haben Kinder mit Migrationshintergrund häufiger eine schlechtere Grundversorgung, vor allem im Bereich des Wohnens, was auch damit zusammenhängt, dass Familien mit Migrationshintergrund über wesentlich geringere Einkommen verfügen als die Mehrheit der Bevölkerung. Kinder mit Migrationshintergrund nehmen deutlich weniger die Angebote der Vereine an. Sie sind oft stärker in den sozialen Zusammenhang der Familien eingebunden, die sich vielfach an Traditionen und Kulturen des Herkunftslandes orientieren.

Die Jungen sind deutlich häufiger im sozialen Bereich auffällig als die Mädchen und weisen eher einen bedenklichen

Medienkonsum auf. Insgesamt sind das keine guten Voraussetzungen für einen Start ins Leben.

Es ist daher wichtig, vor allem auch weil die Erfahrung gezeigt hat, dass Integration von Kindern nicht automatisch stattfindet, für diese Altersgruppe gezielte Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote bereitzustellen, welche die Problemstellungen aufgreifen und in der familiären Situation unterstützen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Geschlechterrollen in den Kulturen und Herkunftsländern sind geschlechterdifferenzierte Ansätze in der Arbeit mit Mädchen und Jungen schon im Kindesalter von besonderer Bedeutung.

In Reutlingen bieten die Kindertageseinrichtungen und Schulen eine Vielzahl von Programmen für Kinder an (siehe Handlungsfeld „Kindertagesbetreuung“ 6.1.1 und „Schule“ 6.1.2). Da sich die offene Jugendarbeit traditionell auf die Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren konzentriert, beste-

hen für Kinder erst einzelne Angebote. Im Rahmen der Fortschreibung der Jugendleitlinien wird an dem Thema gearbeitet und gleichzeitig der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die Ganztagschulen auf den Bedarf an Freizeitmaßnahmen für Kinder haben.

Ziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld Kinder:

Ziele	Maßnahmen
Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> Weiterführung der Sprachfördergruppen in Kindergärten, Kindertagesstätten usw.
Erziehung und Beratung zum bewussteren Umgang mit Medien	<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte Elternarbeit Beratungsangebote z. B. in den Kindertageseinrichtungen und Schulen
Bessere Integration der Kinder mit Migrationshintergrund in die Freizeit- und Vereinsangebote	<ul style="list-style-type: none"> Öffentlichkeitsarbeit und Verzahnung der Anbieter von Freizeit- und Betreuungsangeboten Einbeziehung der Eltern (durch Information bis hin zu eigener Teilnahme an bestimmten Aktivitäten, um das Verständnis für die Angebote zu wecken)
Förderung von gegenseitiger Akzeptanz und interkultureller Kompetenz bei allen Kindern sowie der Wertschätzung kultureller und sozial bedingter Unterschiede	<ul style="list-style-type: none"> Begegnungen arrangieren: <ul style="list-style-type: none"> zum gegenseitigen Kennenlernen zur Stärkung von Gemeinsamkeiten zur Bewusstmachung und positiven Bewertung der Unterschiede
Heranführung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Information in Kindertageseinrichtungen und Schulen Information und Fortbildung der Eltern

6.3.2.2 Jugendliche

Die Lebenswelt von Jugendlichen ist multikulturell geprägt, denn sie wachsen gemeinsam mit Kindern aus verschiedenen Nationen und Kulturen in Kindergarten, Schule, Wohnumfeld auf und schließen Freundschaften. In diesem Kontext müssen sie ihre eigene Identität suchen und definieren sowie ihren Weg in die Erwachsenenwelt finden.

Für Jugendliche mit Migrationshintergrund kommt erschwerend hinzu, dass sie einen Weg finden müssen, die kulturellen oder religiösen Traditionen der Herkunftsfamilien, die Vorstellungen der Aufnahmegesellschaft sowie ihre eigenen Wünsche und Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Sie müssen die Belastung einer teilweise echten, aber teilweise auch nur gefühlten strukturell geprägten Benachteiligung durch die Aufnahmegesellschaft sowie Diskriminierungserfahrungen durch Vorurteile und Zuschreibungen, das Erlebnis der Migration, das mit einem Abbruch von Beziehungen, Verlust von Qualifikationen und Ressourcen einhergeht, verarbeiten. Für diesen Prozess stehen ihnen wenige Vorbilder und Orientierungsangebote zur Verfügung.

Freundschaften zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund erleichtern die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft, die Eingliederung der Migranten und gleichermaßen die Akzeptanz der Migranten für die Aufnahmegesellschaft. Die ungezwungene Praxis der deutschen Sprache ist ein positiver Nebeneffekt.

In der Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Anteil von 41 %, so dass sie auch einen Großteil des Publikums von Jugendeinrichtungen in Reutlingen stellen. Dies bietet die Möglichkeit, die Jugendlichen mit gezielten Angeboten in den Jugendeinrichtungen zu erreichen. Das Thema „Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ wird daher in den Leitlinien Jugendarbeit der Stadt Reutlingen als Querschnittsaufgabe definiert: Die Einrichtungen und Zuschussnehmer sind angehalten, dies mit entsprechenden Angeboten umzusetzen.

Die verbandliche, kommunale und offene Jugendarbeit leistet bereits einen nicht unerheblichen Beitrag im Bereich der Arbeit mit jugendlichen Migranten. Die Mitarbeiter der Institutionen akzeptieren die vielfältigen Jugendkulturen und setzen darauf aufbauend mit spezifischen Maßnahmen an. Eine weitere Ausdehnung der Hilfen ist angesichts der trotz allem noch gegebenen Benachteiligung junger Migranten wünschenswert. Von besonderer Bedeutung sind geschlechterdifferenzierende Angebote. Damit können nicht nur Mädchen in ihrer Entwicklung unterstützt und gegen patriarchale Strukturen und Gewalt geschützt werden, sondern auch Jungen auf spezifische Weise erreicht werden.

Ein wesentlicher Faktor in der Jugendarbeit ist der Sport. Er fördert das soziale Miteinander, die interkulturelle Begeg-

nung und den spielerischen Umgang mit Konflikten. Näheres hierzu im Handlungsfeld „Sport“, Kapitel 6.4.3.

Unterstützend im beschriebenen Prozess wäre die Erhöhung der Anzahl der Fachkräfte mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und den Hilfen zur Erziehung. Soweit die Integrationsarbeit, die selbstverständliche Teilhabe an den Regelangeboten einen Schwerpunkt eines Angebots oder einer Einrichtung bildet, ist der Einsatz ausgewiesener Sozial- und Kulturmittler -innen sinnvoll. Ihre Aufgabe ist es, die sozialen und kulturellen Unterschiede bewusst zu machen und bereichernde Aspekte der Differenzen in den Alltag der Regelangebote einzugliedern. Bei Konflikten und Widersprüchen un-

terstützen sie die Suche nach den eigentlichen Ursachen, die oftmals außerhalb der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe liegen. Daneben ist es Aufgabe dieser Fachkräfte, die Kenntnisse und Interpretationen der Mitarbeiter -innen in Bezug auf die Herkunftskulturen zu erweitern, um damit deren Handlungsrepertoire zu erweitern und zu qualifizieren.

Auch in der ehrenamtlichen Jugendarbeit ist auf eine stärkere Einbeziehung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu achten. Dies gilt ebenso für die Beteiligung von jugendlichen Migranten in Gremien und Initiativen für und von Jugendlichen auf kommunaler Ebene (Jugendgemeinderat, Jugendforen).

Ziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld Jugendliche:

Ziele	Maßnahmen
Abbau von Vorurteilen und Auseinandersetzung mit Migration und Integration bei allen Jugendlichen	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterer Ausbau der Arbeit mit einheimischen Jugendlichen, die Auseinandersetzung mit ihren Bildern von den „anderen“ und die Förderung der Bereitschaft, Menschen statt Nationalitäten zu begegnen. Zugleich Ausbau der Arbeit mit jugendlichen Migranten zur Überwindung eines übersteigerten Nationalbewusstseins im Blick auf das Herkunftsland der Eltern. • Keine Duldung von Diskriminierung und Rassismus
Förderung von Akzeptanz und interkultureller Kompetenz bei allen Jugendlichen sowie Wertschätzung kulturell und sozial bedingter Unterschiede	<ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Orte der Begegnung pflegen, Begegnungen arrangieren: <ul style="list-style-type: none"> · zum gegenseitigen Kennenlernen · zur Stärkung der Gemeinsamkeiten · zur Bewusstmachung und positiven Bewertung der Unterschiede
Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der bisherigen und Entwicklung weiterer Angebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund
Geschlechterdifferenzierende Angebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung entsprechender Angebote
Entwicklung von zielgruppenorientierten Angeboten	<ul style="list-style-type: none"> • Auftrag an Schulsozialarbeit und gleichartiger Einrichtungen, diese Angebote ständig weiterzuentwickeln
Förderung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der bestehenden Fortbildungsangebote und der Organisationsentwicklung
Entwicklung von Indikatoren für Maßnahmen und Evaluation von Angeboten	<ul style="list-style-type: none"> • Datenerhebung im Rahmen bestehender Maßnahmen (z. B. welche jungen Migrantinnen werden nicht erreicht)

6.3.3 Frauen und Mädchen

Migration wurde lange Zeit als rein männliches Phänomen betrachtet, obwohl es schon immer Frauen gab, die allein zugewandert sind. Migrantinnen, häufig nur als nachziehende Familienangehörige betrachtet, sind seit Beginn der Anwerbung von Arbeitskräften aktiver Teil der Migration nach Deutschland.²⁶ Die Migrations- und Aufenthaltsgründe von Frauen decken sich überwiegend mit denen von Männern. Frauen flüchten vor Bürgerkriegen, wollen im Ausland Arbeit finden, zu ihrer Familie nachziehen oder ein Studium absolvieren.

Fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Einwohner mit Migrationshintergrund sind Frauen. In Reutlingen sind es 50,7 %. Ihre Lebenssituationen sind genauso vielfältig wie die der einheimischen Frauen. So reicht die Spanne von gut ausgebildeten Frauen mit Beruf und Familie bis hin zur in familiärer Isolation lebenden Frau. Für den Lebenslauf spielt der Bildungsgrad bzw. -erfolg eine entscheidende Rolle. „Dieser ist laut der Ergebnisse der PISA-Studie bei jungen Zuwanderinnen mehrheitlich deutlich besser als bei jungen Zuwanderern, im Vergleich zu einheimischen Frauen fällt er allerdings niedriger aus. Mit der Ausweitung der Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte steigt ihr Einfluss auf die Familie betreffenden Entscheidungen sowie der Kooperationsgrad der Ehepartner deutlich.“²⁷ Der Nationale Integrationsplan stellt fest, dass es gerade die Frauen sind, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Ihre Potenziale sollten daher gestärkt werden.

Anders als bei den Arbeitsmigrantinnen der 1960er-Jahre, die vielfach als ungelernete Arbeitskräfte in den Fabriken Arbeit fanden, stehen heute schlecht oder nicht ausgebildeten Migrantinnen durch den Wegfall von „Fabrikarbeitsplätzen“ meist nur Tätigkeiten für Ungelernte im Dienstleistungssektor (z. B. Reinigungsgewerbe, Gastronomie, Pflegebereich) zur Verfügung.

Der besondere Einsatz für die Rechte von Frauen und Mädchen nimmt im Nationalen Integrationsplan wie in der Politik von EU, Bund, Ländern und Kommunen einen wichtigen Stellenwert ein. Auf der rechtlichen und politischen Ebene erfordert die Gefahr der Mehrfachdiskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft und der Religion einen besonderen Schutz von Frauen und Mädchen. Auf der sozialen Ebene ist eine besondere Stärkung von Migrantinnen in Familie, sozialem Umfeld und Altenhilfe sowie im Bereich Sexualleben und Gesundheit erforderlich. Das spezifische Engagement für Frauen und Mädchen ist für sich eine Querschnittsaufgabe in allen Handlungsfeldern der Integrationsarbeit.

Vor diesem Hintergrund ist es auch erklärtes Ziel der Stadt Reutlingen, die Lebenssituation von Frauen und Mädchen zu verbessern und zur Gleichberechtigung beizutragen. Als Arbeitgeber fördert sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch flexible Arbeitszeitmodelle. Die Reutlinger Jugendleitlinien haben das Thema „Integration und Geschlechterdifferenzierung“ als Querschnitt verankert, alle Angebote der Jugendarbeit sollen dies berücksichtigen. Bei der Gestaltung von Integrationsmaßnahmen werden grundsätzlich die vielfältigen und unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern sowie von Mädchen und Jungen beachtet.

Bereits bestehende Angebote sind:

- ▶ Niederschwellige Sprachkurseangebote wie „Mama lernt Deutsch, Papa auch“ (siehe Kapitel 6.1.2 „Schule“), die in der Regel reine Frauenkurse sind
- ▶ Seminarreihe der Stabsstelle Bürgerengagement in Kooperation mit anderen Einrichtungen „Heimat ist hier“ für Migrantinnen
- ▶ Unterstützung und Förderung von pflegenden Frauen und Mädchen durch die städtische Abteilung für Ältere
- ▶ Finanzielle Unterstützung des Mädchencafés Görls e. V. durch die Stadtverwaltung
- ▶ Geschlechtsspezifische Angebote in fast allen Jugendhäusern und Jugendtreffs

Ziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld Frauen und Mädchen:

Ziele	Maßnahmen
Aufhebung der Isolation von Migrantinnen	<ul style="list-style-type: none"> • Niederschwellige Sprachangebote • Mädchen- und frauenspezifische Integrationsangebote
Verbesserung der Kompetenz zur politischen Beteiligung von Migrantinnen	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Beratungs- und Bildungsangeboten für Migrantinnen
Stärkung der Kompetenzen als Mütter	<ul style="list-style-type: none"> • Frauenspezifische Informationsangebote
Unterstützung von Frauen und Mädchen, die als Angehörige in der häuslichen Pflege gebunden sind	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von Netzwerken zur Verhinderung von Verarmung pflegender Frauen und Mädchen durch umfassende, ganzheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote (z. B. Teilzeitausbildung u. Ä.)
Erhöhte Inanspruchnahme der Angebote der Schwangerschaftsvorsorge und -begleitung	<ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelle offene Hebammensprechstunde mit einer türkischen Hebamme

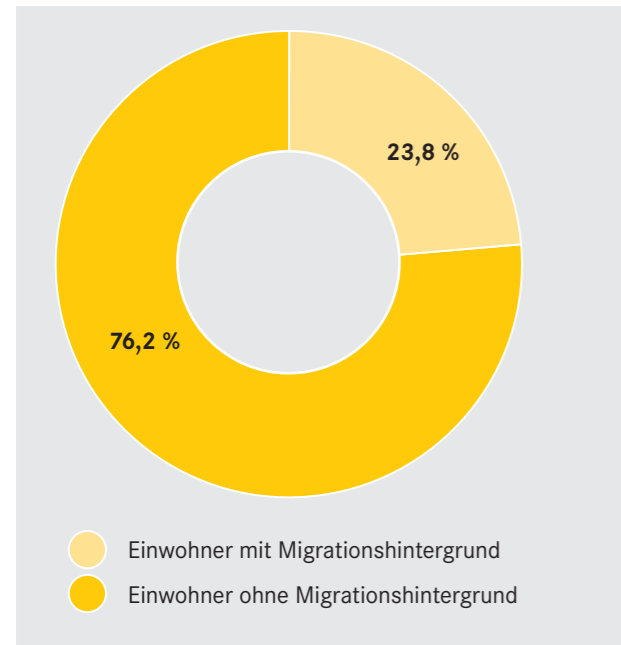
²⁶ Vgl. Granato 2004: S. 2.

²⁷ Ministerium für Generation, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2007: S. 18.

6.3.4 Ältere Menschen

Die erste Generation der sogenannten „Gastarbeiter“ hat heute das Rentenalter erreicht. Ursprüngliche Planungen, eines Tages in das Heimatland zurückzukehren, konnten oder wollten viele aus unterschiedlichen Gründen nicht realisieren und bleiben deswegen als Rentner in Deutschland. Derzeit leben in Reutlingen insgesamt 6.497 Migranten über 60 Jahre²⁸. Das entspricht 23,8 % aller Einwohner über 60 Jahren. Die Gruppe der Älteren mit Migrationshintergrund macht damit derzeit ein Viertel der über 60-Jährigen aus und wird in den nächsten Jahren deutlich steigen. Die Gründe liegen im höheren Bevölkerungsanteil der jüngeren Jahrgänge der Migranten. Ob diese Generationen im Alter jedoch dieselben Probleme haben werden wie die heutigen Älteren mit Migrationshintergrund, lässt sich noch nicht abschätzen. Es ist anzunehmen, dass der Bedarf von Angeboten bei den künftigen älteren Menschen anders ausfallen wird, als dies heute der Fall ist.

Reutlinger Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund ab 60 Jahren



Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen nimmt damit auch seitens der älteren Migranten zu. Weite Teile dieser Altersgruppe finden jedoch keinen Zugang zu den bestehenden Dienstleistungen der Altenhilfe. Nach der Erwerbstätigkeit verlieren viele die deutsche Sprache, weil für sie im Alltag kaum Orte für Begegnungen mit der Mehrheitsgesellschaft vorhanden sind. Auf Seiten der Hilfesysteme stellen vor allem mangelnde interkulturelle Kompetenzen eine Barriere dar. Sprachliche, kulturelle und religiöse Unterschiede erschweren demnach auf beiden Seiten den Zugang.

28 Als Altersgrenze werden hier 60 Jahre festgesetzt und nicht das reguläre Renteneintrittsalter von 65 Jahren, da bei älteren Menschen mit Migrationshintergrund (vor allem denjenigen der Gastarbeitergeneration) auffällt, dass sie im Verhältnis zu ihren deutschen Altersgenossen durch schwere Arbeit verbraucht und abgearbeitet sind.

Auch für viele ältere Spätaussiedler ist die Akzeptanz der vorhandenen Angebote nicht einfach, wenn diese ihren Bedürfnissen nicht entsprechen. Gesundheitlich stabilere Rentner pendeln oft zwischen Deutschland und ihrem Herkunftsland hin und her, da es sie einerseits in die alte Heimat zieht, ihre Kinder und Enkelkinder jedoch in Deutschland leben. Die Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen und Angeboten für Ältere aufgrund der längeren Abwesenheit ist somit schwierig und erfordert entsprechende Berücksichtigung. Die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung der Seniorentreffs in der gemeinwesenorientierten Stadtteilarbeit und die Förderung kultursensibler Kompetenzen der Mitarbeiter sind daher angezeigt.

Im Jahr 2008 hat der Reutlinger Gemeinderat Perspektiven und Schwerpunkte der zukünftigen Seniorenpolitik festgelegt. Unter Eckpunkt 6 „Hilfe in schwierigen sozialen Lebenslagen“ dieses Gemeinderatsbeschlusses wird festgestellt, dass ältere Menschen keine homogene Gruppe sind und sich die Auswirkungen schwieriger sozialer Lebenslagen, wie z. B. Armut, Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder Migration, mit zunehmendem Alter verschärfen. Die kommunale Arbeit für ältere Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen sei daher mit besonderer Aufmerksamkeit in den Blick zu nehmen und für diese Menschen die passenden Beratungs- und Hilfestrukturen anzubieten.²⁹

Daher sind zahlreiche konkrete Maßnahmen in Planung bzw. in der Ausarbeitung, die unter „Ziele und Maßnahmen“ detailliert aufgeführt werden.

Es gibt in Reutlingen inzwischen private Pflegedienste mit ausgewiesenem interkulturellem Profil, d. h. einer zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit bei internationaler Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft mit entsprechender Schulung in interkultureller Kompetenz.

Auf Bundes- und Landesebene gibt es folgende Ansätze, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können:

- ▶ Das „Forum Kultursensible Altenhilfe“, eine Vernetzung auf Bundesebene von Organisationen des Gesundheitswesens und von Migrantenorganisationen, setzt sich für interkulturelle Öffnung und Stärkung der Patienteninteressen ein.³⁰
- ▶ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördert Projekte im Bereich der Zusammenarbeit und Vernetzung von in der Altenhilfe tätigen Organisationen und berücksichtigt dabei verstärkt frauenspezifische Angebote.³¹
- ▶ Die Landesregierung fördert den Zugang von jungen Menschen mit Migrationshintergrund für Berufe der Altenhilfe und regt eine interkulturelle Öffnung der Ausbildungsinhalte an.³²
- ▶ Darüber hinaus erachtet sie die Zusammenarbeit der sozialen Dienste untereinander (z. B. zwischen Pflege- und Migrationsdienst) als förderungswürdig, um die unterschiedlichen Kompetenzen zu erschließen und zu bündeln.³³

29 Vgl. Stadt Reutlingen 2001.

30 Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: S. 100.

31 Vgl. ebd.: S. 102.

32 Vgl. Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg 2008: S. 82.

33 Vgl. ebd.: S. 82.

Ziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld ältere Menschen:

Ziele	Maßnahmen
Unabhängig von Herkunft, Kultur, Sprache und Religion, sollte der Zugang zu allen Angeboten der Altenhilfe erleichtert werden	<ul style="list-style-type: none"> • Erhebung demografischer Daten zu älteren Menschen mit Migrationshintergrund und deren Berücksichtigung bei der Ausarbeitung von entsprechenden Konzepten • Entwicklung von muttersprachlichen Informationsmaterialien der Abteilung für Ältere • Informationsveranstaltungen in den Gruppierungen der Migranten • Inanspruchnahme des Dolmetscherdienstes bei Informationsveranstaltungen und Beratungsgesprächen • Kultur- und gendersensible sowie lebensweltorientierte und biografische Ausrichtung der Beratung für ältere Menschen
Qualifizierung der Mitarbeiter in allen Facetten des Älterwerdens im Einwanderungsland und interkultureller Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an Weiterbildungen und Tagungen • Wahrnehmung und Diskussion von aktuellen Fachbeiträgen in Fachzeitschriften
Förderung von interkulturellen Kompetenzen und thematische Sensibilisierung in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung einer Fortbildungsreihe „Ambulante Pflege und Betreuung altgewordener Migranten – eine Zukunftsaufgabe der Dienste“
Lebensweltnahe, kultursensible und niederschwellige Beratung für ältere Menschen	<ul style="list-style-type: none"> • Niederschwellige Arbeitsansätze durch sozialraum- und gemeinwesenorientierte Ausrichtung der Arbeit der Abteilung für Ältere
Beachtung und Förderung der Ressourcen und des Erfahrungswissens von älteren Menschen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Organisatorisch-strukturelle (z. B. Bereitstellung von städtischen Räumen für die Gruppenarbeit) und fachliche Unterstützung von Gruppen älterer Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich deren Leitungskräfte • Durchführung von quartiersbezogenen Begegnungs- und Bildungsangeboten, die auch auf die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund abgestimmt sind
Lebenslange Bildung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in verschiedenen Gruppen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • In Planung ist ein Projekt „Alltagsbegleiter – International“
Förderung der Teilhabechancen und Partizipation am öffentlichen Leben, im höheren Lebensalter und bei eingeschränkter Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialraum- und gemeinwesenorientierte Arbeitsansätze, durch die alle Bevölkerungsgruppen eines Quartiers in den Blick kommen
Unterstützung von selbstbestimmtem Wohnen im eigenen Umfeld, auch bei geringem Reineinkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Enge Zusammenarbeit mit der GWG und Beratung bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand
Vernetzung der regionalen Migrationsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung an den Vorbereitungen zur Interkulturellen Woche und Durchführung eigener Veranstaltungen • Kontaktpflege zu Schlüsselpersonen mit interkulturellen Kompetenzen als Brückenbauer in die verschiedenen sozialen und kulturellen Milieus • Informationsveranstaltungen in einheimischen Gruppen zur Lebenslage älterer Menschen mit Migrationshintergrund • Austausch aller in der Altenhilfe tätigen Institutionen und Einrichtungen über spezifische Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationshintergrund

6.3.5 Asylbewerber, Asylberechtigte, Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltsstatus

6.3.5.1 Asylbewerber

Das Asylrecht politisch Verfolgter ist als Grundrecht im Grundgesetz verankert. Seit der Änderung des Asylgesetzes 1993 darf nur noch ein Antrag auf Asyl stellen, wer auf direktem Wege nach Deutschland eingereist ist und bei seiner Einreise keinen sicheren Nachbarstaat durchquert hat. Daher spielen bei den Zuwanderungszahlen Asylbewerber kaum noch eine Rolle. Während 1998 noch 10.880 Menschen in Baden-Württemberg Asyl beantragt haben, sank die Zahl bis 2007 kontinuierlich bis auf 1.595. 2008 stiegen die Asylanträge jedoch wieder auf 2.448 durch verstärkten Zustrom aus dem Irak.³⁴ Zum 31.12.2009 lebten 67 Asylbewerber in Reutlingen. Während ihres Asylverfahrens, das wenige Wochen, aber auch mehrere Jahre dauern kann, sind die Antragsteller ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und müssen sich im zugewiesenen Landkreis aufhalten. Nur in Ausnahmefällen erhalten Asylbewerber nach dem ersten Jahr ihres Aufenthalts, in dem ein absolutes Arbeitsverbot herrscht, eine Arbeitserlaubnis. Ihre Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind gegenüber dem Regelsatz nach SGB II (Arbeitslosengeld II) um 35 % gekürzt. Asylbewerber gehören auf der Bundes- und Länderebene nicht zu den Zielgruppen der Integrationsarbeit, solange sie keinen verfestigten Aufenthaltsstatus erworben haben. Jedoch wird erwartet, dass sie sich nach der Anerkennung sozial und wirtschaftlich integrieren. Die Länder Berlin und Brandenburg bieten daher für Asylbewerber mit unsicherem Aufenthaltsstatus sogenannte EQUAL-Projekte an. Sie sollen auf eine mögliche Integration in Deutschland oder eine Rückkehr ins Heimatland vorbereitet werden, um später die Chancen auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

6.3.5.2 Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge

Asylbewerber, die im Asylverfahren erfolgreich sind, werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Asylberechtigte anerkannt oder bekommen die Flüchtlings-eigenschaft zuerkannt. Sie sind vom Status her besser gestellt als Asylbewerber. Sie erhalten zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre, dürfen arbeiten und haben das Recht, ihre Wohnung frei zu wählen. Sollten die Anerkennungsgründe nach diesem Zeitraum immer noch vorliegen, besteht ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Das BAMF kann jedoch jederzeit die Anerkennungsentscheidung widerrufen, wenn die Gründe hierfür weggefallen sind. Der Aufenthalt ist daher nicht ab der Anerkennung bereits auf Dauer gesichert. Ob es zur Aufenthaltsbeendigung kommt, hängt unter anderem vom Grad der Integration ab. Es ist deshalb besonders wichtig, dass diese Menschen in unserer Gesellschaft Fuß fassen.

In diesem Sinne appellierte der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech im März 2009 an die Kommunen, die derzeit ankommenden Irak-Flüchtlinge möglichst schnell in ihre neue und noch ungewohnte Umgebung zu integrieren.³⁵ In diesem Zusammenhang ist auch die „Save me“-Kampagne in zahlreichen baden-württembergischen

Städten, darunter Reutlingen, zu sehen.

Das Aufenthaltsgesetz vermittelt dieser Personengruppe einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs (vgl. 6.1.3 „Sprachförderung für Erwachsene“), der ihnen zumindest die sprachliche Integration in die Mehrheitsgesellschaft erleichtert.

Die Zahl der Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge ist in den letzten Jahren gesunken. Während 2007 noch 125.928 Personen mit einer Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung im Ausländerzentralregister erfasst wurden, waren es 2008 nur noch 123.033 (minus 2.895 Personen, d. h. 2,3 % weniger gegenüber 2007). Zum 31.12.2009 registrierte Reutlingen 68 anerkannte Asylberechtigte und 114 anerkannte Flüchtlinge.

6.3.5.3 Abgelehnte Asylbewerber

Hat das BAMF im Asylverfahren die Anerkennung als Asylberechtigte oder als Flüchtlinge abgelehnt, aber Abschiebungsverbote festgestellt, erhalten diese Menschen ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis. Im Gegensatz zu den Asylberechtigten und den anerkannten Flüchtlingen vermittelt das Aufenthaltsgesetz hier keinen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Auch die Abschiebungsverbote können vom BAMF aberkannt werden, wenn der Grund weggefallen ist. Es gibt nach drei Jahren keinen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Erst nach sieben Jahren kann im Rahmen des Ermessens der Ausländerbehörde eine Niederlassungserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt werden. Dafür ist es ebenfalls wichtig, dass sich die betreffende Person integriert hat.

Alle anderen abgelehnten Asylbewerber sind nach Beendigung des Asylverfahrens ausreisepflichtig. Sie müssen die Bundesrepublik Deutschland verlassen, sonst wird die Abschiebung durchgeführt.

In vielen Fällen kann aber die Abschiebung nicht sofort vollzogen werden, da Rückreisepapiere fehlen, die Identität nicht geklärt ist oder andere Gründe entgegenstehen. Deshalb erhalten diese Personen eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung. Der Aufenthalt ist unsicher und nicht auf Integration angelegt. Die Aufenthaltsbeendigung steht im Vordergrund. Dennoch halten sich viele Menschen lange Zeit mit diesem unsicheren Status auf und benötigen Unterstützung. Die oben beschriebenen EQUAL-Projekte, die unter anderem den Aspekt der Rückkehr und Reintegration ins Heimatland berücksichtigen, können hier ansetzen.

6.3.5.4 Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Ein Aspekt von Zuwanderung ist die illegale Migration nach Deutschland. Man muss hierbei zwischen Drittstaatlern und Bürgern aus den kürzlich der EU beigetretenen osteuropäischen Staaten unterscheiden. Während die Zahl der illegal eingewanderten Drittstaatlern in etwa konstant bleibt, hat sich die Zahl der illegalen EU-Bürger (die Beitrittsverträge mit osteuropäischen Staaten enthalten einschränkende

Übergangsklauseln, die das Freizügigkeitsrecht betreffen) deutlich erhöht. Seit der EU-Ost-Erweiterung gehen Schätzungen von einer Untergrenze von 100.000 Menschen aus, die vor allem aus südosteuropäischen Staaten kommen und quasi in der Illegalität leben.³⁶ Ihre Zahl nimmt stetig zu. Sie dürfen sich im Rahmen des Freizügigkeitsrechts hier aufhalten, sind damit formal nicht illegal hier, doch ohne eine Arbeitserlaubnis haben sie keinen Arbeitsvertrag und keinen Krankenversicherungsschutz. Besonders problematisch wird es für Drittstaatlern, wenn die Frage nach dem Schulbesuch der Kinder, deren medizinischer Grundversorgung oder der möglicherweise schwangeren Frau zu klären ist. Sobald diese Menschen öffentlich wahrgenommen werden oder ihr Schutzrecht (z. B. Arbeitnehmerschutz) einklagen, riskieren sie ihre Abschiebung.

Die EU-Bürger mit eingeschränktem Freizügigkeitsrecht riskieren zwar keine Abschiebung, müssen aber dennoch in ihr Herkunftsland zurückkehren.

In einigen Städten bieten Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Vereine bereits Beratungsangebote oder Hilfen zur medizinischen Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus an.

Da die Problematik nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde fällt, können nur Empfehlungen ausgesprochen werden.

³⁶ Vgl. Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart 2009.

Ziele und Maßnahmen für Asylbewerber, Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge:

Ziele	Maßnahmen
Qualifikation der Asylbewerber für eine soziale und wirtschaftliche Integration in die Aufnahmegesellschaft oder notfalls eine Reintegration ins Heimatland	<ul style="list-style-type: none"> EQUAL-Projekte
Hilfestellung für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge bei der Integration	<ul style="list-style-type: none"> Patenschaften Betreuung durch soziale Einrichtungen, wie z. B. Asylpfarrämter, Asylcafé u. Ä.

6.3.6 Wohnen in den Stadtteilen

Das Wohnumfeld hat eine zentrale Funktion im Integrationsprozess. Es ist Lebensmittelpunkt und wichtiges Kontaktfeld für die Zuwanderer und die einheimische Bevölkerung. Vor allem Kinder und Jugendliche sowie die nicht erwerbstätigen Erwachsenen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im Wohnquartier. Die Gestaltung des Wohnumfelds und des öffentlichen Raums sowie die öffentlichen und privaten Infrastrukturangebote sind daher wichtige Rahmenbedingungen für das soziale Zusammenleben und die Chancen der Integration vor Ort.³⁷

Besonderer Handlungsbedarf besteht in den Stadtteilen, in denen sich sozioökonomische Benachteiligungen wie Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen, geringer Bildungsstand mit Problemen des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen überlagern.³⁸

Die Identifikation mit der Gemeinde und dem Wohnumfeld sowie die Übernahme von Verantwortung ist nur über die Partizipation aller, d. h. der Migranten und der einheimischen Bevölkerung, an den Prozessen der Stadtgestaltung und des Stadtumbaus zu erreichen. Der Wohnort muss von ihnen als Lebensmittelpunkt empfunden werden, in dem sie gerne leben wollen und integriert sind. Dies schafft auch die Voraussetzung für die Bereitschaft, Wohneigentum zu erwerben. Der Kauf von Wohneigentum ist wesentlicher Indikator für den Grad der Integration, denn wer es erwirbt, hat in jedem Falle Arbeit (sonst gäbe es keinen Kredit) und fühlt sich zu Hause. Eine Tatsache, die sich auch in wirtschaftlicher

Hinsicht für die Kommunen auszahlt, da die Investitionen in der eigenen Stadt getätigt werden („das Geld bleibt im Lande“).

Als Grundlage für eine positive Stadtentwicklung und das Gemeinschaftsgefühl der Bürger sind soziale Netze unabdingbar. Sie entstehen durch nachbarschaftliche Kontakte, gemeinschaftliche Aktivitäten und Initiativen. Zuwanderer und einheimische Bevölkerung sind in gleicher Weise zu nachbarschaftlichem Miteinander und bürgerschaftlichem Engagement gefordert. Zuwanderer müssen dabei besonders Rücksicht auf die kulturellen Gegebenheiten in Deutschland nehmen. Dazu gehört insbesondere die Rücksichtnahme auf staatliche und kirchliche Feiertage.

Einrichtungen wie Bürgerhäuser, Begegnungsstätten, Jugendclubs etc. sind Kristallisationspunkte des öffentlichen Lebens im sozialen Raum und bieten einen niederschweligen Zugang zu gemeinsamen Aktivitäten und zum weiterführenden Hilfesystem der Kommune. Es gilt daher, diese sozialraumbezogenen Angebote für Migranten zu öffnen und gezielt mit Fachberatungsstellen und sozialen Diensten zu vernetzen.³⁹

Um sozialer Segregation entgegenzuwirken, werden vom Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ umfangreiche Finanzmittel für soziale Gemeinwesenarbeit, Wohnungsbau- politik, Infrastrukturmaßnahmen sowie Modernisierung von Wohngebäuden zur Verfügung gestellt. Der Reutlinger Stadtteil „Tübinger Vorstadt“ wurde im Jahr

³⁴ Vgl. Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. 2009.

³⁵ Vgl. Pressestelle Innenministerium Baden-Württemberg 2009: S. 1.

³⁷ Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: S. 112.

³⁸ Vgl. ebd.: S. 113.

³⁹ Vgl. KGSt 2005: S. 54.

2005 in dieses Programm aufgenommen. Das Anlegen von Kleinkind-, Kinder- und Jugendspiel- sowie Bewegungsflächen, der Bau eines Jugendtreffs und das Einrichten eines Stadtteilbüros zeigen erste Erfolge in Bezug auf die Stärkung der Persönlichkeit der Jugendlichen und deren schulischer Leistungen.

Mietpreise, Wohnungsgröße, Zimmeranzahl und Wohnungszuschüsse bestimmen die Wohnungswahl der Bevölkerung und sind damit auch Steuerungsgrößen für die Zusammensetzung der Bevölkerung im jeweiligen Stadtteil. Darüber hinaus sind für das Wohnen in innerstädtischen Quartieren Lebensqualität und Lebendigkeit, eine große Zahl von Wohnungen und eine Vielzahl von Nutzungen (Wohnungen, Geschäfte, Cafés etc.) ein wichtiger Faktor. Daher zählt für die Stadt Reutlingen die Weiterentwicklung der Innenstadt und eine stärkere Durchmischung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu den Zielen der Stadt- und Quartiersentwicklung. Die GWG-Wohnungsgesellschaft Reutlingen mbH unterstützt diese Ziele bei der Vergabe von Woh-

nungen. Sie legt besonderen Wert auf soziale Verträglichkeit und berücksichtigt die Lebensumstände der Wohnungssuchenden.

Die Zahl der Obdachlosen mit Migrationshintergrund nimmt stetig zu. 2006 betrug der Anteil der ausländischen Wohnungslosen bundesweit 9,4 %. Die Stadt Reutlingen beteiligt sich durch die GWG zusammen mit Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen (z. B. Oasen) an der Schaffung von günstigem Wohnraum und der Unterbringung von Obdachlosen.

2008 betreute der Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt in Reutlingen 524 Obdachlosenfälle. Darunter sind allein 62 Personen (11,83 %) mit ausländischem Pass (48 Männer und 14 Frauen).

Ziele und Maßnahmen für das Wohnen:

Ziele	Maßnahmen
Steigerung der Attraktivität der Stadtteile für alle Bevölkerungsgruppen	<ul style="list-style-type: none"> Funktionale und gestalterische Aufwertung des Wohnumfelds, insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Freiräumen für alle Bevölkerungsgruppen und Altersstufen (Integriertes Straßen-, Grün- und Freiflächenkonzept) durch z. B. ein Trendsportfeld für Jugendliche, Sitzgelegenheiten, ein Schachfeld. Entsprechende Maßnahmen wurden im Stadtteil „Tübinger Vorstadt“ bereits umgesetzt. Erhalt der Stadtteilarbeitskreise/Weiterentwicklung niederschwelliger Angebote
Muttersprachliche Beratung zum Thema „Wohnen“, z. B. bei der Wohnungsvergabe (insbesondere durch die GWG als größtem Anbieter von Wohnraum)	<ul style="list-style-type: none"> Hausordnung in mehreren Sprachen an die Mieter persönlich aushändigen Persönliche Beratungstermine bei der Mietwohnungsvergabe, Berücksichtigung der Wünsche in Bezug auf Wohngebiet und familiäre Bindungen, Berücksichtigung der möglichen Integration bei der Auswahl der Mieter in die Hausgemeinschaft Möglichkeit, einen Dolmetscher zur Beratung hinzuzuziehen
Förderung sozialer Integration	<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung eines interkulturellen Begegnungsraums Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt mit und ohne Migrationshintergrund, z. B. Trendsportfeld, Schachfeld, Sitzgelegenheiten etc.

6.3.7 Gesundheit und Ernährung

Aufgrund ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und ihrer Geschichte sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und haben daher oft eine geringere Lebenserwartung. Gerade in den Bevölkerungsgruppen der bildungsfernen und sozial Benachteiligten sind die Migranten stark vertreten. Diesem Personenkreis fällt die Inanspruchnahme des Gesundheitssystems schwer. Sprachliche, informationsbedingte und kulturelle Barrieren,

wie z. B. unterschiedliche Auffassungen von Krankheit und Gesundheit, führen dazu, dass die Nutzung präventiver und gesundheitsfördernder Angebote und Möglichkeiten erschwert oder sogar verhindert wird. Verständigungsschwierigkeiten sind häufig Ursache für ungenaue oder falsche Diagnosen.

Studien wie der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) belegen, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus

sozial schwachen Familien ein höheres Gesundheitsrisiko durch Unfälle, Übergewicht, psychische Krankheiten etc. haben. Bei Flüchtlingen liegen häufig besonders schwere psychische und körperliche Krankheiten vor.

Das Land Baden-Württemberg sieht hier eine Priorität und setzt sich bereits dafür ein, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am Gesundheitssystem durch die interkulturelle Öffnung der Regeldienste zu verbessern. Insbesondere sollen der Zugang zu gesundheitlichen Angeboten, das Gesundheitswissen und die Gesundheitskompetenzen erweitert werden. Im Rahmen der stationären Versorgung soll auf die besonderen Bedürfnisse der Patienten, beispielsweise in der „geschlechterspezifischen“ Behandlung und Pflege, eingegangen werden, wobei Vorbehalte gegenüber einer geschlechterunspezifischen Behandlung nach und nach abgebaut werden müssen. Die vermehrte Einstellung von muttersprachlichen Fachkräften sowie die Fortbildung des bereits vorhandenen Personals in interkultureller Kompetenz können zu weiteren Verbesserungen beitragen.⁴⁰

Ziele und Maßnahmen zur Gesundheit und Ernährung:

Ziele	Maßnahmen
Erleichterung des Zugangs zu allen Angeboten im Gesundheitswesen, unabhängig von Herkunft, Kultur, Sprache und Religion	<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte Einwirkung der Stadt auf die Beteiligten im Gesundheitswesen, sich der Gesundheit von Migranten und den dazugehörigen Fragestellungen anzunehmen Kultur- und gendersensible sowie lebensweltorientierte und biografische Ausrichtung der Beratung für kranke und behinderte Menschen Einsatz des Dolmetscherpools im Gesundheitssystem Anstellung von Migranten in diesen Tätigkeitsbereichen Interkulturelle Gesundheitsmediatoren (vor allem beim Besuch psychologischer Beratungsstellen, bei Präventions-, Gesundheitsförderungs- und Rehabilitationsmaßnahmen) Abbau von Vorbehalten der Migranten
Migranten für die Themen „Gesundheit“ und „Ernährung“ sensibilisieren	<ul style="list-style-type: none"> Verteilung/Auslage von Informationsmaterial zum Thema „Gesundheit und Ernährung“ in verschiedenen Sprachen in den Kindertageseinrichtungen Aufnahme der Themen „Gesundheit“ und „Ernährung“ in das Beratungs- und Bildungsangebot im Kinder- und Familienzentrum Sebastian-Kneipp-Straße Gesunde Ernährung in Schulmensen und Kindertagesstätten als Vorbildfunktion Stärkung der Verantwortung für die eigene Gesundheit und Vermittlung der entsprechenden Kompetenzen
Unterstützung der Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, eigenständig und selbstbestimmt Entscheidungen, insbesondere über Fragen der reproduktiven Gesundheit, treffen zu können	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung ihres Körper- und Selbstbewusstseins
Unterstützung der Frauen und Mädchen in den Bereichen Sexualaufklärung, Familienplanung und Schwangerschaftsberatung	<ul style="list-style-type: none"> Information bereits in der Schule mit Sicherstellung der Teilnahme und entsprechende Beratungsangebote
Qualifizierung der Mitarbeiter in den Bereichen Tagesbetreuung für Kinder und Altenhilfe für die Themen „Gesundheit“ und „Ernährung“ mit kultursensiblem Hintergrund	<ul style="list-style-type: none"> Durchführung einer Fortbildungsreihe „Gesundheit und Ernährung“

Das Thema „Gesundheit und Ernährung“ gehört nicht in den originären Aufgabenbereich der Kommunen. Die Stadt Reutlingen greift jedoch in den Bereichen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Altenhilfe diese Themen bereits auf. Neben der umfassenden Bezuschussung eines gesunden Essensangebots in Kindertageseinrichtungen und Schulen für Kinder, die ein Kindergutscheinheft der Stadt besitzen, haben Kreistag und Gemeinderat 2009 beschlossen, eine Projektstelle mit dem Titel „Niedrigschwellige Familienbegleitung“ aufzubauen. Ihr Ziel ist es, bei Familien mit geringem Einkommen eine ausgewogene und ausreichende Ernährung ihrer Kinder auf den Weg zu bringen und zu begleiten. Die Familienbegleiterin, die im September 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen und seit Dezember 2009 ihren Arbeitsplatz im Kinder- und Familienzentrum Sebastian-Kneipp-Straße hat, ist eng mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) des Kreisjugendamts und den Leiterinnen der Tageseinrichtungen und der Familienhilfe des Oberlin Jugendhilfeverbundes vernetzt. Sie pflegt Arbeitskontakte zu Schulen, Schulsozialarbeit, offener Jugendarbeit, mobiler Jugendarbeit und Familienbildungsanbietern sowie anderen engagierten Gruppen im Gebiet Ringelbach.

⁴⁰ Vgl. Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg 2008: S. 78.

6.4 Bürgerschaftliches Engagement, Kultur und Sport

6.4 Bürgerschaftliches Engagement, Kultur und Sport

6.4.1 Bürgerschaftliches Engagement

„Migranten engagieren sich in vielfältiger Weise außerhalb ihrer Erwerbstätigkeit, Untersuchungen zufolge sogar stärker als Menschen ohne Migrationshintergrund (71 % gegenüber 61 %). Sie sind insgesamt weniger in offiziellen Funktionen (23 % Migranten zu 37 % Nicht-Migranten) tätig. Ihr zahlenmäßig großes Engagement lässt vermuten, dass sie offensichtlich nicht nur Mitglieder von Migrantenorganisationen, sondern auch von deutschen Vereinen sind, was sicherlich als ein Indiz für gelebte Integration zu werten ist. Am häufigsten beteiligen sie sich im Bereich „Sport und Bewegung“, an zweiter Stelle steht der Bereich „Freizeit und Geselligkeit“. Der Bereich „Schule und Kindergarten“ steht an dritter Stelle, hat aber eine höhere Bedeutung als bei Nicht-Migranten. Es folgen „Kultur und Musik“, der soziale Bereich sowie „Kirche und Religion“. Sie sind in den klassischen Migrantenorganisationen, wie z. B. ausländischen Vereinen oder in Selbsthilfeinitiativen, sowie in interkulturellen Netzwerken, religiösen Organisationen oder kommunalen Ausländerräten aktiv.“⁴¹

Eine Vielzahl der Reutlinger Einwohner mit Migrationshintergrund pflegen ihre heimatlichen Traditionen und Bräuche in Migrantenvereinen. Diese sind Orte der Begegnung, des Austauschs, der Erziehung, der Kultur und des Sports. Vor allem für die sogenannte Gastarbeitergeneration spielten und spielen sie noch heute eine große Rolle. Sie sind ein Stück Heimat in der „Fremde“. In den letzten Jahren hat sich jedoch die Aufgabenstellung der Migrantenvereine verändert. Sie sollen neben einem kulturellen Beitrag auch Hilfestellung bei der Integration ihrer Mitglieder leisten und die nachwachsenden Generationen mit ihren Angeboten ansprechen.

⁴¹ Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007a: S. 115-116.

Einige Migrantenvereine sind daher dabei, sich nach außen zu öffnen, mit örtlichen Einrichtungen zu kooperieren und sich an lokalen Veranstaltungen zu beteiligen. Sie sind zum Teil für Neuzuwanderer kulturelle und sprachliche Brücke zur Aufnahmegesellschaft geworden und erleichtern damit die Integration.

Die Öffnung der Vereine und Organisationen ist jedoch nicht nur Aufgabe der Migrantenvereine und -organisationen, sondern auch einheimische Vereine und Institutionen sind angesprochen, sich interkulturell zu öffnen.

Die Stadt Reutlingen unterstützt die Vereine finanziell und beteiligt sie an städtischen Veranstaltungen wie beispielsweise dem Stadtfest, dem Weihnachtsmarkt und den Heimmattagen. Sie erkennt deren Integrationsfunktion an und unterstützt ihre Integrationsbemühungen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Gemeinwesen ist auch zentraler Bestandteil der Arbeit der Stabsstelle Bürgerengagement. Projekte und Initiativen, wie das Fest für Engagierte sowie die Ehrenamtsakademie, richten sich an alle Reutlinger, ungeachtet ihres sozialen und kulturellen Hintergrunds. Daneben wurden bereits verschiedene Projekte und Ideen von der Stabsstelle angestoßen, begleitet und unterstützt: die Vortragsreihe „Heimat ist hier“, eine Fortbildungsreihe für das Internationale muslimische Frauenforum und das Projekt „Job-Paten“ für Haupt- schüler.

Ziele und Maßnahmen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements:

Ziele	Maßnahmen
Interkulturelle Öffnung aller Vereine und Verbände, um den Zugang der Migranten und Migrantenorganisationen zu den klassischen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements zu erleichtern	<ul style="list-style-type: none"> • Einwirkung seitens der Stadt auf alle Vereine und Verbände, sich interkulturell zu öffnen
Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten und Migrantenorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> • Werbung bei den Migranten, sich bürgerschaftlich zu engagieren • Qualifizierung von Migranten und Unterstützung bei der Selbstorganisation der Vereine durch Beratung, Weiterbildung und Vernetzung • Mentorenfortbildung für Migranten • Sichtbarmachung des bestehenden Engagements von Migranten

6.4.2 Kultur

Kultur ist eine wesentliche Grundlage unseres Zusammenlebens und verbindet Menschen verschiedener Herkunft.⁴² Daher kann Integration nur gelingen, wenn sie die zentrale Bedeutung der Kulturpolitik sieht und sich nicht nur auf Ordnungs- und Sozialpolitik beschränkt. „Städtische Kulturpolitik muss den gesellschaftlichen Veränderungen, der kulturellen Vielfalt, den unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen der in der Stadt lebenden Menschen verstärkt Rechnung tragen. Um eine positive Stadtentwicklung voranzutreiben, muss die kulturelle Vielfalt in allen städtischen Konzepten und Leitlinien verankert sein. Kulturelle Vielfalt als Chance und Gewinn für das städtische Leben anzuerkennen, zu nutzen und dafür entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, wird von vielen Städten zunehmend als Aufgabe der Stadtpolitik anerkannt und wahrgenommen“⁴³ und ist in Reutlingen schon weit vorangeschritten.

Der Zugang zu Kultur für alle Bevölkerungsgruppen ist Ziel des Kulturamts und seiner Einrichtungen. In diesem Sinne hat die interkulturelle Öffnung dort seit langem Einzug gehalten.

Die Veranstaltungen (Konzerte, Theatervorstellungen etc.) des Kulturamts sind für alle Alters- und Bevölkerungsschichten gedacht und offen. Die Angebote reichen von klassischen Konzerten bis Kindertheater und Vorstellungen für Schulklassen. Bei Veranstaltungen des Kulturamts, u. a.

dem Schwörtag oder dem Reutlinger Weihnachtsmarkt, werden Migrantenvereine mit einbezogen. Bei den Heimattagen Baden-Württemberg 2009 erhielten sie ebenfalls Gelegenheit, ihre Arbeit vorzustellen. Unter dem Motto „Kultur schafft Heimat!“ konnten sie die eigene Kultur einbringen und Gemeinsamkeiten finden, um diese letztlich als Heimat annehmen zu können.

Ausländische kulturelle Vereine können beim Kulturamt – sofern die Voraussetzungen erfüllt sind – Anträge im Rahmen der Kulturförderung stellen. Sie sind im Bereich „Kulturförderung“ den Reutlinger Vereinen gleichgestellt.

Die erste Verdienstmedaille an einen ausländischen Bürger wurde im Januar 2009 verliehen.

Im Bereich der Städtepartnerschaften wird die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung seit Jahren praktiziert. Die Vermittlung von zahlreichen Praktika, Auslandsaufenthalten und Austausch junger Menschen schafft Verständnis und Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen. Dies kann sich nur positiv auf den Umgang mit den Migranten und ihren Heimatkulturen und spezifischen Erfahrungen auswirken. Bei Praktika ausländischer Schüler und Studenten in Jugendfreizeiten wie Burzelbach und AWO lernen Kinder, ungezwungen mit anderen Kulturen und evtl. fremd aussehenden Menschen umzugehen.

42 Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: S. 127.

43 Städtetag Baden-Württemberg 2009.



Foto: Anstätt/Reutlinger Generalanzeiger (Eröffnung des Reutlinger Geschichtsbüros).

Die Geschichte der Migration und die Erfahrungen der betreffenden Personen und Gruppen sind Bestandteile der jüngeren und jüngsten Stadtgeschichte und müssen daher ins Blickfeld der historischen Aufarbeitung und Dokumentation gerückt werden.

Im Rahmen der Heimattage wurden im Projekt „Migrationsgeschichte“ („Auspacken: Dinge und Geschichten von Zuwanderern“) Reutlinger Zuwanderungsgeschichten gesammelt, anschließend im Stadtarchiv aufbereitet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auf der Grundlage von Erinnerungen und von Gegenständen, die Geschichten erzählen, fand im Heimatmuseum vom 25. April bis 22. August 2010 eine Ausstellung statt. Hierzu ist auch ein Begleitkatalog erschienen.

Das Begleitprogramm zur Ausstellung wurde von verschiedenen ausländischen Vereinen aus Reutlingen mitgestaltet.

Ein erklärtes Ziel der Museen ist es, die Hemmschwelle zum Besuch abzubauen. In einigen Museen werden daher fremdsprachige Führungen und Führungen für Deutschsprachige angeboten. Darüber hinaus gibt es von einem Muttersprachler bzw. einem Englischlehrer geleitete „English Printing Workshops“ für Grundschulklassen im Kunstmuseum. Regelmäßige Führungen für Schulklassen, die oft einen hohen Migrantenanteil haben, und Kooperationsprojekte mit (Haupt)Schulen helfen, bestehende Hemmschwellen bei den Jugendlichen abzubauen und Kunst und Kultur zugänglich zu machen. Im Heimatmuseum fanden außerdem verschiedene Ausstellungen zum Thema „Migration und Integration“ statt:

- ▶ im Jahr 2002: 100 Jahre. 100 Gesichter. Porträts aus Reutlingen.
- ▶ im Jahr 2003: In der Fremde Heimat. Heimat in der Fremde. Reutlinger Einwanderer erzählen.
- ▶ im Jahr 2010: Auspacken. Dinge und Geschichten von Zuwanderern.

Das allgemeine Faltblatt zum Heimatmuseum liegt in mehreren Sprachen vor.

Die interkulturelle Öffnung hat auch einen hohen Stellenwert in der Stadtbibliothek. Sie ist ein Ort kultureller Begegnung. Die Stadtbibliothek bietet Jugendlichen und Erwachse-

nen über 4.600 fremdsprachige Bücher in zehn Sprachen. Dazu kommen 300 fremdsprachige Tonträger sowie über 4.600 Spielfilm-DVDs mit Sprachspuren und Untertiteln in zahlreichen Sprachen. Über 700 fremdsprachige Kinderbücher in sieben Sprachen ermöglichen die muttersprachliche Lektüre. Tagesaktuell vorgehalten werden fremdsprachige Zeitungen aus neun Ländern. Mit Abonnements fremdsprachiger Zeitschriften wird das aktuelle Angebot abgerundet. Über 270 Sprachkurse für Deutschlernende, mehr als 380 Bücher, CDs und CD-ROMs zum Deutschlernen sowie die Zeitung „Presse und Sprache“ und die Zeitschrift „Deutsch perfekt“ unterstützen das Erlernen und Üben der deutschen Sprache. Ergänzend dazu helfen weitere 300 leicht zu lesende Bücher, primär für Jugendliche und erwachsene Neu-Leser und Deutsch lernende Menschen.

Zur interkulturellen Verständigung ebenfalls wichtig sind Medien zum Fremdsprachenlernen: Hier können Reutlinger Einwohner auf ein Angebot von rund 4.000 Sprachkursen, Büchern, Tonträgern, CD-ROMs, Zeitschriften sowie eMedien zugreifen.

Für die Teilnehmer von Deutschsprachkursen an der VHS, bei Ridaf, Teamtraining u. a. sowie für Asylbewerber werden Führungen durch die Stadtbibliothek angeboten und mehrmals im Jahr durchgeführt.

Die Stadtbibliothek beteiligt sich regelmäßig mit Veranstaltungen und Ausstellungen an der Interkulturellen Woche. Hierzu werden fremdsprachige Autoren nach Reutlingen eingeladen und häufig finden zweisprachige Lesungen statt. In der Galerie auf dem Podest präsentieren lokale, regionale ausländische Künstler ihre Werke.

Ausstellungen zu interkulturellen Themen werden ebenso in der Stadtbibliothek gezeigt. Dort, wo es sich anbietet, wie zum Beispiel bei der italienischen Nacht, werden ausländische Vereine in die Programmarbeit mit eingebunden. Im „Blickpunkt Reutlingen“, einem kleinen Ausstellungsbereich, können sich zudem Reutlinger Vereine und Einrichtungen sowie Initiativen vorstellen.

Die Broschüre „Anmeldung, Ausleihe & Co.“ liegt in Englisch vor und ist auf der Website in dieser Sprache zu finden. Die Menüführung an den Ausleih- und Rückgabeautomaten ist außer auf Deutsch bisher in den Sprachen Englisch, Französisch und Russisch abrufbar.

Ziele und Maßnahmen im Bereich der Kultur:

Ziele	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung kultureller Vielfalt als Teil einer lebendigen kulturellen Stadt • Anerkennung der interkulturellen Kulturarbeit als konstitutives Wesensmerkmal der städtischen Kulturpolitik und deren Umsetzung in den kommunal geförderten Kultureinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung nachhaltiger Handlungskonzepte zur interkulturellen Kulturarbeit durch die Kulturanbieter • Stärkere Berücksichtigung der Migranten bei der Personalpolitik und Personalplanung in den Kultureinrichtungen
Erleichterung des Zugangs zu Kultureinrichtungen und Teilhabe an den Kulturangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Präsenz von Künstlern mit Migrationshintergrund • Ausbau der Vernetzung von Migrantenvereinen und Migranten mit Kultureinrichtungen
Kenntnisse und Kompetenzen von Migranten bei der Ausgestaltung der Kulturarbeit sowie der kulturellen Bildung einbinden	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung der Migranten und ihrer Selbstorganisationen sowie von freien Kulturschaffenden, z. B. an runden Tischen
Stadtarchiv	
Dokumentation und historische Aufarbeitung des Themas „Migration“ (Aus- und Zuwanderung)	<ul style="list-style-type: none"> • Vorträge, Ausstellungen und lokalgeschichtliche Projekte, wie z. B. „Auspacken: Dinge und Geschichten von Zuwanderern“ (Sammlung von Erinnerungen und Zeugnissen zur Migrationsgeschichte) • Erweiterung des Dokumentationsprofils
Museen	
Niederschwelliges Heranführen von Reutlingern mit Migrationshintergrund an die Museen	<ul style="list-style-type: none"> • Fremdsprachige Führungen • Fremdsprachige begleitende Informationsblätter
Heranführen von Reutlingern mit Migrationshintergrund an die Geschichte ihrer Stadt	<ul style="list-style-type: none"> • Vorträge und Ausstellungen zur Heimatgeschichte
Sichtbarmachen der Geschichte der Reutlinger Migranten	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstellung zum Projekt Migrationsgeschichte – „Auspacken: Dinge und Geschichten von Zuwanderern“ im Jahr 2010
Schaffung von Raum zum Kennenlernen und Dialog mit anderen Kulturen	<ul style="list-style-type: none"> • Planung und Durchführung gemeinsamer Ausstellungsprojekte mit ausländischen Einrichtungen, wie z. B. eine mit den Kunst-Abteilungen der Marmara-Universität Istanbul und der Hacettepe-Universität Ankara geplante gemeinsame Ausstellung mit einem Begleitprogramm für türkische Mitbürger
Stadtbibliothek	
Erhebung aktuellen Zahlenmaterials zu Kunden mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung des aktuellen Anteils an Kunden mit Migrationshintergrund durch zusätzliche Fragen bei der nächsten Kundenbefragung im Jahr 2011
Differenziertere und ausführlichere Bestandsaufnahme, interkulturelle Arbeit der Stadtbibliothek und Einarbeitung in eine bibliothekseigene Konzeption	<ul style="list-style-type: none"> • Bestandsaufnahme in Kooperation mit der Hochschule der Medien Stuttgart als Projekt des Masterstudiengangs „Bibliotheks- und Informationsmanagement“ • Ausarbeitung einer bibliothekseigenen Konzeption
Fortführung der Übersetzung in weitere Sprachen von Druckerzeugnissen und Menüführungen an den Ausleih- und Rückgabeautomaten	<ul style="list-style-type: none"> • Übersetzung ins Türkische
Mehrsprachige Website	<ul style="list-style-type: none"> • Übersetzung der Website in die Sprachen Englisch, Französisch, Russisch und Türkisch
Verstärkter Ausbau der Ressourcen im Bereich Sprachen	<ul style="list-style-type: none"> • Sichtung und Auswahl geeigneter Datenbanken
Eigene Veranstaltungsreihe für zweisprachige Lesungen	<ul style="list-style-type: none"> • Suche von Kooperationspartnern und Sponsoren
Verstärkte Einbeziehung des interkulturellen Gedankens bei allen Angeboten und Dienstleistungen der Stadtbibliothek	<ul style="list-style-type: none"> • Verinnerlichung und regelmäßiges Controlling im Alltagsbetrieb

6.4.3 Sport

Laut Württembergischem Landessportbund e. V. besitzt Sport eine Integrationskraft, die über politische, kulturelle und nationale Grenzen hinaus wirkt und soziale Unterschiede und Sprachbarrieren aufheben kann. Sport ist ein Medium, das die Menschen begeistert, sie verbindet und Gemeinschaft richtig erlebbar macht. Werte, die wir uns für die Gesellschaft wünschen, können in weiten Teilen durch den Sport vermittelt werden. Fairplay, Chancengleichheit und Teamgeist werden in jeder Sportart durch weltweit einheitliche Regeln gefördert.

Der Sport bietet darüber hinaus Kindern und Jugendlichen, gerade auch solchen mit Migrationshintergrund, die Möglichkeit, Erfolge zu erleben, ihre Freizeit strukturiert zu verbringen sowie Selbstsicherheit und Selbstvertrauen zu gewinnen.

Die interkulturelle Öffnung der einheimischen Sportverbände und -vereine sollte daher verstärkt werden, um Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Zugang zu erleichtern. Den Vereinen bietet sich dadurch die Chance, weitere Mitglieder zu gewinnen.

Frauen und Mädchen aus Zuwandererfamilien benötigen einen besonderen Rahmen und besondere Bedingungen, um Vorbehalte gegenüber außerfamiliären Aktivitäten zu reduzieren und traditionellen Geboten der Verhüllung oder der Trennung der Geschlechter gerecht zu werden. Ein verstärktes Angebot entsprechender Sportprojekte unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Frauen und Mädchen bei gleichzeitiger Werbung für mehr Offenheit gegenüber bestehenden Angeboten ist anzustreben. Ziel muss sein, den Migranten zu vermitteln, dass Frauen, die unter den gegebenen Bedingungen Sport machen, gesellschaftlich anerkannt sind.

Der Württembergische Landessportbund e. V. und der Landessportverband Baden-Württemberg haben Handlungsempfehlungen für einen leichteren Zugang und eine attraktivere Gestaltung des organisierten Sportbereichs für Jugendliche mit Migrationshintergrund formuliert. Die vorge-



Foto: Vollmert/Fotolia.com.

schlagenen Maßnahmen können von den regionalen Sportverbänden und -vereinen, aber auch den Kommunen, umgesetzt werden:⁴⁴

- ▶ Junge Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte Werbung für den Beitritt zu Sportvereinen in Jugendhäusern, Schulen, Ausländerämtern und Einrichtungen der Jugendhilfe gewinnen
- ▶ Etablierung von sportartübergreifenden Angeboten mit Trainern, die selbst einen Migrationshintergrund haben
- ▶ Gewinnung von Multiplikatoren, Jugend- und Übungsleitern mit Migrationshintergrund
- ▶ Unterstützung bei Fortbildungen
- ▶ Motivation und Unterstützung der Vereine, die interkulturellen Potenziale zu nutzen
- ▶ Sensibilisierung der ehrenamtlichen Jugendleiter und -vorstände sowie der hauptamtlichen Betreuer für Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und Verbesserung ihrer Fähigkeit zum adäquaten Umgang mit dem Thema
- ▶ Angebot alternativer Projekte ohne starre Organisationsformen sowie außerhalb fester Trainingszeiten und Wettkampfsport, z. B. Trendsportfeld
- ▶ Niederschwellige Angebote, wie z. B. Walking, um Mädchen und Frauen verstärkt für den Sport zu gewinnen
- ▶ Förderung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen einheimischen Sportvereinen und solchen von Migranten.

Die Sportentwicklungsplanung der Stadt Reutlingen ermöglicht weitgehend durch die frühzeitige Beteiligung von Migranten und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse einen positiven Beitrag zur Integration in Reutlingen.

Ziele und Maßnahmen im Bereich des Sports:

Ziele	Maßnahmen
Erhöhung der Zahl der Migranten im organisierten Sport und Erkennen ihrer Bedürfnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Indikatoren zur Messung von Erfolgen in der Integrationsarbeit • Begleitung und Unterstützung der Sportvereine bei ihren Integrationsleistungen, Abbau von Barrieren • Schaffung von Anreizen für die Sportvereine zur attraktiveren Gestaltung von Angeboten für Migranten (z. B. Sportförderung) • Aufbau eines Sport-Netzwerks zum Thema „Integration“ • Unterstützung ausländischer Vereine bei der „Öffnung“ zum organisierten Sport • Abbau von Vorbehalten bei Migranten
Interkulturelle Öffnung der Vereine	<ul style="list-style-type: none"> • Einwirken seitens der Stadt auf alle Vereine, sich interkulturell zu öffnen

44 Vgl. Württembergischer Landessportbund e.V.

6.5 Politische Partizipation von Migranten

6.5 Politische Partizipation von Migranten

Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft sind die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Einwohner mit Migrationshintergrund begrenzt.

Mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags zum 01.01.1993 wurde für Unionsbürger das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei Wahlen zum Europäischen Parlament begründet. Durch Maastricht hat sich damit die Gruppe der Migranten in diejenigen der EU-Bürger auf der einen und die der Nicht-EU-Bürger, den sogenannten Drittstaatlern, auf der anderen Seite gespalten. Die Forderung nach der Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auch auf Nicht-EU-Bürger nach fünfjährigem Aufenthalt wäre damit nach Ansicht von Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll und des Europäischen Parlaments logische Folge.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber im Jahr 1990 entschieden, dass ein Kommunalwahlrecht für Drittstaatenangehörige mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Ausländer gehörten zwar zur Bevölkerung, nicht aber zum deutschen Volk, von dem nach Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz allein die Staatsgewalt ausgehe. Das bedeutet, dass nur über eine Grundgesetzänderung ein generelles Kommunalwahlrecht für Ausländer einführbar ist. Die hierfür erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheint nicht in Sicht.

Politische Partizipation darf jedoch nicht nur auf die Beteiligung an Wahlen verkürzt werden. Nichtstaatsbürger nehmen bereits vielfältige politische Rechte in einem weiteren Sinne in Anspruch:

- ▶ Sie können Mitglieder politischer Parteien werden.
- ▶ Sie genießen grundsätzliche Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und dürfen öffentlich demonstrieren.

- ▶ Es steht ihnen frei, Mitglieder von Gewerkschaften zu werden.
- ▶ Sie haben das aktive und passive Wahlrecht im Rahmen der Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung sowie für die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger inne.
- ▶ Sie haben das Recht, Vereine zu gründen.
- ▶ Sie können, soweit es das jeweilige Landesrecht vorsieht, an Bürgerversammlungen teilnehmen.
- ▶ Sie können als sachkundige Einwohner Mitglieder von Ratsausschüssen werden und so beratend auf die politische Entscheidungsfindung einwirken.
- ▶ Sie können auf kommunaler Ebene in Ausländerververtretungen (wie z. B. Ausländerräte, Ausländerbeiräte oder Internationale Ausschüsse) die gemeinsamen Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund bündeln und diese in den kommunalpolitischen Willensbildungsprozess einbringen.⁴⁵

Politische Partizipation von Migranten setzt das Wissen über grundlegende Zusammenhänge in der Gesellschaft voraus. Hierfür bedarf es im Bereich der politisch-gesellschaftlichen Bildung geeigneter, lebensweltorientierter Lernmedien, die komplexe Zusammenhänge verständlich machen und dabei die heterogenen Voraussetzungen der Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen.⁴⁶ Es gilt, dies in die Praxis umzusetzen.

⁴⁵ Vgl. Ansprache von Justizminister und Integrationsbeauftragtem der Landesregierung Baden-Württemberg Prof. Dr. Ulrich Goll anlässlich des Festakts zum 25-jährigen Jubiläum des Reutlinger Ausländerrats.

⁴⁶ Vgl. Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg 2008: S. 105.

Ziele und Maßnahmen im Bereich der politischen Partizipation:

Ziele	Maßnahmen
Wecken von Interesse an kommunalpolitischen Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Mitgliedern des Ausländerrats oder des Referats für Migrationsfragen auch bei unpolitischen Veranstaltungen wie z. B. Ausstellungen o. Ä.
Verbesserung der politischen Bildung von Migranten	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von Workshops und Tagungen zu unterschiedlichen Themenfeldern wie z. B. „Frau und Beruf“, Projekt „Schuleplus – Elternbildung“
Erhöhung der Teilhabe von Migranten an Bürgerbeteiligungsprozessen der Stadt	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktaufnahme mit Migrantenvereinen oder Mentoren • Werbeaktionen (Presse, Faltblätter etc.)
Verstärktes Engagement von Migranten in Parteien, damit sich die gesellschaftliche Realität innerhalb der Parteien und den politischen Gremien widerspiegelt	<ul style="list-style-type: none"> • Gezieltes Zugehen auf Migranten (z. B. mit Hilfe von Schulen, Jugendeinrichtungen, Migrantenvereinen etc.)

6.5.1 Der Reutlinger Ausländerrat

Der Reutlinger Ausländerrat wurde 1984, damals noch Ausländerbeirat genannt, auf Beschluss des Gemeinderats ins Leben gerufen.

Seine Aufgaben sind vielfältig:

- ▶ Der Ausländerrat berät den Gemeinderat und die Stadtverwaltung in allen Angelegenheiten, die Migranten betreffen.
- ▶ Sprecher des Ausländerrats können im Gemeinderat oder dessen beschließenden Ausschüssen an den Beratungen von Angelegenheiten teilnehmen, die Reutlinger mit Migrationshintergrund betreffen und die zuvor auf der Tagesordnung des Ausländerrats gestanden haben.
- ▶ Der Ausländerrat arbeitet für die Stadtverwaltung Vorschläge zu aktuellen Themen, die Migranten betreffen, aus.
- ▶ Er organisiert Bildungs- und Kulturveranstaltungen.
- ▶ In seinen Sitzungen (mindestens viermal im Jahr) werden migrationsrelevante Angelegenheiten (ggf. mit Fachämtern oder externen Referenten) diskutiert, Empfehlungen ausgesprochen und Anträge zu unterschiedlichen Anliegen gestellt.
- ▶ Er macht Vorschläge an den Gemeinderat zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Integrationsarbeit.

Durch die Verabschiedung einer eigenen Geschäftsordnung im Jahr 2003, die dem Ausländerrat ein eigenes Budget zur Durchführung von Klausurtagungen, Fortbildungen und zur Organisation von Veranstaltungen und Exkursionen zuschreibt, hat dieser eine Aufwertung erhalten. In der aktuellen Legislaturperiode haben sich die Mitglieder des Reutlinger Ausländerrats überwiegend mit der schulischen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, der Verteilung der städtischen Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen beschäftigt und sich an der Erarbeitung städtischer Integrationsförderrichtlinien und dem städtischen Integrationskonzept beteiligt.

6.5.2 Wahlen des Ausländerrats in Reutlingen

Der Reutlinger Ausländerrat besteht aus 15 ausländischen Vertretern und je einem Vertreter der Gemeinderatsfraktionen. Den Vorsitz führt der Oberbürgermeister oder einer seiner Stellvertreter.

Alle fünf Jahre wählt die ausländische Bevölkerung Reutlingens die 15 ausländischen Mitglieder des Ausländerrats. Bei der ersten Wahl des Ausländerrats 1984 lag die Wahlbeteiligung noch bei 41 %, doch bei den folgenden Wahlen war eine kontinuierliche Abnahme der Wahlbeteiligung auf zuletzt 8,2 % zu verzeichnen:

- ▶ im Jahr 1984: 41,0 % (Ausländerbeirat)
- ▶ im Jahr 1989: 31,0 % (Ausländerbeirat)
- ▶ im Jahr 1995: 22,9 % (Ausländerrat)
- ▶ im Jahr 2000: 8,6 % (Ausländerrat)
- ▶ im Jahr 2005: 8,2 % (Ausländerrat)

Mit dieser Entwicklung steht Reutlingen allerdings nicht allein da. In anderen Kommunen war und ist die Wahlbeteiligung noch schwächer.

Es gibt vielerlei Gründe für diese Entwicklung. Mit einer Sozialstudie im Jahr 2000 wurde versucht, der sinkenden Wahlbeteiligung auf den Grund zu gehen.

EU-Bürger haben seit 1995 das aktive und passive Kommunalwahlrecht inne, können also selbst durch Kandidatur und Wahl auf den Gemeinderat und die Kommunalpolitik Einfluss nehmen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass viele frühere Ausländer und deren Kinder sich einbürgern ließen oder durch Geburt bereits Deutsche sind.

Die begrenzten Einflussmöglichkeiten des Ausländerrats auf die Kommunalpolitik sind sicher auch ein Grund für die nachlassende Wahlbeteiligung.

Auf Bundes- und Landesebene wurde im Hinblick auf die sinkende Wahlbeteiligung das Thema der politischen Partizipation von Migranten intensiv diskutiert. Städte, wie z. B. Stuttgart, Esslingen und Ravensburg, haben infolge der veränderten Situation und der damit einhergehenden geringeren Legitimation durch die ausländische Bevölkerung von einer direkten Wahl der Ausländerratsmitglieder Abstand genommen und sind zu einer Benennung der Mitglieder übergegangen.

In seiner Klausurtagung am 08.03.2008 hat sich der Ausländerrat mit der Problematik beschäftigt und sich letztlich für eine weitere Wahl entschieden. Begründet wird die Entscheidung damit, dass die Benennung von Personen die Legitimation des Gremiums nicht erhöhe und das Integrationsverständnis von Fachleuten nicht unbedingt das von Migranten sei.

Die derzeit gewählten Ausländerratsmitglieder verstehen sich nicht nur als Interessenvertreter der Ausländer, sondern aller Migranten. Die Ausländerratswahl sei die einzige demokratische Beteiligungsmöglichkeit.

6.5.3 Neuausrichtung des Ausländerrats

Vor dem Hintergrund der Ausländerratsklausur am 08.03.2008 wurde im Gemeinderat am 27.07.2010 eine Neuausrichtung des Ausländerrats sowie dessen Umbenennung in „Integrationsrat“ beschlossen.

Als konstituierendes Element hielt man dabei an der Wahl der Personen mit ausländischem Pass fest, da dies für Migranten aus Drittstaaten die einzige Möglichkeit darstellt, aktiv zu wählen und durch gewählte Mandatsträger repräsentiert zu werden.

Zugleich kamen Spätaussiedler als neue Zielgruppe des bisherigen Ausländerrats hinzu, da diese häufig einen vergleichbaren Integrationsbedarf haben. Um diese Personengruppe mit ihren Interessen im Gremium einzubinden, werden künftig vom Gemeinderat – nach vorheriger Zustimmung durch den Integrationsrat – Vertreter aus ihren Reihen benannt.

Die Ein- und Anbindung an die städtischen Gremien war ein viel diskutiertes Thema. Sie erfolgte bisher über Gemeinderäte (Fraktionsvertreter). Jede Fraktion war mit je einem Mitglied im Ausländerrat vertreten. Im Ergebnis hatte der Ausländerrat so zu jeder Fraktion des Gemeinderats einen direkten Zugang und war mit insgesamt sechs Mitgliedern in den Ausschüssen und im Gemeinderat vertreten. Um den Ausländerrat in seiner repräsentativen Funktion als Interessenvertretung der Migranten in der Stadt anders zu gewichten als in der Vergangenheit, hatten seine Mitglieder



Foto: Trinkhaus/Reutlinger General Anzeiger (Ausländerratswahl 2005).

vorgeschlagen, dem künftigen „Integrationsrat“ einen beratenden Sitz im Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss (VKSA) einzuräumen. Die Verwaltung unterstützte grundsätzlich den Vorschlag

des Ausländerrats, schlug jedoch vor, in der Kosequenz auf die Beteiligung von Gemeinderäten im Integrationsrat zu verzichten. Der Gemeinderat beschloss nachfolgende Regelung.

Ausländerrat 1995 bis 2011

Vorsitz	Fraktionsvertreter aus dem GR	Gewählte Mitglieder	Ernannte Spätaussiedler	Sitz im VKSA
OB	6	15	-	-

Integrationsrat ab 2011 - Vorschlag des Ausländerrats

Vorsitz	Fraktionsvertreter aus dem GR	Gewählte Mitglieder	Sachverständige beratende Mitglieder	Sitz im VKSA
OB	6	15	2 für den Bereich der Spätaussiedler	1

Integrationsrat ab 2011 - Beschluss des Gemeinderats

Vorsitz	Fraktionsvertreter aus dem GR	Gewählte Mitglieder	Sachverständige beratende Mitglieder	Sitz im VKSA
OB	6	10	4, davon 2 aus dem Kreis der Spätaussiedler	-

Weiter wurde beschlossen:

- ▶ Bereits gewählte Mitglieder des künftigen Integrationsrats bleiben auch bei einer Einbürgerung bis zum Ende ihrer Amtszeit im Integrationsrat vertreten.
- ▶ Der Integrationsrat bestimmt Sachverständige für die Ausschüsse des Gemeinderats zur Beratung von Themen, die zuvor im Integrationsrat entschieden oder beraten wurden.

6.6 Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung

6.6 Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung betrifft sowohl die öffentlichen Dienstleistungen einer Kommune als auch die Personalentwicklung. In der Kommune bilden Vielfalt und der reflektierte Umgang mit Verschiedenheit durch die Stadtverwaltung eine bedeutsame Ressource. Interkulturelle Kompetenz nimmt in diesem Zusammenhang einen hohen Stellenwert ein. Integration wird hier als Querschnittsaufgabe verstanden und setzt sowohl den Dialog zwischen den Kulturen als auch interkulturelles Handeln voraus.

Eine interkulturell orientierte Stadtverwaltung zeichnet sich dadurch aus, alle wesentlichen Aspekte von Einwanderung und Integration in allen Diensten und Angeboten zu verankern und durch gezielte organisatorische Maßnahmen zu unterstützen. Gleichzeitig heißt interkulturelle Öffnung, Wege zu suchen, um Zugangsbarrieren gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte abzubauen. Ziel ist es, einen gleichberechtigten und ungehinderten Zugang aller Einwohner zu den Dienstleistungen der Kommune zu gewährleisten. Dies verringert Konflikte, sichert die Qualität der Dienstleistungsstruktur und erhöht die öffentliche Anerkennung der jeweiligen Institution.

Eine interkulturelle Öffnung und Orientierung der Verwaltung kann jedoch nur erreicht werden, wenn Integration ein gesamtkommunales Anliegen ist und ein grundlegender kommunalpolitischer Konsens in der Verwaltung und in den politischen Entscheidungsgremien besteht. Dieser muss seinen Niederschlag in einem gemeinschaftlichen Konzept finden, das alle kommunalen Handlungsfelder und alle Akteure einbezieht und vernetzt. Die Schulung des Personals in interkultureller Kompetenz, d. h. interkulturelle Sensibilität und Verständnis für den kulturellen Hintergrund der Ankommenden, ist unabdingbar.

„Die gleichzeitige Erhöhung des Migrantenanteils würde die

interkulturelle Kompetenz der Verwaltung stärken. Zugleich unterstützen Kommunalpolitik und Verwaltung als Arbeitgeber direkt die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und setzen ein Zeichen für die lokale Wirtschaft und ein positives Signal für die Integrationsbereitschaft der Migranten.“⁴⁷

Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung ist ein Thema, mit dem sich die Stadt Reutlingen bereits seit langem beschäftigt. Dies zeigt sich in der Personalpolitik wie auch an eigens hierfür initiierten Projekten. Im Jahr 2005 wurde eine Befragung zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung sowohl bei den Ämtern als auch bei den Bürgern durchgeführt, um bisher bestehende integrationsrelevante Angebote zu ermitteln, den Bedarf neuer Angebote zu ermitteln, nach gegenwärtigen Hindernissen und gewünschten Lösungen zu fragen.

Seit 2006 macht die Stadt Reutlingen unter anderem folgende Angebote zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung:

- ▶ Fortbildungen für interkulturelle Kompetenz
- ▶ Veröffentlichung von mehrsprachigen Broschüren (z. B. auch Aushändigung einer z. T. mehrsprachigen Willkommensmappe mit Informationsmaterial an neu zugewanderte Migranten)
- ▶ Teilnahme der Migrantenvereine am städtischen Ferienprogramm
- ▶ Das bereits seit 1992 bestehende muslimische Grabfeld und die 2008 eingeweihte Anlage für rituelle Waschungen bei muslimischen Bestattungen auf dem Friedhof Römerschanze sind wegweisend und beispielhaft in Baden-Württemberg.

Ziele und Maßnahmen der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung Reutlingen:

Ziele	Maßnahmen
Interkulturelle Kompetenz städtischer Mitarbeiter als eine Schlüsselqualifikation	<ul style="list-style-type: none"> • Fortbildung städtischer Mitarbeiter, um den Anforderungen an interkultureller Kompetenz in ihrem Aufgabenfeld gerecht werden zu können
Abbau von Zugangsbarrieren	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von Dolmetschern • Mehrsprachige Informationen • Interkommunale Ausrichtung des kommunalen Qualitätsmanagements
Erarbeitung und Fortentwicklung von Integrationszielen und Maßnahmen in den Ämtern	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung von Leitlinien • Evaluation und Controlling von Integrationsmaßnahmen • Integrationsmonitoring
Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, vor allem auch in Führungspositionen	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund • Entwicklung von Maßnahmen zur Gewinnung von Migranten als städtische Mitarbeiter
Information der Öffentlichkeit über Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Pressearbeit, Faltblätter etc.

⁴⁷ Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: S. 110.

6.7 Vernetzung

6.7 Vernetzung

Im Nationalen Integrationsplan heißt es: „Integration als politische Herausforderung für das gesamte Gemeinwesen bedarf der Entwicklung von entsprechenden Strukturen, die beteiligungsorientiert und nachhaltig das friedliche und demokratische Zusammenleben sichern und Chancengerechtigkeit herstellen.“⁴⁸ Dazu bedarf es des Abbaus von Vorurteilen und Berührungsängsten. Dies kann nur in der Begegnung entstehen, und zwar nicht nur zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern muss auch den Dialog zwischen den verschiedenen Religions-, Nationen- und Kulturgruppen zum Gegenstand haben.

Die Umsetzung eines solchen Vorhabens kann nur durch die gezielte Begegnung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb stabiler Strukturen in Form von Arbeitskreisen, Austauschforen, Dachorganisationen oder Netzwerken gelingen.

- ▶ Sie helfen, Ressourcen zu bündeln, neue zu schaffen und Ergänzungen und Überschneidungen zu erkennen,
- ▶ sichern einen konstruktiven Informations- und Erfahrungsaustausch,
- ▶ tragen zur Verbesserung bereits bestehender und zur Schaffung neuer Kooperationen bei,
- ▶ erleichtern die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote in der Integrationsarbeit und
- ▶ wirken der Bildung von Parallelstrukturen entgegen.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Beispiele für entsprechende Strukturen, wie beispielsweise den „Interkulturellen Rat“. Hier arbeiten auf Bundesebene verschiedene gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatliche Stellen, Medien, Wissenschaft und Sport zusammen.⁴⁹

Der Interkulturelle Rat leistet z. B. mit seinem im Jahr 2008 ins Leben gerufenen Projekt „Dialog vor Ort: Kommunale Islamforen“ einen Beitrag zum Informations- und Erfahrungsaustausch. Bis zum Jahr 2010 sollen 20 Gesprächsforen in verschiedenen Städten und Gemeinden eingerichtet werden, in denen sich Muslime, Nicht-Muslime und kommunale Einrichtungen über vor Ort relevante Themen des Zusammenlebens austauschen und beraten können.

Auf Landesebene gibt es zwei größere Arbeitskreise, welche die dortige Integrationsarbeit miteinander vernetzen. Diese sind der „Landesarbeitskreis Integration“, direkt beim Justizministerium angesiedelt, das in Baden-Württemberg ebenfalls für den Bereich Integration verantwortlich ist, und der „Arbeitskreis kommunale Integrationsbeauftragte“ des Städtetags Baden-Württemberg.

In Reutlingen konnte u. a. mit der Einrichtung des Netzwerks „Migration/Integration“ im Jahr 2005 eine erfolgreiche Zusammenführung unterschiedlicher Träger, Initiativen und Institutionen erreicht werden. Ziel dieses offenen Forums, bei dem Vertreter von Stadt, Schule, Kirche, Polizei, Migranten-

vereinen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in der Integrationsarbeit engagierte Einzelpersonen und Betroffene zusammenarbeiten, ist eine Vernetzung aller an der Integration beteiligten Akteure, um so einen Überblick über bereits bestehende Projekte und Angebote zu erhalten und diese weiterzuentwickeln. Das Netzwerk legt jährlich einen Themenschwerpunkt fest und führt hierzu auch öffentliche Veranstaltungen durch. Diese waren:

- ▶ Thema 2005: „Vernetzung“, Durchführung eines öffentlichen Forums „Neue Wege zur Vernetzung Migration/Integration“,
- ▶ Thema 2006/2007: „Schule“, Organisation eines Informationstages „Schulwelt in Reutlingen, Integration – Bildung – Zukunft, Schule und Eltern Hand in Hand“ (vgl. Kapitel 6.1.2 „Schule“),
- ▶ Thema 2008/2009: „Förderung der Elternarbeit“, Informationsveranstaltungen in mehreren Migrantenvereinen (vgl. Kapitel 6.1.2 „Schule“),
- ▶ Thema 2010: „Integrationskonzept“, Bildung eines Arbeitskreises Integrationsleitlinien.

Die Stadt Reutlingen hat im Jahr 2009 zusammen mit der Polizeidirektion Reutlingen und dem Landkreis Reutlingen ein „Islamisches Frauenforum“ ins Leben gerufen. Es bringt muslimische Frauen verschiedener Moscheevereine Reutlingens und der Umgebung an einen Tisch, um sich über Bildungs-, Erziehungs-, Gesundheitsfragen und bestehende Sportangebote auszutauschen. Auf diese Weise werden frauenspezifische Angebote von Seiten der Stadt, dem Landkreis, Institutionen und Vereinen für Frauen muslimischen Glaubens transparenter und können gezielt in die Frauengruppen der muslimischen Vereine transportiert werden. Die am „Islamischen Frauenforum“ teilnehmenden Frauen wirken in ihren Organisationen als Multiplikatoren und dienen als Ansprechpartner für Einrichtungen, Institutionen und die Stadtverwaltung. Zusammen mit der Stabsstelle Bürgerengagement arbeitet das Referat für Migrationsfragen derzeit an einer Fortbildungsreihe für die engagierten Frauen des „Islamischen Frauenforums“ (vgl. Kapitel 6.8 „Interkultureller und interreligiöser Dialog“).

Neben der Initiierung konkreter Projekte mit anderen Institutionen und Einrichtungen ist es Aufgabe des Referats für Migrationsfragen, bereits bestehende Strukturen zu vernetzen und dazu beizutragen, dass neue Initiativen Teil des Reutlinger Integrationsnetzwerks werden. Die Stadt Reutlingen versteht sich als steuernde Einheit, welche die am Integrationsprozess Beteiligten, wie z. B. die Stadtverwaltung, die Politik, die Wirtschaft, die Kirchen, die Freien Träger, die Verbände, die Vereine sowie die Migrantenorganisationen, zusammenführt und die Verständigung auf gemeinsame Ziele unterstützt.

Da Integration als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, die in der Vielfalt einer Stadtgesellschaft gelebt und durchgesetzt werden muss, arbeitet das Referat für Migrationsfragen in verschiedenen Arbeitskreisen und Gremien verwaltungsintern und -übergreifend mit.

⁴⁸ Ebd., S. 127.

⁴⁹ Vgl. Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

Ziele und Maßnahmen im Bereich Vernetzung:

Ziele	Maßnahmen
Vernetzung von Akteuren der Integrationsarbeit	<ul style="list-style-type: none">• Koordinierung und Unterstützung bestehender Vernetzung• Koordinierung und Abstimmung unterschiedlicher Integrationsthemen und Interessen innerhalb der Netzwerke• Entwicklung gemeinsamer Angebote und Abstimmung bestehender Angebote zur Vermeidung von Überschneidungen• Initiierung neuer Netzwerke• Aktivierung von Selbsthilfe- und Nachbarschaftshilfeinitiativen• Sensibilisierung und Qualifizierung von Mitarbeitern und Ehrenamtlichen

6.8 Interkultureller und interreligiöser Dialog

6.8 Interkultureller und interreligiöser Dialog

Integration kann nur durch die Einbeziehung aller Einwohner im Dialog gelingen.

Ziel ist es, Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu schaffen, deren Normen, Werte und Einstellungen offenzulegen, in einen Dialog einzutreten, Verständnis herbeizuführen und in der Folge Veränderungen zu bewirken.⁵⁰ Orte der Begegnung und der gelungenen Integration werden u. a. in privaten Freundeskreisen, Gruppen, Vereinen und binationalen Partnerschaften realisiert. Diese bilden die Grundlage für funktionierende Netzwerke.

Die Stadt Reutlingen betrachtet die Förderung des interkulturellen Dialogs als Querschnittsaufgabe. In vielen Handlungsfeldern der Stadtverwaltung ist sie bereits umgesetzt oder wird als Ziel verfolgt. Vergleiche hierzu Kapitel 6.1.1 „Kindertagesbetreuung“, Kapitel 6.3.2 „Kinder und Jugendliche“, Kapitel 6.4.2 „Kultur“.

Die Stadt Reutlingen unterstützt ebenso den interreligiösen Dialog, der in Zuständigkeit der Glaubensgemeinschaften zu organisieren ist, um so das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Glaubensrichtungen zu bewahren. Hierbei geht es nicht um die Auseinandersetzung mit religiösen Inhalten, sondern um ein Kennenlernen zur Schaffung gegenseitiger Akzeptanz. Ein positives Beispiel hierfür ist das Gesprächsforum der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), das im Abstand von 4 bis 6 Wochen mit allen Moscheevereinen stattfindet. Genauso wichtig ist ihr der Dialog zwischen Einrichtungen derselben Religion, wie z. B. den sieben Moscheevereinen in Reutlingen.

Das „Islamische Frauenforum“, in dem sich Frauen aus verschiedenen Moscheevereinen regelmäßig treffen und gemeinsame Projekte entwickeln, ist beispielhaft (vgl. auch Kapitel 6.7 „Vernetzung“).

⁵⁰ Vgl. Städtetag Baden-Württemberg 2009: S. 24.

Ziele und Maßnahmen im Bereich des interkulturellen und interreligiösen Dialogs:

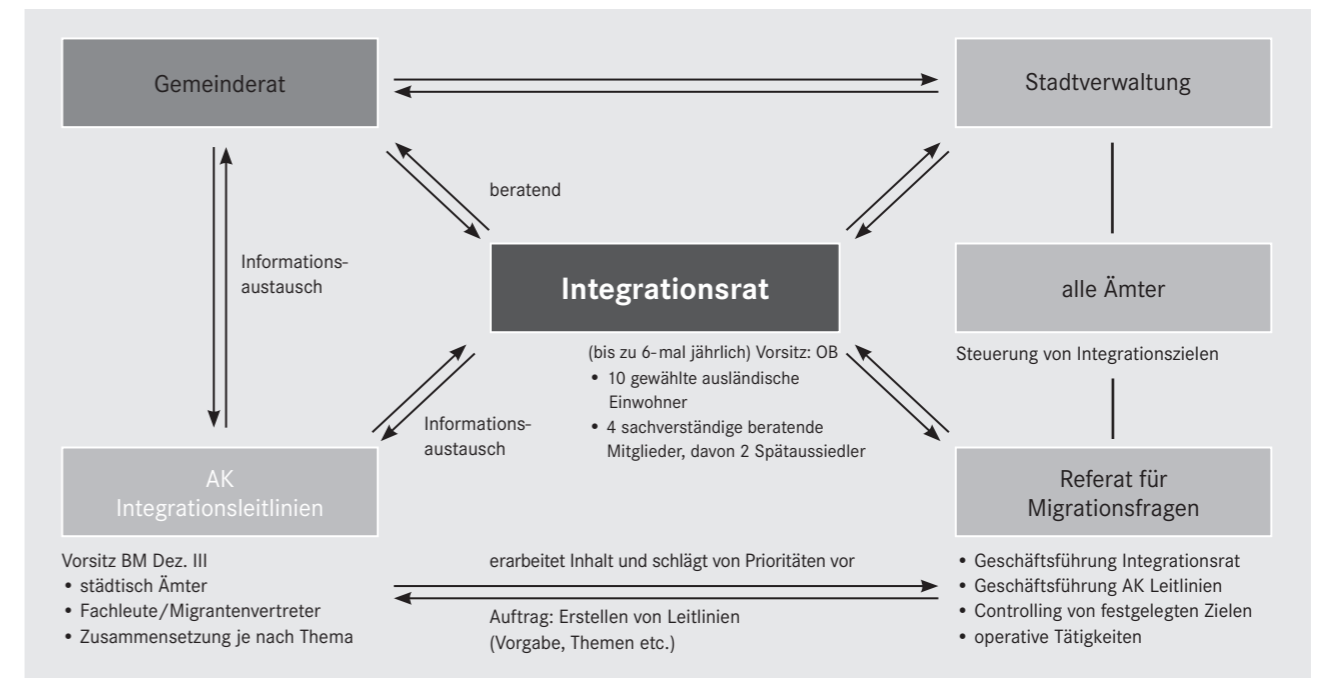
Ziele	Maßnahmen
Förderung von Dialog und Verständnis zwischen Mehrheitsbevölkerung und Migranten	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung von Begegnungsmöglichkeiten • Gegenseitiges Verständnis durch Öffentlichkeitsarbeit wecken und vertiefen
Förderung des interreligiösen Dialogs	Schaffung von Begegnungen, Vernetzung von Religionsgemeinschaften

7. Steuerung der Integrationspolitik

Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist, bedarf es einer zielgerichteten Integrationspolitik mit einem Gesamtkonzept, das sich über alle Handlungsfelder erstreckt. Eine Verzahnung auf allen Ebenen ist nötig. Ziele und Maßnahmen müssen miteinander abgestimmt werden. Sie sind auf ihren

Erfolg hin zu überprüfen, ggf. weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Dies soll in Reutlingen durch ein noch zu entwickelndes Integrationsmonitoring, durch Evaluation sowie durch die Zuarbeit seitens des neu zu gründenden Arbeitskreises Integrationsleitlinien erfolgen.

Integration als Querschnittsaufgabe



Für die Erfolgskontrolle der Integrationsarbeit ist Monitoring und Evaluation der eingeleiteten Ziele und Maßnahmen unverzichtbar.

Monitoring ist eine regelmäßige, mehrere Bereiche umfassende Beobachtung einer begrenzten Anzahl von einheitlich definierten Indikatoren (z. B. statistische Kennzahlen), die erkennen lassen sollen, wo Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen und in welchen Bereichen Defizite bestehen. Ziele sind z. B. gute Deutschkenntnisse eines jeden Kindes beim Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule. Zur Überprüfung des Sprachvermögens können als Kennzahl die Ergebnisse aus der Sprachstandmessung herangezogen werden. Monitoring zeigt demnach den Stand des Integrationsprozesses zu verschiedenen Zeitpunkten regelmäßig auf, macht seine Entwicklung überprüfbar und vergleichbar mit anderen Städten.

Auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene werden seit einigen Jahren verschiedene Konzepte zum Integrationsmonitoring entwickelt. Im Jahr 2008 verabschiedete das Bundeskabinett 100 Integrationsindikatoren zu 14 Themen-

feldern, die zurzeit wissenschaftlich erprobt werden.⁵¹ Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat im Jahr 2006 zur Erarbeitung eines Integrationsmonitorings einen Innovationszirkel gebildet. Seine Hauptaufgabe ist die Entwicklung praktikabler Standards und die Festlegung einheitlicher Indikatoren.

Die Evaluation vergleicht das Ergebnis des Monitorings mit den vorher festgelegten Zielen und weist Wirkungszusammenhänge nach. Aus der Analyse der Kennzahlen lassen sich durch Einbeziehung weiterer Informationen Schlüsse darüber ziehen:

- ▶ inwieweit die Maßnahmen Wirkung entfaltet haben,
- ▶ inwieweit die Wirkung zur Zielerreichung beigetragen haben,
- ▶ inwieweit sich die Rahmenbedingungen verändert haben,
- ▶ wo Handlungsbedarf besteht und politische Maßnahmen abzuleiten sind.⁵²

⁵¹ Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung 2009.

⁵² Vgl. KGSt 2006: S. 7.

Die Stadt Reutlingen möchte den Erfolg ihrer Integrationsmaßnahmen durch Integrationsmonitoring und Evaluation regelmäßig überprüfen und ihre Integrationsarbeit gezielt weiterentwickeln. Dafür wäre der Aufbau eines eigenen Monitoringverfahrens notwendig. Hierbei bieten die bereits entwickelten Konzepte zum Integrationsmonitoring auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene sowie die Ergebnisse des Innovationszirkels der KGSt Orientierung. Für alle Handlungsfelder sind in Zusammenarbeit mit den Fachämtern messbare Ziele zu entwickeln, um die Integrationsmaßnahmen auf die tatsächlich erreichten Ergebnisse hin überprüfen, evaluieren und fortschreiben zu können. Auf bestehende Kennzahlen und Evaluierungen von Maßnahmen der einzelnen Ämter wird zurückgegriffen. Das Integrationsmonitoring und die Evaluation sollen in einem vertretbaren Aufwand erfolgen.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Monitorings sind die teilweise fehlenden oder unzureichend differenzierten Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund in den Handlungsfeldern. Die Erweiterung des Monitorings durch Bürgerbefragungen, wie in einigen Kommunen praktiziert, um erforderliche Zahlen über Menschen mit Migrationshintergrund erheben zu können, würde hier Abhilfe schaffen. Daten, die für die Ausrichtung der Integrationspolitik bedeutsame Erkenntnisse liefern, wie z. B. Zufriedenheit mit der eigenen Situation, Wohnsituation oder Einschätzung des sozialen Klimas in der Stadt, könnten zusätzlich aufgenommen werden.

Ziele und Maßnahmen des Integrationsmonitorings, der Evaluierung und des Arbeitskreises Integrationsleitlinien:

Ziele	Maßnahmen
Regelmäßiges Aufzeigen des Integrationsprozesses zu verschiedenen Zeitpunkten	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung von Indikatoren (Kennzahlen) zur Überprüfbarkeit des Integrationsprozesses
Ausarbeitung der Schwerpunktthemen „Sprachförderung und Bildung“ sowie „Ältere Menschen“	<ul style="list-style-type: none"> Zeitnahe Einrichtung eines Arbeitskreises Integrationsleitlinien
Fortschreibung des Integrationskonzepts	

8. Demografische Daten

Staatsangehörigkeitswechsel in Reutlingen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ausländer/-in wurde Deutsche/-r				
	2004	2005	2006	2007	2008
0-10	141	143	129	114	136
10-20	35	40	35	34	51
20-30	59	57	58	64	60
30-40	93	70	73	77	73
40-50	38	34	25	23	39
ab 50	17	5	9	21	21
gesamt	383	349	329	333	380

Deutsche/-r wurde Ausländer/-in				
2004	2005	2006	2007	2008
2	2	2	6	1
1	1	1	1	3
5	1	5	3	2
5	4	5	1	2
4	3	5	2	7
1	4	-	3	1
18	15	18	16	16

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ausländer/-in wurde Deutsche/-r				
	2004	2005	2006	2007	2008
0-10	36,8%	41,0%	39,2%	34,2%	35,8%
10-20	9,1%	11,5%	10,6%	10,2%	13,4%
20-30	15,4%	16,3%	17,6%	19,2%	15,8%
30-40	24,3%	20,1%	22,2%	23,1%	19,2%
40-50	9,9%	9,7%	7,6%	6,9%	10,3%
ab 50	4,4%	1,4%	2,7%	6,3%	5,5%
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%

Deutsche/-r wurde Ausländer/-in				
2004	2005	2006	2007	2008
11,1%	13,3%	11,1%	37,5%	6,3%
5,6%	6,7%	5,6%	6,3%	18,8%
27,8%	6,7%	27,8%	18,8%	12,5%
27,8%	26,7%	27,8%	6,3%	12,5%
22,2%	20,0%	27,8%	12,5%	43,8%
5,6%	26,7%	-	18,8%	6,3%
100%	100%	100%	100%	100%

>5 Staatsang. 2008	vorherige Staatsangehörigkeit				
	2004	2005	2006	2007	2008
Türkisch	113	75	59	45	77
Griechisch	45	33	49	57	42
Rumänisch	4	11	3	20	25
Serbisch	-	-	6	12	23
Italienisch	25	16	27	21	20
andere Staaten	196	214	185	178	193

neue Staatsangehörigkeit				
2004	2005	2006	2007	2008
2	9	8	6	11
-	-	1	-	-
-	-	-	1	2
-	-	-	2	-
1	-	2	2	-
15	6	7	5	3

>5 Staatsang. 2008	vorherige Staatsangehörigkeit				
	2004	2005	2006	2007	2008
Türkisch	29,5%	21,5%	17,9%	13,5%	20,3%
Griechisch	11,7%	9,5%	14,9%	17,1%	11,1%
Rumänisch	1,0%	3,2%	0,9%	6,0%	6,6%
Serbisch	0,0%	0,0%	1,8%	3,6%	6,1%
Italienisch	6,5%	4,6%	8,2%	6,3%	5,3%
andere Staaten	51,2%	61,3%	56,2%	53,5%	50,8%

neue Staatsangehörigkeit				
2004	2005	2006	2007	2008
11,1%	60,0%	44,4%	37,5%	68,8%
-	-	5,6%	-	-
-	-	-	6,3%	12,5%
-	-	-	12,5%	-
5,6%	-	11,1%	12,5%	-
83,3%	40,0%	38,9%	31,3%	18,8%

Quelle für alle Abbildungen dieser Seite:
EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen.

Reutlinger Einwohner am 31.12.2009 nach dem Geburtsland

80 % der Reutlinger Einwohner sind in Deutschland, davon wiederum knapp 80 % in Baden-Württemberg geboren.

Geburtsland	Einw.
DEUTSCHLAND davon:	86.127
Baden-Württemberg	67.170
Bayern	2.380
Nordrhein-Westfalen	2.102
Sachsen	1.759
Niedersachsen	1.090
Hessen	902
Sachsen-Anhalt	869
Rheinland-Pfalz	820
Berlin	692
Thüringen	676
Brandenburg	646
Schleswig-Holstein	499
Mecklenburg-Vorpommern	338
Hamburg	228
Saarland	187
Bremen	122

Die anderen 20 % teilen sich wie folgt auf andere Länder auf:

Geburtsland	Einw.
Türkei	2.612
Rumänien	2.602
Kasachstan	1.691
Griechenland	1.653
Polen	1.537
Russische Föderation	1.277
Ehem. Jugoslawien	1.274
Italien	1.126
Bosnien und Herzegowina	614
Kroatien	554
Vietnam	475
Portugal	443
Ukraine	410
Ehem. Union der sozial. Sowjetrep.	385
Österreich	355
Frankreich	345
Serbien	317
Ungarn	256
Irak	232
Kosovo	214
China	201
Ehem. Serbien (einschl. Kosovo)	170
Bulgarien	154
Iran	144
Tschechische Republik	139
Spanien	130
Vereinigte Staaten	129
Indien	124
Ehem. Tschechoslowakei	123
Pakistan	120
Brasilien	118
Libanon	110
Mazedonien	109
Schweiz	109
Thailand	101
E. Serbien und Montenegro	91
Kirgisistan	90

Quelle für alle Abbildungen dieser Seite:
EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen
(Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Geburtsland	Einw.
Vereinigtes Königreich (GB UND NI)	80
Slowakei	79
Usbekistan	79
Slowenien	72
Georgien	60
Tadschikistan	59
Tunesien	59
Marokko	58
Eritrea	57
Algerien	55
Philippinen	54
Montenegro	50
Mexiko	49
Weißrussland (Belarus)	46
Afghanistan	43
Äthiopien	42
Nigeria	42
Sri Lanka	42
Niederlande	40
Moldau	37
Japan	36
Togo	35
Kamerun	34
Demokr. Republik Kongo (ehem. Zaire)	33
Ägypten	30
Ghana	30
Peru	30
Jordanien	29
Litauen	29
Malaysia	29
Indonesien	27
Argentinien	25
Gambia	24
Kolumbien	24
Syrien	24
Belgien	23
Republik Korea (S)	23
Albanien	22
Estland	22
Irland	22
Kanada	21
Kenia	20

Geburtsland	Einw.
Lettland	19
Schweden	19
Venezuela	19
Chile	18
Angola	17
Dänemark	17
Dominikanische Republik	17
Israel	17
Kuba	17
Südafrika	17
Finnland	14
Guinea	14
Australien	13
Senegal	13
Armenien	12
Uruguay	11
Aserbaidshjan	10
Madagaskar	9
Bolivien	8
Paraguay	8
Ecuador	7
Sierra Leone	7
Demokr. Volksrepublik Korea (N)	6
Taiwan	6
Cote D'Ivoire	5
Kuwait	5
Luxemburg	5
Somalia	5
Turkmenistan	5
Bangladesch	4
Costa Rica	4
Republik Kongo	4
Saudi-Arabien	4
Sudan	4
Benin	3
Burkina Faso	3
Kambodscha	3
Laos	3
Nepal	3
Neuseeland	3
Nicaragua	3
Simbabwe	3

Quelle für alle Abbildungen dieser Seite: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Geburtsland	Einw.
El Salvador	2
Haiti	2
Jamaika	2
Libyen	2
Malta	2
Namibia	2
Niger	2
Norwegen	2
Singapur	2
Suriname	2
Tonga	2
Uganda	2
Ungeklärt	2
Andorra	1
Bahamas	1
Belize	1
Dominica	1
E. britisch abhäng. Gebiete i. Asien	1
Guatemala	1
Kap Verde	1
Komoren	1
Liberia	1
Malawi	1
Mosambik	1
Panama	1
Ruanda	1
Tansania	1
Zypern	1

Quelle: EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen
(Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009.

Erläuterung:

Migranten, die aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen, werden nach den Angaben in ihrem Pass zum Zeitpunkt der Zuwanderung erfasst, d. h. entweder nach ehemaligem Jugoslawien oder Kroatien, Serbien etc. Gleiches gilt für die ehemalige Tschechoslowakei und die ehemalige UdSSR.

9. Ergebnisdokumentation

Beteiligung des Netzwerks Migration/Integration 05.05.2010 und Bürgerbeteiligung 07.05.2010

1. Beteiligung des Netzwerks Migration/Integration am 05.05.2010



Foto: Becker (Sitzung Netzwerk Migration/Integration am 05.05.2010).

Das Netzwerk Migration/Integration besteht in Reutlingen seit 2005. Es ist ein offener Facharbeitskreis mit Vertretern von über 20 unterschiedlichen Institutionen wie Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Schulen, Freien Trägern und sieben Migrantenorganisationen. Alle Teilnehmer sind in der Integrationsarbeit in Reutlingen tätig. Neben dem Austausch von Informationen sowie der Vernetzung und der Entwicklung von gemeinsamen Projekten setzt sich das Netzwerk jedes Jahr einen Themenschwerpunkt und führt öffentliche Veranstaltungen durch. Das Netzwerk trifft sich je nach Bedarf vier- bis sechsmal jährlich. Das Referat für Migrationsfragen koordiniert, organisiert und moderiert die Sitzungen.

Bereits am 04.05.2009 gab es einen Workshop zum städtischen Integrationskonzept mit dem Netzwerk Migration/Integration. Damals waren der Arbeitskreis Integrationsleit-

linien und die Netzwerkarbeit in Reutlingen Themen. Die Ergebnisse sind in den Entwurf des Integrationskonzepts mit eingeflossen.

In der Sitzung des Netzwerks Migration/Integration am 05.05.2010 wurde der Entwurf des städtischen Integrationskonzepts durch Herrn Bürgermeister Hahn vorgestellt. Anschließend fand ein reger Austausch statt. Da Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen ist, war es der Verwaltung wichtig, sich fachlich zum Entwurf des Integrationskonzepts auszutauschen und die Akteure der Integrationsarbeit einzubeziehen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Sitzung zusammengefasst. Die ausführliche Ausarbeitung des Entwurfs vom städtischen Integrationskonzept wurde von den Teilnehmern des Netzwerks begrüßt.

Zusammenfassung der Beiträge:

Freie Träger

- ▶ Einbeziehung der freien Träger in das Integrationskonzept
- ▶ Aufgaben und Zuständigkeiten von Einrichtungen in freier Trägerschaft benennen
- ▶ Darstellung der Arbeit der freien Träger in den einzelnen Handlungsfeldern

Ziele und Maßnahmen

- ▶ Ziele des Konzeptes seien zu weich gefasst und unterschiedlich verbindlich; klare und messbare Ziele sollten mit Terminen und Fristen benannt werden
- ▶ Umsetzbarkeit von Maßnahmen prüfen und benennen
- ▶ Umgang mit möglichen Kosten der Maßnahmen

Zielgruppen

- ▶ Stärker berücksichtigen, dass auch die Mehrheitsgesellschaft aktiv an der Integration mitwirken müsse

Interkultureller Dialog

- ▶ Raum für Veranstaltungen und Begegnung von Migranten/Deutschen solle geschaffen werden („Haus der Kulturen“)

Sprachförderung und Bildung

- ▶ Positive Bewertung der Mehrsprachigkeit überdenken

Sonstiges

- ▶ Der Wunsch nach mehr Datenmaterial zu Reutlingen
- ▶ Seite 26, Absatz 2: Ergänzung durch Reutlinger Zahlen zum Schulerfolg
- ▶ Kurzfassung des Konzeptes erstellen
- ▶ Grafische Überarbeitung des Konzeptes: Ebenen Bund, Länder, Kommune geraten beim Lesen durcheinander

2. Beteiligung der Bürgerschaft am 07.05.2010

Auf Antrag der SPD-Fraktion (GR 09/005/51) hat am 07.05.2010 eine Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. Eingeladen wurde schriftlich (Migrantenvereine, Schulen, politische Gremien der Stadt ...) sowie über die Presse. Bei der Diskussion über das Reutlinger Integrationskonzept im Rathaus-Foyer nahmen über 100 Personen teil. Der Großteil

der Interessierten waren Personen mit Migrationshintergrund. Ziel der Veranstaltung war es, die Bürgerschaft umfassend über das Integrationskonzept zu informieren, ins Gespräch zu kommen und die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen.



Foto: Foto: Becker (Bürgerbeteiligung am 07.05.2010).

Veranstaltungsablauf:

Nach der Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Robert Hahn wurden die anwesenden Bürgerinnen und Bürger über die Inhalte des Integrationskonzeptentwurfs durch einen Sachvortrag von Frau Sultan Braun, Leiterin des Referats für Migrationsfragen, informiert.

Die darauffolgende Podiumsdiskussion moderierte Herr Dr. Ulrich Bausch, vhs Reutlingen. Seine Gesprächspartner waren:

Robert Hahn, Bürgermeister:

„Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von der Stadt allein wahrgenommen werden kann. Die Stadt ist bei der Umsetzung von Integration auf alle Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gemeinsam möchten wir auf diesem Feld „Schritt für Schritt“ vorankommen.“

Manfred Stehle, Städtetag Baden-Württemberg:

„Das Gerede von der vermeintlichen ‚Überfremdung‘ ist weder sachgerecht noch hilfreich.“

Dr. jur. Adnan Özfirat, Ausländerrat:

„Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Erkenntnis kam sehr spät.“

Ramazan Selcuk, Bürger mit Migrationshintergrund:

„Integration kann nur gelingen, wenn die Mehrheitsgesellschaft sich beteiligt.“

Walter Hermann, stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK

Reutlingen:

„Die Wirtschaft braucht die Zuwanderer.“

Prof. Baldur Veit, Hochschule Reutlingen:

„Die Schlüssel zur Integration sind die Kinder und die Sprache.“

Im ersten Teil diskutierte das Podium über Integration, den Entwurf des Integrationskonzeptes und einzelne Handlungsfelder. Im zweiten Teil erhielten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Statements abzugeben und Fragen an die Podiumsgäste zu stellen.

Im Anschluss erhielten die interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Anregungen zu den einzelnen Handlungsfeldern an Wandtafeln zu formulieren. Dieses Angebot wurde von den Anwesenden gut angenommen.



Foto: Becker (Bürgerbeteiligung am 07.05.2010).

Zusammenfassung der Beiträge:

1. Sprachförderung und Bildung

Podiumsdiskussion

- ▶ Konkrete Ziele und Zeitvorgaben im Bereich „Sprachförderung und Bildung“
- ▶ Eltern müssen Kindern helfen: Bewusstseinswandel notwendig
- ▶ Gezielte Sprachförderung während der gesamten Kindergartenzeit
- ▶ Kostenfreier Kindergartenbesuch als finanzieller Anreiz

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Im Kindergarten schon mehr auf Kinder mit Sprachdefiziten achten, spezielle Kurse anbieten (im letzten Jahr)
- ▶ Sprachförderung im Kindergarten
- ▶ Sprachstandsanalysen und gezielte Förderung
- ▶ Mehr Erzieherinnen im Kindergarten mit Migrationshintergrund!
- ▶ Eltern sollen die Freiheit haben, ihre Kinder im Kindergarten und in der Grundschule anzumelden. Es soll mehr Mischung stattfinden
- ▶ Sprachstart so früh wie möglich: Krippe, Kindergarten, Grundschule
- ▶ Lehrerinnen und Lehrer sollen mehr Deutsch lehren
- ▶ Sprachförderung in weiterführenden Schulen
- ▶ Für Durchmischung an Brennpunktschulen, keine Schulwechsel durchlassen
- ▶ Keine Desintegration, alle Kinder in gemeinsame Schulen
- ▶ Warum werden an Schulen nicht mehr Fächer in Englisch gelehrt? → Das würde uns international voranbringen

- ▶ Sprachkompetenz ja, aber für eine erfolgreiche Integration ist Englisch das Kriterium
- ▶ Fortbildungen für Erzieherinnen und Grundschullehrer zu: Deutsch als Zweitsprache, neue Konzepte des Spracherwerbs, die zu unserer Realität passen. Wenn Kinder kein Deutsch lernen, soll man auch Konzepte und Ausbildung von Lehrern und Erziehern in Frage stellen und ändern. Es sind nicht nur die Eltern schuld!
- ▶ Nach dem Integrationskurs: weitere Sprachförderung, langfristig
- ▶ „Mama lernt Deutsch“ fortführen, um „bildungsferne“ Familien zu erreichen
- ▶ Sprachförderung der Mütter
- ▶ Sprachkurse sollen nicht Kaffeestunden verbinden
- ▶ Keine niederschweligen Sprachkurse
- ▶ Frühe Unterstützung von „bildungsfernen“ Familien (Sprache, Erziehung, Kontakte) (2 x genannt)
- ▶ Ehrenamtliches Engagement → Dialog der Kulturen und Generationen, z. B. „Leihoma“ für ausländische Familien
- ▶ Patenschaften für Hausaufgaben, Nachbarschaftshilfe, Sprachtandems (ich lerne Türkisch, du lernst Deutsch)
- ▶ Sprache und Bildung ist wichtig, es ist aber auch wichtig, ausgebildeten Immigranten eine Arbeitsmöglichkeit zu bieten

2. Wirtschaft, Arbeit und berufliche Bildung

Podiumsdiskussion

- ▶ Potenzial der Migranten im Land nutzen, Sprache als Schlüssel
- ▶ Interesse für deutsche Sprache und Kultur insbesondere bei jungen Menschen aus Osteuropa vorhanden. Diese Chance nutzen!

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Sehr gute Kenntnisse und Erfahrung für viele Arbeitsbereiche. Man kommt in Deutschland ohne Diplom nicht weiter. Das ist schade.
- ▶ Rolle des BAMF, der Agentur für Arbeit, des Jobcenters?

3. Interkultureller und interreligiöser Dialog

Podiumsdiskussion

- ▶ Echte Integration auch an den Unis notwendig. Orte der Begegnung schaffen
- ▶ Gute Durchmischung der Stadtviertel fördern
- ▶ „Haus der Kulturen“ als Begegnungsort schaffen
- ▶ Qualifizierter Religionsunterricht mit interreligiösem Dialog sowohl auf Seiten der deutschen Schulen als auch auf Seiten der Moscheen (→ Imam-Ausbildung in Deutschland ermöglichen!)

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Teilnahme von Lokalpolitikern bei Dialogen
- ▶ Ein internationales Zentrum, wo sich alle Gruppen treffen können/Haus der Kulturen (3 x genannt)
- ▶ Leihoma/-opa → Förderung der Begegnung
- ▶ In den Reutlinger Medien mehr auf internationale Unterhaltung (auf Deutsch) achten, da diese die Akzeptanz in der Bevölkerung fördert und auch den Großteil der Bevölkerung erreicht
- ▶ Wertschätzung gegenseitig
- ▶ Integrationswillen muss auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft zu finden sein
- ▶ Begriff „Migrationskompetenz“ prägen und stärken
- ▶ Wir müssen nicht versuchen, zu integrieren, sondern gemeinsam in einer Welt zu leben → Wir sind doch fast in allen Ländern „Ausländer“
- ▶ Bei der nächsten Diskussion auch Frauen auf das Podium integrieren

4. Politische Partizipation

Podiumsdiskussion

- ▶ Ausländerrat ist zentrales politisches Gremium für Nicht-EU-Ausländer
- ▶ Ausländerrat um Repräsentanten von Migrantengruppen mit deutschem Pass – nach dem Vorbild der Spätaussiedler – erweitern
- ▶ Gemeinderäte sollten im Ausländerrat bleiben, um Dialog zu ermöglichen

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Umbenennung des Ausländerrates in „Integrationsrat“
- ▶ Erweiterung des Ausländerrates um Migrantengruppe mit deutschem Pass
- ▶ Integrationsrat soll ernannt werden (nicht gewählt), auf Mischung achten, Frauen/Männer
- ▶ VKSA-Sitz und Fraktionsvertreter erforderlich
- ▶ Mehr Kompetenz für den neuen Integrationsrat
- ▶ Integrationsrat sollte nicht nur beraten, sondern mitgestalten!
- ▶ Integration = Miteinander auch im Gemeinderat
- ▶ Kein Alibi-Rat
- ▶ Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer
- ▶ Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Mitglieder ab 5 Jahren Aufenthalt
- ▶ Gute Listenplätze für Migranten bei den Kommunalwahlen (3 x genannt)
- ▶ Hier mehr langfristige Projekte

5. Bürgerschaftliches Engagement, Kultur und Sport

Podiumsdiskussion

- ▶ Das Konzept muss von der Mehrheitsbevölkerung wahrgenommen und akzeptiert werden
- ▶ Aufruf zu mehr bürgerschaftlichem Engagement, z. B. im Bereich Nachhilfe und Förderunterricht
- ▶ Mehr Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs, z. B. in Sportvereinen („Monokulturelle Sportvereine verhindern“)

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Bürgerschaftliches Engagement von Migranten anerkennen und nicht überstrapazieren durch Sitzungen und Einladungen, weil es „in“ ist
- ▶ Tag der offenen Türen bei allen Vereinen
- ▶ Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement
- ▶ „Öffnung“ der ausländischen (Sport-) Vereine
- ▶ Möglichkeiten schaffen (finanzielle) zur Mitgliedschaft in Sportvereinen

6. Vernetzung

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Integration = Netzwerk für Gesellschaft
- ▶ Kooperation mit Beratungsstellen: Jugendamt, Schulamt
- ▶ In jedem Stadtteil ein Familienzentrum (Kooperationen sind gefragt)
- ▶ Bei Projekten, z. B. Auspacken, sollten Migranten mitgestalten, und zwar von Anfang an!
- ▶ Achtung der Würde
- ▶ Respektvolles Miteinander

7. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Bürgerinnen und Bürger

- ▶ Einstellung von Bürgern mit Migrationshintergrund
- ▶ Interkulturelle Kompetenz
- ▶ Pflicht: Schulung Interkulturelle Kompetenz für Verwaltung
- ▶ Behörden müssen freundlicher werden! Auch im Rathaus am Foyer! (Empfang)
- ▶ Verständliche Formulare in einfacher (= verständlicher) Sprache für alle (auch Deutsche)
- ▶ Bürokratische Hürden vermeiden
- ▶ Vorschlag für den Titel: „Konzept für die Weltoffenheit der Stadt Reutlingen“

10. Literatur- und Abbildungsverzeichnis

Literatur

Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen (Hrsg.): Leitlinien Kinder- und Jugendarbeit 2006. Reutlingen 2006.

Anhörung zum Entwurf des Landesintegrationsplans, 23.06.2008.

Beuchling, Olaf: Vom Bootsflüchtling zum Bundesbürger. Migration, Integration und schulischer Erfolg in einer vietnamesischen Gesellschaft. Münster u. a. 2003.

Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.): Integrationsplan Baden-Württemberg. „Integration gemeinsam schaffen“. Stuttgart 2008.

KfW Bankengruppe (Hrsg.): Unternehmensgründung von Personen mit Migrationshintergrund, Nr. 27, September 2007.

KGSt (Hrsg.): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht 7, 2005.

KGSt (Hrsg.): Integrationsmonitoring. Materialien 2, 2006.

KGSt (Hrsg.): Interkulturelle Öffnung. In sieben Schritten zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Materialien 5, 2008.

Landtag von Baden-Württemberg: Muttersprachlicher Zusatzunterricht in Baden-Württemberg. Drucksache 14/512, 25.10.2006.

Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildung. Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Familien in Baden-Württemberg 3. Stuttgart 2008.

Ministerium für Generation, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen. Düsseldorf 2007.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.): Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten – Pilotphase. Weinheim/Basel 2006.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin 2007a.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin 2007b.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Kurzfassung für die Presse. Berlin 2007c.

Pressestelle Innenministerium Baden-Württemberg: Pressemitteilung, 06.03.2009.

Stadt Reutlingen: Gemeinderat. Drucksache 06/005/30.1.

Stadt Reutlingen: Beschlussvorlage „Perspektiven und Schwerpunkte für die zukünftige Seniorenpolitik der Stadt Reutlingen“, Bezugsdrucksache 06/140/06.01, Ziff. 01 und 07/098/01. Reutlingen 2001.

Stadt Reutlingen: Statistik der Stadt Reutlingen. Reutlingen 2009.

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2007.

Städtetag Baden-Württemberg: Integrationskonzepte/Interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Dokumentation des Seminars am 24.10 und 25.10.2008 des Arbeitskreises „Kommunale Integrationsbeauftragte“ des Städtetages Baden-Württemberg. Februar 2009.

Städtetag Baden-Württemberg: Positionspapier zur interkulturellen Kulturarbeit. Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am 13.11.2009 in Geislingen and der Steige. G4717/2009.

Internetquellen:

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart: „...und die im Dunkeln sieht man nicht“ – Menschen in irregulären Aufenthalts- und Arbeitsverhältnissen in der Region Stuttgart. Tagungsprogramm 14.05.2009. Online unter: http://www.akademie-rs.de/mi-veranst-archiv.html?tx_crieventmodule_pi1%5BshowUid%5D=27420 (Stand: Dezember 2010).

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): E-Mail-Newsletter 135, 2009. Online unter: <http://www.fluechtlingsrat-bw.de/seiten/enews/enews135.htm> (Stand: Dezember 2010).

Granato, Mona: Feminisierung der Migration – Chancengleichheit für (junge) Frauen mit Migrationshintergrund in Ausbildung und Beruf: Kurzexpertise für den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration. Bonn 2004. Online unter: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a24_feminisierung-migration_04-2004_granato.pdf (Stand: Dezember 2010).

Interkultureller Rat in Deutschland e. V. Online unter: <http://www.interkultureller-rat.de> (Stand: August 2009).

Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Staatsministerin Böhmer lädt zu internationaler Konferenz zur Wirkungsmessung von Integrationspolitik nach Berlin ein. Pressemitteilung 73, 2009. Online unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/02/2009-02-12-boehmer-einladung-konferenz-integration.html> (Stand: Dezember 2010).

Thränhardt, Dietrich: Spanische Einwanderer schaffen Bildungskapital. Selbsthilfenetzwerke und Integrations-erfolge in Europa. Münster 2006. Online unter: http://egora.uni-muenster.de/pol/personen/thraenhardt/bin-data/05.12.2006_Spanische_Einwanderer_schaffen_Bildungskapital.pdf (Stand: Dezember 2010).

Württembergischer Landessportbund e. V. Online unter: <http://www.wlsb.de> (Stand: 3. Februar 2009).

Weiterführende Literatur:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Integrationskurse, 2010. Online unter: http://www.bamf.de/cln_043/nn_565180/DE/Integration/Integrationskurse/integrationskurse-node.html__nnn=true (Stand: Dezember 2010).

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe e. V. (Hrsg.): Statistikbericht 2004-2006. Bielefeld 2008. Abrufbar unter: <http://www.der-sozialstaat-gehört-allen.de> (Stand: Dezember 2010).

Ebitsch, Sabrina: Gekommen, um zu gründen, in: Die Zeit 7, 2008. Online unter: <http://www.zeit.de/2008/07/C-Migranten> (Stand: Dezember 2010).

Deutscher Städtetag: Kulturpolitik in der Stadt der Zukunft. Positionspapier des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags, 22.05.2003.

Deutscher Städtetag: Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. Berlin/Köln 2007.

Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung: imap Infomail 2, 2009. Online unter: http://www.imap-institut.de/fileadmin/user_upload/No.2_Zahl_Wohnungsloser_Migranten_steigt_-_Migranten_Statistik__Integration_vor_Ort.pdf (Stand: Dezember 2010).

Kouparanis, Panagiotis: Migrantenkinder mit Bildungserfolg. Das Beispiel der griechischen Schüler. Radiofeuilleton Thema, Deutschlandradio Kultur, 15.11.2005. Online unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/438100/> (Stand: Dezember 2010).

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin 2008.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Stärken erkennen und fördern, 09.02.2009. Online unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Arbeitsmarkt/2009-02-09-pk-integrationsbeauftragte.html> (Stand: Dezember 2009).

Spiewak, Martin: Das vietnamesische Wunder, in: Die Zeit 5, 2009. Online unter: <http://www.zeit.de/2009/05/B-Vietnamesen> (Stand: Dezember 2010).

Stadt Reutlingen: Handbuch des Ausländerrats der Stadt Reutlingen. Reutlingen 2003.

Städtetag Nordrhein-Westfalen: Kölner Appell. Interkulturelle Arbeit in den Städten – Verbindendes suchen, Verschiedenheit zulassen, 16.06.2008. Online unter: http://www.staedtetag-nrw.de/imperia/md/content/stnrw/internet/2_fachinformationen/2008/3_20080610_koelner_appell_vorstand.pdf (Stand: Dezember 2010).

Abbildungen

Grafiken:

Amt für Schulen, Jugend und Sport der Stadt Reutlingen. Schulabteilung. Stand: Oktober 2009: S. 27, 28, 29.

EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen: S. 77.

EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand 31.12.2007: S. 17, 25.

EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2008: S. 18, 19, 21, 22.

EDV-Einwohnerwesen der Stadt Reutlingen (Migrationshintergrund berechnet mit MigraPro). Stand: 31.12.2009: S. 20, 26, 48, 78, 79, 80.

Gewerberegister der Stadt Reutlingen. Stand: März 2010: S. 38.

Gewerberegister der Stadt Reutlingen. Stand: Dezember 2009: S. 37.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2007: S. 35, 39.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Stand: 2008: S. 36.

Fotos:

Anstädt, Andrea/Reutlinger General Anzeiger: S. 56.

Becker, Mathias: S. 83, 85, 86.

Referat für Migrationsfragen/Stadt Reutlingen: S. 23.

Schürer, Emmanuel K. /Reutlinger General Anzeiger: S. 17.

Trinkhaus, Gerlinde/Reutlinger General Anzeiger: S. 11, 63.

Vollmert, Melanie/Fotolia.com: S. 59.



